

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 19. März 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die „Verbesserung“ des Erpressungsparagraphen.

Das neueste Gelegenheitsgesetz, das die preussisch-deutsche Reaktion zusammengebraut hat, die Strafrechtsnovelle ist wahrlich das Muster einer „Reform“, wie sie hierzulande bei den Vertretern des Klassenstaates beliebt ist. Unter einigen Schnipselchen Reformen birgt sie zwei faustdicke, handfeste Verschlechterungen des bisherigen Rechtszustandes, die alles, was gebessert wird, an Bedeutung hundertsach in den Schatten stellen.

Die eine ist der Anschlag auf das elende Döckchen Pressefreiheit, das die deutschen Zeitungsmänner heute noch haben, der Anschlag auf die dürftigen Rechte der Kritik vermittelst ungeheurerlicher Erhöhung des Strafmaßes und Verminderung des Wahrheitsbeweises; die andere die angebliche „Verbesserung“ des Erpressungsparagraphen.

Zum Schluß des Entwurfs zur Abänderung des Strafgesetzbuchs wird folgende neue Fassung des § 253, der Bestimmung über die Erpressung vorgeschlagen:

Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monate bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

In der jetzigen Fassung fehlen die im obigen Zitat gesperrt gedruckten Worte. Die Änderung besteht also in der Einfügung der Bedingung, daß „das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt“ wird. Damit soll nach der Versicherung der Begründung eine Einschränkung des Begriffs der Erpressung erzielt werden. Notwendig sei das, weil die bisherige „ungemein weite Fassung des Begriffs der Erpressung“ zur Anwendung auch in zahlreichen Fällen geführt hätte, „deren Bestrafung als Erpressung mit der allgemeinen Auffassung, welche die Erpressung als ein ehrenrühriges Vergehen ansieht, im Widerspruch steht.“

Das ist nun allerdings in starkem Maße und nur zu oft der Fall gewesen. Der Erpressungsparagraph hat eine der höchstschlimmsten Waffen gegen die Arbeiterbewegung liefern müssen. Die Auslegung dieses Paragraphen, seine Anwendung gegen die kämpfende Arbeiterschaft ist eine der schlimmsten Ausgebirten der Klassenjustiz, seine Geschichte seit Mitte der 80er Jahre eine ununterbrochene Reihe von Schandakten für die deutsche Rechtsprechung. Ehrenwerte Arbeiter, die nichts weiter getan haben, als im Interesse ihrer Berufsgenossen dem Unternehmer bei hartnäckiger Ablehnung der Arbeiterforderungen die Eventualität des Streiks vor Augen zu führen, wurden auf Grund einer Rechtsauslegung, wie sie nur dem Kopfe von Richtern entspringen kann, die nie ein Hauch sozialen Empfindens und Verständnisses gestreift hat, die völlig im Banne der engsten Unternehmeranschauungen stehen, als Erpresser verurteilt. Die Scharfmacher in der Richterrobe, die das Bestehen des § 152 der Gewerbeordnung nie geniert hat, obgleich er den Arbeitern das Recht zur Koalition und zum Streik gibt, deduzierten voll Scharfsinn also: Der Angeklagte hat für sich und seine Kameraden einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erstrebt, denn er und seine Kameraden hatten auf höheren Lohn keinen rechtlichen Anspruch und er hat diesen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu erzielen versucht, indem er den Unternehmer durch eine Drohung zu einer Handlung — Erhöhung der Löhne — zu nötigen suchte. Also ist er des ehrenrührigen Vergehens der Erpressung schuldig und mit soundsoviel Monaten Gefängnis zu bestrafen.

Der nicht im Bannkreis der Stumm, Krupp, Kirdorf und ähnlicher Scharfmacher wandelnde Sterbliche laßt sich entsetzt an den Kopf, wenn er solche Ausführungen liest, wie sie in Duzenden von deutschen Gerichtsurteilen im Namen des Königs enthalten sind und die im Namen des Reichs vom höchsten deutschen Gericht, dem Reichsgericht als durchaus richtig bestätigt worden sind. Das Gefährliche und Beschränkte ist ihnen auf den ersten Blick anzusehen. Schon die Definierung der angestrebten Lohnerhöhung als rechtswidriger Vermögensvorteil ist unerhört und kann nur dem Kopfe eines Menschen entspringen, der die Arbeiter als die Hörigen der Unternehmer ansieht, die verpflichtet sind, für ihn zu gleichbleibenden Bedingungen zu arbeiten. Diese Definierung steht im krassen Gegensatz zu dem in der Gewerbeordnung zwar nicht positiv verbürgten, aber doch zugelassenen Recht der Arbeiter, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, steht im krassen Gegensatz zu der Auffassung, daß der Arbeiter eine beim Vertragsabschluss gleichberechtigte Persönlichkeit ist. Dann wird aber auch im Grunde genommen das Koalitionsrecht des Arbeiters einfach verneint, wenn man eine Handlung, die zur Nötigung eines Rechts erforderlich ist, und das ist die Ankündigung, daß die Arbeit eingestellt wird, falls die Forderungen nicht bewilligt werden, als strafbare Handlung erklärt wird. Kurz, diese Rechtsauslegung stand zu der Stellung des modernen Arbeiters im Arbeits- und Rechts-

verhältnis in schreiendstem Widerspruch und war nichts weiter als ein Ausfluß einer Anschauung, die den Arbeiter für ein Geschöpf minderen Rechts als den Unternehmer, als einen Heloten ansah, der sich nicht gegen die Anordnungen des Protzherrn auflehnen dürfe.

Aber das alles hat nicht gehindert, daß diese Mitte der 80er Jahre zuerst vom Leipziger Staatsanwalt und einem Leipziger Richterkollegium praktizierte Rechtsauslegung bald zum Gemeingut der deutschen Rechtsprechung wurde und daß ihr Geltungsgebiet immer weiter ausgedehnt wurde. Die deutschen Staatsanwälte lernten bald, auch den Arbeiter oder Arbeitervertreter als Erpresser zu infamieren, der einen Unternehmer, der den Lohn herabsetzte, zur Zurücknahme dieser Maßregel unter Hinweis auf die Möglichkeit eines Streiks bewegen wollte. Auch der Versuch, den bisherigen Lohn festzuhalten, galt als ein Versuch, einen „rechtswidrigen“ Vermögensvorteil zu erpressen, denn die Arbeiter hatten ja auf den Lohn in dieser Höhe keinen Rechtsanspruch! Ja selbst wenn der Unternehmer einen Tarifvertrag brach, war es möglich, den dagegen remonstrierenden Arbeitervertreter wegen Erpressung zu verurteilen, wie verschiedene unglaubliche Gerichtsurteile zeigen, denn auch dann konnten die gelehrten Richter keinen Rechtsanspruch der Arbeiter auf den im Tarif festgesetzten Lohn entdecken!

Mit dem Essen kam der Appetit; es dauerte nicht lange, so lernten die deutschen Richter auch, den Erpressungsparagraphen auf Arbeiter anzuwenden, die ihre Berufskollegen zum Eintritt in die Organisation aufgefordert hatten. Hier mußten die Beiträge, die der angeblich Bedrohte der Gewerkschaft gezahlt haben würde, den „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ vorstellen. Die Gewerkschaft hatte ja keinen Rechtsanspruch darauf!

Mehr als zwei Jahrzehnte hat diese ungeheuerliche Rechtsauslegung, die für das ungebildete Rechtsempfinden ein Faustschlag ins Gesicht ist, die eine fortgesetzte schwere Beschimpfung der Arbeiterbewegung ist, gedauert, ehe die Reichsregierung das Bedürfnis empfand, etwas gegen sie zu tun. Schon zu Anfang der neunziger Jahre hat die Sozialdemokratie Anträge eingebracht, die bezweckten, diesem Mißbrauch des § 253 einen Riegel vorzuschieben; mehrfach hat sie wieder auf diesen Schandfleck der deutschen Rechtsprechung anklagend hingewiesen, das Zentrum mußte die sozialdemokratischen Anträge für gerechtfertigt erklären — die Regierung rührte sich nicht! Jetzt endlich, wo sie eine Leg. Eulenburg durchbringen möchte, scheint ihr eine Änderung des Erpressungsparagraphen als Vorspann gut, der den mit dem Anschlag auf die Pressefreiheit und die Rechte der Kritik bedachten Karren durch den Hohlweg des Parlaments bringen könnte.

(Schluß folgt.)

Elendsbilder.

In der Statistik verschwindet der einzelne als Individuum, denn die Statistik liefert Massenbilder. So kann ein sicheres Urteil über die besondere Lage eines einzelnen Arbeitslosen nicht gewonnen werden aus der Betrachtung der Gesamtzahlen, die sich aus der Bearbeitung des Zahlenmaterials ergeben, sondern einzig aus der Betrachtung der von ihm ausgefüllten Einzelkarte. Umgekehrt jedoch wird man vielfach aus dieser Einzelkarte einen Rückschluß machen können auf das Typische und Allgemeine. Bei unserer Arbeitslosenstatistik fanden sich eine Reihe von Karten, die über die bloße Verantwortung der gestellten Fragen hinaus Zusätze und Erläuterungen enthielten, die auf den unbefangenen Beobachter den Eindruck der Wahrheit machen und in ihrem gleichmäßigen Wiederkehren auf zahlreichen Karten wohl geeignet sind, gewisse Streiflichter auf das durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Elend zu werfen! Wir wollen von allen diesen Bemerkungen nur die typischen herausgreifen. Insbesondere zahlreich fanden sich Klagen von Männern zwischen 40 und 60 oder wenig mehr Jahren, daß sie, obwohl „lerngesund“, trotz heißen Bemühens wegen ihres Alters keine Arbeit mehr finden. Hören wir einige von den Leuten selbst:

„Wenn ich nach einer Stelle komme, dann heißt es: „Wie alt sind Sie?“, 44 Jahre!“, „Sie sind zu alt.“ ist die Antwort. Nicht mal als Nachtwächter kommt man an. Wie soll das noch enden?“

Ein anderer: „Da ich bei meinem Alter keine Arbeit mehr fand, feste ich mein trauriges Dasein durch gelegentliche Zusatzarbeit, und das jetzt zwei Jahre.“ Ein 54 Jahre alter Arbeitsloser schreibt: „Nebenall wegen Alters abgewiesen; einen Mann in meinem Alter will keiner mehr beschäftigen. Leider!“ Eine Frau sagt: „... Wenn man hinkommt, da ist man zu alt, wenn man 60 Jahre ist. Eine Arbeiterin wird verlangt, 50 stehen und warten darauf.“ Es ist eine den mit den Verhältnissen Vertrauten wohlbekannte Tatsache, daß ein älterer Arbeiter viel leichter arbeitslos wird und viel schwerer Arbeit findet als ein jüngerer. Die Gründe sind mannigfacher Natur. In großen Betrieben fürchtet der Unternehmer vielfach vom älteren Arbeiter eine zu große Belastung seiner Betriebskrankenkasse. Auch stört der ältere Arbeiter die rastlose und intensive Anspannung der Arbeitskraft mit möglichst kurzen Pausen; und obwohl der ältere Arbeiter im einzelnen vielleicht geschickter ist als der jüngere, so erfordert doch sein vielfach in harter Fron schon in der Mitte der vierziger Jahre zermürbter Körper öftere Pausen in der Arbeit. Dies verträgt sich nun nicht mit dem Interesse des Unternehmers, den Betrieb möglichst ohne Pausen durchzuführen. Der ältere Arbeiter wird also von ihm abgestoßen. Er wird gezwungen, in einen anderen,

leichteren Beruf überzugehen, oder er wird gar zu einem Gelegenheitsarbeiter gemacht.

Bei Klagen über Arbeitslosigkeit hört man vielfach den Einwand, der Arbeiter solle in der Zeit der Arbeit sparen, dann habe er in der Not. Der qualifizierte und besserbezahlte Arbeiter kann gewiß in guten Zeiten sparen, und dies geschieht auch; sonst würde der Schrei des Elends bei mehr als 100 000 arbeitslosen Arbeitern noch viel lauter ertönen. Aber bei langanhaltender Arbeitslosigkeit oder Krankheit gehen die Spargroschen gar bald zu Ende und Tausende und Abertausende kommen bei ihrem geringen Arbeitsverdienst überhaupt nicht zum Sparen. Müßen wir beispielsweise erst an die Hungerlöhne der Heimarbeiter erinnern?! Hören wir nur einige wenige, aber typische Bemerkungen. Eine arbeitslose Steppmanteilmäherin schreibt: „Es ist nicht zu vergessen, daß mein Höchstverdienst pro Woche 10 M. ist.“ Eine eheverlassene Hofmännlerin, die drei Kinder zu ernähren hat, sagt: „Ich verdiene nicht soviel, daß ich mich mit den Kindern satt essen kann. Meine Kinder müssen sehr oft hungrig schlafen gehen.“ Zuletzt hat die Frau, die Armenunterstützung bezieht, gehandelt, weil sie keine Arbeit hatte.

Ein selbständig gewesener Kaufmann sagt, daß er bei einer Arbeitszeit von 8—5 Uhr durch Adressenschriften 9 M. pro Woche verdient. Da er immerhin Arbeit hat, so konnte er selbstverständlich in die Statistik der Arbeitslosen nicht mit aufgenommen werden, ebenso wenig wie dies geschähe konnte mit jener großen Zahl von kleinen Selbständigen, deren Einkommen sich infolge der herrschenden Krise ganz außerordentlich vermindert hat. Es sind dies ganz besonders Schuhmacher, Gastwirte und kleine Grüntram- und Kolonialwarenhandl. Letztere sind ganz besonders übel dazun. Ihre Kundschaft wird in der Krise arbeitslos, nimmt bei ihnen die Ware auf Vorrat, bis sie schließlich selbst ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können und den Laden schließen müssen. So schreibt eine jetzt Arbeitslose: „Habe mein Geschäft der schlechten Zeiten wegen schließen müssen und gehörig Schulden hinterlassen. Alles borgte, keiner Arbeit, keiner Geld.“ Hierher gehört auch die Bemerkung eines Schuhmachers: „Meine wöchentliche Einnahme beläuft sich auf 15—20 M.; von diesem gehen die Ausgaben ab. Ausgaben müssen jeden Monat 120 M. rangeschafft werden. Noch schlechter stehe ich da, wie ein Arbeitsloser.“ Der Mann ist verheiratet und hat Frau und Kind zu ernähren. Ein Schleifer schreibt: „Da meine Kundschaft selbst nichts zu tun hat, so kann dieselbe nichts machen lassen.“

Wir haben in vorstehendem und bemüht, typische Bilder herauszugreifen. Leider gehört zu den typischen Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit auch der Selbstmord. Bei der Bearbeitung unserer Statistik ergab sich die Notwendigkeit, bei einer Reihe von Karten Recherchen anzustellen. Diese wurden von durchaus zuverlässigen Leuten ausgeführt, die Gelegenheit hatten, sich von dem herrschenden Elend persönlich zu überzeugen. Ein Arbeitsloser hatte sich inzwischen aufgehängt. Ein anderer, der Frau und drei kleine Kinder ernähren mußte, hatte sich vergiftet, nach Angabe der Hausbewohner wegen Arbeitslosigkeit. Um das Elendsbild vollständig zu machen, sei noch erwähnt, daß in einem Falle der Arbeitslose von dem Recherchen nicht mehr angetroffen wurde, da er inzwischen mit Frau und vier Kindern emigriert worden war. Seine Sachen standen nach Angabe der Portierfrau im Stall. Auch das dürfte keine einzelne, sondern eine typische Erscheinung sein.

Die Balkankrise.

Die europäische Diplomatie macht noch in letzter Stunde den Versuch, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Nur daß alle diese Versuche mit der großen Schwierigkeit des zweideutigen und hinterlistigen Verhaltens der russischen Regierung zu kämpfen haben, wodurch die Aussichten, die ein geeinigtes Vorgehen böte, außerordentlich vermindert werden. Zunächst ist Italien mit dem Vorschlag hervorgetreten, daß die Mächte den in der serbischen Zirkularnote vom 10. März ausgesprochenen Verzicht auf territoriale Entschädigung zur Kenntnis nehmen sollen, wodurch die Diskussion der serbischen Ansprüche auf der Konferenz entfiel. Außerdem sollte sich die Konferenz nur mit der Anerkennung der Annexion und der Unabhängigkeit Bulgariens befassen. Außerdem haben, nach einer Meldung des „Ratin“, England und Frankreich neuerdings bei Milowanowitsch dem serbischen Minister des Aeußern, intercediert, der im Gegensatz zu dem österreichfeindlichen Pasitsch eine etwas friedlichere Stellung einnimmt, um ihm zu raten, in der Antwort der Belgrader Regierung die äußerste Grenze der Höflichkeit und des Entgegenkommens zu zeigen. Belgrader Meldungen wollen auch wissen, daß der russische Gesandte Sergeje w Milowanowitsch ebenfalls Möglichkeit entgegenkommen. Ja, das offiziöse französische Telegraphenbureau bringt sogar aus Belgrad die optimistische Meldung: Nach umlaufenden Gerüchten soll die serbische Regierung geneigt sein, sich hinsichtlich der Antwort, die sie nach dem neuen Schritt des Grafen Torgach an Österreich-Ungarn richten wird, den Anregungen der Mächte zu fügen. Wie es heißt, wäre sie auch bereit, abzurufen, falls ihr die Mächte dazu raten sollten.

Doch gerade die letzten Worte, die so vielversprechend lauten, wecken den Zweifel. Werden alle Mächte zur Abrüstung raten oder wird diejenige Nacht, welche sich bisher stets von der gemeinsamen Friedensaktion ausgeschlossen hat und gerade diejenige ist, ohne deren Zustimmung Serbien

den entscheidenden Schritt nicht tun wird, ihre Mitwirkung nicht auch jetzt versagen, wird Rußland den Ruf zur Unterstützung erteilen? Ist der Einfluß Frankreichs auf den Bundesgenossen groß genug, um neue Winkelzüge zu verhindern?

Die nächsten Tage müssen die Antwort bringen. Denn ganz ausgeschlossen ist es noch immer nicht, daß in Serbien angesichts der drohenden Gefahr die Lebenspartei siegt. Wissen doch auch Meldungen Londoner Blätter von einer beschleunigten Stimmung zu berichten.

Da ist es denn immerhin von einer gewissen Wichtigkeit, daß Oesterreich nicht durch allzu rasches Vorgehen diese wenn auch noch so schwachen Ausflüchte verleiht. Und diesen Erfolg scheint die diplomatische Aktion bereits erzielt zu haben. Die österreichische Regierung erklärt, die Abfindung ihrer Note an Serbien noch um einige Tage verschieden zu wollen; sie soll statt am Sonnabend erst Montag überreicht werden. Offiziös wird die Verschiebung damit erklärt, daß die militärische Vorbereitung beendet und die Demonstration der Streitkräfte auf Serbien größeren Eindruck machen werde, jedoch geht die Mobilisierung so rasch vor sich, daß dieser Grund nicht zutreffen kann.

In Wien selbst behält freilich die pessimistische Stimmung, die namentlich durch das Bekanntwerden des russischen Konfessionsprogramms außerordentlich verstärkt worden ist, die Oberhand. Die österreichische Presse bezeichnet die russische Note als einen Verrat am Frieden. Serbien, sagt z. B. die „Neue Fr. Presse“, wäre längst beruhigt, wenn Rußland einen gemeinsamen Schritt der Mächte nicht verhindert hätte. Rußland hat die Möglichkeit einer ruhigen Lösung erschwert, in dem unerkennbaren Wunsch, das Geschwür auf dem Balkan weiter eiteren zu lassen.

Rechnet man also auch mit der schreckensvollen Möglichkeit eines Krieges, so ist doch von Kriegsbegeisterung nicht das geringste zu spüren. Viel eher herrscht das Gefühl der Erbitterung vor über die entscheidlichen Ausflüchte, die die Annexionsdummheit des Herrn v. Aehrenthal der überraschten Bevölkerung eröffnet, und die Opposition der Sozialdemokratie gegen den Wahnsinn eines solchen Krieges, gegen den unsere Genossen im Parlament wie in der Presse den schärfsten Protest erhoben haben, findet Zustimmung weit über die Kreise der Arbeiterklasse hinaus.

Bulgarien fordert die Anerkennung.

Sofia, 18. März. Wie aus Regierungskreisen verlautet, hat die bulgarische Regierung die russische Regierung ersucht, den übrigen Großmächten die sofortige Anerkennung Bulgariens vorzuschlagen, nachdem die Kompensationsfrage bereits im Prinzip entschieden sei.

Vertrauenswürdigem Nachrichten aus Cetinje zufolge soll eine montenegrinische Brigade mobilgemacht und gegen Spizza dirigiert worden sein.

England und die Konferenz.

London, 18. März. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage betreffend die vorgeschlagenen europäischen Konferenzen erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey: Die britische Regierung hat immer daran festgehalten, daß bezüglich der streitigen Fragen eine vorherige Verständigung zwischen allen Mächten getroffen werden sollte, bevor die Konferenz einberufen wird. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Ich bin außerstande, zurzeit weitere Mitteilungen zu machen.

Der Wahlsieg der italienischen Sozialisten.

Rom, 15. März 1900. Das Ergebnis der Stichwahlen, deren 11 von 28 zum Vorteil unserer Partei ausschlugen, gestaltete den Wahlausgang vom 7. und 14. März zu einem achten und rechten Sieg der Sozialisten. An Stelle der 28 Mandate, die wir bei der Kammerauflösung innehatten, verfügt die Partei im neuen Parlament über 43. Es ist dies ein erfreulicher Zuwachs, der nur in dem des Jahres 1900 ein Gegenstück hat, als unsere Parteifraktion von 16 auf 33 Mandate stieg. Aber während der damalige Fortschritt zum großen Teil dem Bündnisse der Volksparteien zu danken war, ist der diesmalige Wahlsieg in vielen Wahlkreisen ohne dieses Bündnis zustande gekommen. Im Piemont, in der Emilia und Romagna sowie in der Lombardei ist das Erzeiße ohne Wahlbündnisse gewonnen worden, nur in Venetien, Toskana, Ligurien und im Latium sind die sozialistischen Mandate durch die vereinten Kräfte der Radikalen, Republikaner und Sozialisten erobert, wobei freilich die beiden bürgerlichen Parteien der äußersten Linken und meist nur ein geringes Stimmenkontingent zuführten. In mehreren Wahlkreisen der Romagna haben sogar die Republikaner bei der Stichwahl sich der Zustimmung enthalten, um nicht für einen Sozialisten zu stimmen, weshalb und z. B. der Wahlkreis Ravenna II verloren gegangen ist. Mit um so mehr Befriedigung kann unsere Partei auf das Ergebnis blicken: sie hat von ihren Bundesgenossen, wo sie überhaupt deren hatte, nicht mehr Beistand erhalten, als sie als Gegenleistung bot und hat alle Kräfte der Reaktion gegen sich aufzubieten sehen.

Das Ministerium dürfte mit dem Endresultat der Wahlen nicht gerade zufrieden sein, denn dieses Endresultat ist kennzeichnend durch eine gleichgültige Vermehrung der äußersten Linken und der Radikalen. Die Republikaner steigen von 18 auf 23, die Radikalen von 81 auf 44, so daß die ganze äußerste Linke nunmehr 109 statt 74 Sitze innehat. Gleichzeitig steigen die Merikalen von 7 auf 24. Obwohl sie einen Teil der ministeriellen Mehrheit bilden, dürfte das Ministerium an dieser Machtvermehrung seiner Freunde ebenso wenig Freude haben wie an dem Zuwachs der äußersten Linken. Giolitti hat geglaubt, ungestraft alle Kräfte der Reaktion in den Dienst seiner Politik zu stellen. Er meinte, die Merikalen würden sich damit bescheiden, dem Ministerium gegen den Umsturz Gefolgschaft zu leisten und die Stimmgabe der Ordnungskandidaten zu verstärken. Aber auch den Merikalen ist der Appetit beim Essen gekommen. Rahmen sie schon einmal am Wahlkampf teil, warum denn nicht auch als Kandidaten? So kamen die Merikalen Kandidaturen, die die Regierung nicht ablehnen konnte, da sie in zahllosen Wahlkreisen auf die Merikalen Stimmen Anspruch erhob. Und natürlich werden ihr jetzt die Merikalen Freunde ungemächlich werden, weil sie in hohem Maße unpopulär sind und die Negation aller Traditionen des Bürgertums darstellen, von denen dieses sich zwar faktisch längst losgesagt hat, an denen es aber nominell mit einer gewissen Hartnäckigkeit festhält. Die 24 schwarzen Freunde werden Giolitti manche böse Stunde machen und ihn immer an die unlautere Quelle seiner Mehrheit erinnern. Sie sind der erste Kern einer Merikalen Partei und fühlen sich als solchen, obwohl der „Offshore Romano“ ihnen diesen Charakter abspricht, weil sie nicht die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes in ihr Programm aufgenommen haben.

Was die Ministerielle betrifft, so haben sie nicht unerhebliche Niederlagen erlitten.

Nicht ist aber schwieriger als eine Statistik der italienischen

Ordnungsparteien, weil deren Grenzen verschwimmen und sich je nach der politischen Opportunität des Moments verschieben. Die konstitutionelle Opposition, deren Kern die Gruppe Sonnini bildet, zählt 2 Mandate ein und wird also 50 Sitze in der neuen Kammer haben. Die Konservativen (Moderati) behaupten mit 28 Mandaten ihren alten Bestand. So bleibt zu Lasten des Ministeriums ein Verlust von rund 50 Mandaten, wodurch seine Mehrheit auf 300 zusammenschrumpft. Das sieht nicht gerade aus wie ein Sieg des „Programms“ Giolittis.

In der Praxis freilich stimmen die Merikalen für das Kabinett und die Konservativen auch, aber sie neigen dafür das Kabinett auch immer mehr auf die Notwendigkeit einer reaktionären Politik fest und hemmen jene schier unbegrenzte Anpassungsfähigkeit, die der erste Grund seiner Macht war. Natürlich kann das Ministerium mit der Mehrheit, die ihm bleibt, noch lange fortwurzeln, wenn die Sache Giolitti selbst nicht zum Ziel wird, aber es wird seine politische Ohnmacht und Greisenhaftigkeit gerade den Umständen danken, die es auf die Höhe seiner unheilvollen Diktatur geführt haben.

Unserer Parteifraktion erwächst aus dem Siege neue und schwere Verantwortlichkeit. Wollte sie im neuen Parlament nur dieselbe Rolle schlächter und sprunghafter Opposition fortführen wie im alten, so wäre der Sieg den Kraftaufwand wohl nicht wert gewesen. Aber es ist zu erwarten, daß die jungen Elemente sowie die allgemeine Verstärkung der äußersten Linken zu einer größeren Energie und Stetigkeit des parlamentarischen Kampfes unserer Partei führen werden. An Aufgaben, an denen sich die neue Kraft unserer Fraktion messen kann, wird es dieser Legislatur nicht fehlen.

Die Solidarität des Proletariats gegen den Rüstungswahnsinn.

Mit allem Nachdruck sind unsere Genossen im Parlament, ist die sozialdemokratische Presse seit Jahren für die Notwendigkeit eingetreten, mit England zu einem Uebereinkommen über die Beschränkung des Flottenbaues zu gelangen. Unausgesetzt haben wir gewarnt, durch die verkehrte und sinnlose Ablehnung der englischen Vorschläge, die radikale Fraktion der liberalen englischen Regierungspartei, durch die Vereitelung ihrer auf die Beschränkung der Rüstungen gehenden Pläne, die nur im Einverständnis mit Deutschland verwirklichtbar waren, zur Kapitulation vor dem imperialistischen Stachel zu zwingen. Denn damit wurde England zu einem Wettrüstungsgebräht, das den deutschen Flottenbau selbst vom Standpunkt des Flottenentlastens sinnlos macht und den Gegenstand beider Länder auf das äußerste steigern muß. Unsere Warnungen haben nichts gescheitert. Wilton, der Verberber der deutschen Politik im Innern wie nach außen, hat auch diesen schlimmsten und folgenschwersten aller seiner Fehler zu begehen sich nicht enthalten können. In seinem völligen Uebermaß, komplizierter internationaler Zusammenhänge zu begreifen, hat er für die Vorschläge der englischen Regierung nur schroffe, oft an hohen grenzende Abweisung gehabt. Die Folgen dieser verblendeten Politik sind nun eingetreten.

Eine Privatdepesche unseres Londoner Korrespondenten schildert die Panik, die die englische bürgerliche Welt bei dem Gedanken erfaßt hat, daß Deutschland imstande sei, ebenso schnell Dreadnoughts zu bauen wie England. Ein wahrer Angstzustand scheint die Parteien erfaßt zu haben. Die Presse bringt aus neue Leitartikel über die „Deutsche Gefahr“. Die bürgerlichen Friedensfreunde gehen in das Lager der Armees- und Flottenentlasten über. Nur eine Partei steht fest in diesem Sturm der nationalen Leidenschaft: die Partei der englischen Arbeiter. In der Debatte über das Marinbudget erklärte ihr Sprecher Macpherson: Die Arbeiterpartei wird das Budget mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln bekämpfen. Weber das englische noch das deutsche Proletariat wollen den Krieg, den sie beide verabscheuen und hassen. Die britische Arbeiterpartei steht Seite an Seite mit der deutschen Sozialdemokratie. Der einzige Feind des englischen wie des deutschen Proletariats ist das Kapital, gegen das sie, beide vereint, einen unerbittlichen Kampf führen.

Die Arbeiterpartei stimmt geschlossen gegen die Spezialberatung, die mit 322 gegen 83 Stimmen angenommen wurde. Mit der Arbeiterpartei stimmten kaum zwei Duzend irischer Nationalisten und Radikale.

Die Erklärung der Arbeiterpartei wird von dem deutschen Proletariat mit warmer Sympathie begrüßt. Unsere nächste Aufgabe ist es, die Situation zu benutzen, um der deutschen Regierung den Bankrott ihrer Politik vor Augen zu führen. Schon beginnt es selbst den deutschen bürgerlichen Parteien vor den Folgen ihres sinnlosen Ruhms zu bangen. Sie wissen, daß der Sieg des Imperialismus in der Armees- und Marinefrage auch seinen Sieg in der Zollfrage herbeiführen muß, ein Sieg, der für die deutsche Industrie und damit für das deutsche Proletariat eine Katastrophe bedeuten kann. In den Beratungen des Marinestats in der Budgetkommission ist von dem blöden Querspannismus und der „nationalen“ Schwindelbegeisterung denn doch schon etwas weniger zu spüren und die Stimme der Vernunft spricht sogar schon aus manchem bürgerlichen Abgeordneten, wenn auch von solchen Worten bis zur Tat noch ein weiter Weg ist. Die Kommission hat heute beschlossen, die Herren Bülow und Schoen zu laden, um Aufklärungen über die Verhandlungen mit England zu verlangen. Wären die Abgeordneten nicht selbst Mitschuldige, die Politik des Fürsten Bülow mühte morgen strenge Richter finden. Aber wie immer die bürgerlichen Parteien sich verhalten mögen, die Sozialdemokratie wird mit dieser Politik der unausgesetzten Schädigung des deutschen Volkes genaue Abrechnung zu halten wissen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. März 1900.

Die Gesinnungsschnüffelei im Heere.

Aus dem Reichstages (18. März.) Die Rede des Genossen Stücken am Mittwoch hat verschiedene Gemüther staatsbehaltenden Kalibers in Erregung versetzt. Zunächst machte der antisemitische Paulsenhölzer Liebermann von Sonnenberg seinen Ingeimm über unsere Partei in oft gehörten Anschuldigungen wegen ihrer vaterlandlosen Gesinnung und bergleichen Eigenschaften Luft. Zu einer Haupttatade hatte sich aber der Herr Kriegsminister selbst überrascht mit dem erforderlichen rhetorischen Rüstzeug versehen. Er ließ aber vorher erst ein paar liberale Herren sprechen, den freisinnigen Schrader und den Volksparteller Storz, die beide die stets stuchlos vorgebrachten Klagen über Bevorzugung des Adels in der Armee und gänzliche Nichtberücksichtigung der Juden bei Reserveoffiziersstellen wiederholten. Herr Schrader hatte seine Beschwerde er-

weitert zu der Forderung, daß die Klust zwischen Bürgertum und Armee überbrückt werden müsse. Das war aber alles in so väterlich wohlwollendem Tone vorgebracht, daß es die Herren in Uniform nur angenehm fiel.

Ein bestimmter Fall von Gesinnungsschnüffelei, den Schrader vorgebracht hatte, wurde dann von dem Kriegsminister v. Einem zum Anlaß zu prinzipiellen Erklärungen gegen die Sozialdemokratie genommen. Es handelte sich da um einen Rechtsanwalt Brand in Hamburg, der, selbst zur liberalen Partei gehörig, bei einer Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten, sich nach Schraders Darstellung für Wahlenthaltung der Liberalen, nach der des Kriegsministers direkt für die Wahl eines Sozialdemokraten entschieden habe. Jedenfalls war er deshalb als Reserveoffizier verabschiedet worden. Der Kriegsminister erklärte nun, er sei zwar gegen Wahregulierung von Reserveoffizieren, wenn sie sich im Interesse irgend einer staatsbehaltenden Partei betätigten, wenn aber ein Offizier oder Reserveoffizier im Sinne der Sozialdemokratie wirke oder ihr nur Vorhub leiste, wie Herr Brand, dann müsse er aus dem Heeresverband ausscheiden. Er leistete sich dabei den lapidaren Satz, ein solcher Offizier habe zu wählen zwischen dem König und seiner Ueberzeugung. Der Herr v. Einem, der selbst sich für den König entschieden hat, ließ es leider unerörtert, wie er es mit solchen Gesinnungen vereinbaren kann, Hunderttausende von jungen Gesinnungen mit sozialdemokratischer Gesinnung hineinzuzwingen in die Armee. Bezeichnend für die Gesinnungstüchtigkeit der bürgerlichen Parteien war es, wie sie sich zu dieser ministeriellen Proklamierung der Gesinnungsschnüffelei stellten. Die junkerliche Rechte, aber auch die Nationalliberalen, die eigentliche Partei der Bourgeoisie, war rüchhaltlos für Gesinnungsschnüffelei. Die Freisinnigen murkten, weil sie ja auch nicht ganz unberührt geblieben sind von diesem Verfahren, obgleich das Murken ihrer Bewilligungslust nicht Abbruch tun wird.

Eine schärfere Gegengewicht hatte der Pole Brand gegen dieses Verfahren bekundet und Herr Erzberger brachte für das Zentrum Klagen vor, aus denen hervorging, daß besonders in den Kriegervereinen auch gegen Zentrum Anhänger ein ähnliches Verfahren eingeschlagen wird, wie es Herr v. Einem den Sozialdemokraten gegenüber ausdrücklich für erlaubt erklärt hat.

Von Katholikenbefolgungen will der Kriegsminister natürlich nichts wissen. Er gab sich nur große Mühe, durch Ausstrahlung von allerhand Reminiscenzen und unbedauten Lesefrüchten aus den Pamphleten des Reichsverbandes Stimmung gegen die Sozialdemokratie zu machen. Dabei operierte er immer mit dem Begriffe „Armee“ und tat, als ob die Sozialdemokratie allen Angehörigen der Armee feindlich gegenüberstehe. Nun hat Herr v. Einem gar nicht das Recht, im Namen der gesamten Armeegehörigen zu sprechen, sondern höchstens im Namen der Offiziere und Unteroffiziere. Ein Plebiszit der Soldaten über die Sozialdemokratie und ihre Auffassung vom Heerwesen würde wahrscheinlich Resultate ergeben, die für die höfischen Leiter der Armee eine höchst unangenehme Ueberschuldung bedeuten würde.

Zu später Stunde wurde vertagt. Morgen geht die Debatte weiter.

Druckfehlerberichtigung. In dem gestrigen Artikel „Für und wider den Militarismus“ haben sich einige sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen. So muß es im ersten Absatz heißen in Zeile 2 statt: „Er erklärt...“: Er verliest... und in Zeile 10 statt: „den Vogel auf den Kopf geschossen“: den Nagel auf den Kopf getroffen.

Eisenbahnfinanzen.

Das Abgeordnetenhaus begann am Donnerstag die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung, die mit einer allgemeinen Besprechung über die finanztechnische und wirtschaftliche Seite des Etats einsetzte. Bekanntlich ist die Gestaltung des Eisenbahnetats von großem Einfluß auf die Gestaltung des Gesamtetats. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil der allgemeinen Staatseinnahmen wird durch direkte Steuern aufgebracht, der weitaus größte Teil dagegen durch die Ueberschüsse aus den Betriebsverwaltungen, unter denen wieder die Eisenbahnüberschüsse die Hauptrolle spielen. Nur so erklärt es sich, daß die Eisenbahnen im Laufe der Zeit in erster Linie ergiebige Einnahmequellen für den Staat geworden sind, daß der Finanzminister ängstlich darüber wacht, daß die Einnahmen nicht geschmälert werden, selbst auf die Gefahr hin, daß dringend notwendige Reformen unterbleiben.

Von besonderer finanztechnischer Beziehung ist der Ausgleichsfonds, dem einer Resolution der Budgetkommission entsprechend in Zukunft nicht nur die rechnungsmäßigen Ueberschüsse des Etats, sondern auch ein Beitrag des Reinerüberschusses der Eisenbahnverwaltung durch den Etat zugeführt werden soll, welcher einen bestimmten Prozentsatz des jeweiligen statistischen Anlagekapitals der preussischen Staatsbahnen übersteigt. Die Redner aller bürgerlichen Parteien erklärten sich hiermit einverstanden. Ebenso waren sie einst darin, daß eine materielle und ziffernmäßige Begrenzung des Extraordinariums in Aussicht genommen werden muß. Für die breite Öffentlichkeit haben die rein finanztechnischen Auseinandersetzungen wenig Interesse. Interessanter sind die Bemerkungen, zu denen sich vereinzelt Redner etwas allzu unvorsichtig hinreihen ließen; so, wenn der konservative Graf v. B. Groeben sich darüber aufhält, daß auch Reisende dritter Klasse die Speisewagen der D-Züge benutzen, die doch von Gottes und Rechts wegen den Grafen und Fürsten reserviert bleiben müßten. — Der hochfeudale Herr glaubt, diesem Uebelstand dadurch abhelfen zu können, daß Reisende dritter Klasse gehalten sein sollen, für den Aufenthalt im Speisewagen besonders Eintrittsgeld zu entrichten! Es ist charakteristisch, daß man solche kleinlich-schikanösen Maßnahmen im Zeitalter des Verkehrs zu empfehlen wagt, noch dazu, wo allseitig eingestanden werden mußte, daß ähnliche kleinliche Maßnahmen, z. B. die Fahrkartensteuer, glänzend flacko gemacht haben.

Wirklich durchgreifende Reformen sind im preussischen Verkehrsweisen vom Dreiklassenparlament nicht zu erwarten. Die Konservativen möchten die Personentaxen am liebsten noch erhöhen, und auch das Zentrum erklärte ausdrücklich, daß es gegen eine allgemeine Herabsetzung der Tarife ist. Konservativ-merikal ist nicht nur auf dem Gebiete des geistigen Lebens, sondern auch auf dem Gebiete des Verkehrswezens in Preußen Trümpf.

Am Freitag wird die Debatte fortgesetzt.

Herrenhaus-Gepänkel.

Die pomphaft angekündigte Mirbachade ist gestern im Herrenhaus verlegt wie ein kümmerliches Sommerbäcklein: Der freiblebare Graf hat seinen Antrag zurückgezogen — er hat darauf verzichtet, mit Spatenworten gegen die Kanone der Reichserbschaftsteuer loszuseuern, weil er und seine Kumpanei des Sieges doch

sicher zu sein und fest darauf bauen zu können glaubt, daß die Reichsfinanzreform nicht Geseh wird! Mirbach hat bei dieser Gelegenheit — wie gewöhnlich — aus seinem Herzen keine Mordgrube gemacht, er hat seinen Junkerzungen im Reichsparlament und im preussischen Abgeordnetenhause das Gewissen geschärft, wie nur ein Meister des Scharfmachens scharfen kann. Die konservative Reichstagsfraktion soll und wird — so will es Mirbach, und so befehlt es Mirbach — den ehernen Felsen bilden, an dem das Schifflein der Reichsfinanzreform zerbricht, wie die konservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhause die ehernen Klippe ist, an der die Reformen gegen das elendeste aller Wahlsysteme zugrunde gehen. Der gute Mirbach wenn er als Politiker nur ein Zehntel so tüchtig wäre wie als — Mundheld, dann würde er sich hüthen, prophetisch in die Welt zu träumen, daß die Entwürfe des Wahlsystems ewig unterirdisch bleiben müssen, weil heute noch kurzschichtiger Junkerübermut dem preussischen Proletariat Recht und Gerechtigkeit zu versagen sich erdreisten darf. Und wenn Graf Mirbach wenn auch nicht von der Politik, aber doch von der geschichtlichen Entwicklung eine Ahnung hätte, so würde er sich doppelt hüthen, zu sprechen, was er gesprochen hat: am 18. März!

Die Oberbürgermeister ritten weiter Attake gegen Rheinbaben und gegen das Haus der Abgeordneten. Das Lehrerbefoldungsgesetz liegt ihnen im Magen. Die Kommunen — selbst die großen und größten — sollen elend zugrunde gehen, wenn sie gezwungen werden, ein paar Pfennig mehr als bisher an ihre Lehrer zu bezahlen. Was aber den Oberbürgermeistern von Magdeburg, Köln, Brandenburg, Danzig vor allen Dingen nicht in den Schädel will, das ist der Gedanke der Solidarität. Sie können sich nicht mit der Idee befreunden, daß die größeren, die leistungsfähigen und zahlungsfähigen Gemeinwesen auch einmal zu den Schulunterhaltungskosten für eine oder ein paar weniger gut gestellte Kommunen ihres Provinzialen Verbandes beitragen könnten. Der Sozialnationalismus der Oberbürgermeister und ihre Abgeliebten über das Steuergebahren der preussischen Durchschnittskommune sind im übrigen ein Sozialdemokrat nur allzu verständlich: Verbitterte Handwerkermeister, Leute, die auf das Erbteil der Hausbesitzer schwören, die Wahlrechtsattentaten a la Kiel und Rixdorf zu neigen, die von modern gerichteten Verbesserungswesen, von eigener Regie, von Wertzuwachssteuer und dergleichen nichts wissen wollen, solche Herren mögen wohl dem preussischen Herrenhause zur Freude gereichen, aber an die Spitze einer Großstadt des 20. Jahrhunderts passen sie wie der Regenwurm auf die Nadelspitze.

Der Finanzminister war schon und rüchständig wie immer: er tatte und meitelte gegen die „pompösen Schulbauten“, gegen die Waldschulen, kurz gegen alles, was nach Schönheit, Gesundheit, Fortschritt und Vernunft aussieht. Er balancierte und jonglierte auch mit Rollen, mußte sich aber vom Danziger Oberbürgermeister Ehlers sagen lassen, daß vor den „Durchschnittszahlen“ des Reichs von Rheinbaben gar nicht genug gewarnt werden könne. Diese Ohreise hat der wackere Finanzminister rechtlich verdient. Ehlers hatte auch als einziger von allen Rednern des Tages den Mut der Konsequenz: Er beantragte die Verweisung aller Vorlagen an die Finanzkommission des Hauses, selbst auf die Gefahr hin, daß der Etat erst gegen Weihnachten zur Verabschiedung gelangen könnte. . . .

Schließlich wurde das Lehrerbefoldungsgesetz an eine fünfzehngliedrige Kommission verwiesen, die übrigen Vorlagen gehen an die um fünf Mitglieder verstärkte Finanzkommission.

Gegen Bülow.

Die „Königliche Volkszeitung“, das rheinische Zentrumorgan, erläßt jetzt eine förmliche Kriegserklärung gegen Bülow. In einem Leitartikel verlangt sie, daß an der Spitze der Reichsgeschäfte ein gerader, aufrichtiger Staatsmann stehe, welcher seine Ziele nur mit loyalen Mitteln verfolgen, den Gegnern mit offenem Bistier ohne Hinterhältigkeit und Winkelzüge entgegentrete, aber auch wie Bismarck die Unterstützung aller derer suche und nehme, die zu sachlicher Mitarbeit bereit seien. Soweit das Wilhelmstraßenpalais in Betracht komme, werde seit Jahren mit allerhand Tricks gewirtschaftet, deren Spiegelbild die heutige offiziöse Preßwirtschaft sei.

Das Zentrum scheint jetzt entschlossen zu sein, gegen Bülow die Aggressive zu ergreifen. Bisher hat es sich damit begnügt, der Blockpolitik nach Möglichkeit Schwierigkeiten zu bereiten. —

Bebel 42 Jahre Parlamentarier.

Gestern erinnerten wir an die Rede, die der Abgeordnete Bebel am 18. März 1899 im norddeutschen Reichstag hielt. Die parlamentarische Wirksamkeit Bebels ist älter. Er gehörte bereits dem konstituierenden Reichstag 1867 an und sprach am 14. April 1867 zur Verfassungsfrage. Am 21. September 1867 sprach er zu der Abredebatte, am 17. Oktober 1867 zu der Einführung der Wehrpflicht. Die Rede vom 18. März 1899 hielt er als Sozialdemokrat, vorher gehörte er der sächsischen Volkspartei an. Die Ueberschrift unserer gestrigen Erinnerung hätte deshalb richtiger heißen müssen: Bebel 40 Jahre als sozialdemokratischer Redner im Parlament.

Ein „Ultimatum“ der Agrarier.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Abendausgabe vom 18. März einen kurzen Artikel, überschrieben: „Zur Klärung“, in dem sie nochmals Stellung zur Steuerfrage nimmt. Das Blatt schreibt:

„Einige Neuerungen, die wir kürzlich über unsere Stellung zum sogenannten Westphalenkompromiß gemacht haben, scheinen mißverstanden worden zu sein. Man glaubt, hier und da daraus schließen zu können, daß wir zur Verständigung neuerdings geneigter seien, als wir es bisher waren. Das ist ein Irrtum. Wir haben lediglich gesagt, daß es in einigen Punkten abgeändert werden müsse, daß wir aber auch jeden anderen Weg der Verständigung, wenn er gangbar sei, gehen würden, daß aber schließlich die Nachlasssteuer nach wie vor unbedingt unannehmbar für uns sei. . . . Das Westphalenkompromiß haben wir trotz der lebhaften Bedenken durchaus nicht preisgegeben, sondern halten vorläufig daran fest, bis etwas Besseres gefunden wird. Was aber die Nachlasssteuer anlangt, so können wir unsere Anschauung darüber unumwunden einer Revision unterziehen. . . . Und wenn die „Frankfurter Zeitung“ fragt, ob wir vielleicht mit der Ersetzung der Nachlasssteuer durch eine Steuer auf den Erbanfall einverstanden seien, so müssen wir diese Frage unbedingt und ungenügend verneinen. Für eine Steuer, die auf die Erbschaften gelegt wird, die auf Kinder und Ehegatten übergehen, sind wir nicht zu haben. . . . Legt man darauf Wert, daß wir bei der auch von uns gewünschten Verständigung dabei sind, so muß man sich wohl über unser Entschließen, die Hand von der Nachlasssteuer und von der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten zu lassen.“

Für eine Rückzugskanonade verknallen die Agrarier immerhin recht viel Pulver. Die Situation ist noch immer sehr wenig geklärt.

Prozentpatriotismus der Kohlenbarone.

Daß der Patriotismus der Unternehmer mit dem Gewinne steigt, den sie aus Staatseinkünften ziehen, ist genugsam bekannt. Aber immerhin ist es gut, wenn diese von dem Prozentpatriotismus selbstverständlich bestrittene Tatsache von neuem unzweideutig belegt wird. In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission hat der Staatssekretär des Reichsmarineamts in einer schwachen Stunde die für viele Mitglieder verblüffende Mitteilung gemacht, daß er sich allerdings schweren Herzens gezwungen gesehen habe, sich wegen der Kohlenlieferung für die deutschen Kriegsschiffe an englische Firmen zu wenden, weil das Kohlenyndikat zu hohe Preise gefordert habe! Erst später sei das Syndikat von 14,8 M. auf 11 M., den von den Engländern offerierten Satz, heruntergegangen.

Bürgerliche Blätter werden sich jetzt ob des Versuches des Kohlenyndikats, das Reich unverdächtig zu überfordern, jedenfalls sehr entsetzt stellen, um ihren unigenen Patriotismus um so heller glänzen zu lassen. Uns überrascht diese Mitteilung nicht, denn was die Kohlenbarone in diesem Falle vergeblich versuchten, ist in den Unternehmertreibern die allgemein gültige Anschauung. Den Staat, das heißt die Allgemeinheit schamlos betrügen, gehört zur bürgerlichen Unternehmerroutine. Panzerplatten, Geschos- und Pulverfabrikanten haben es vortrefflich verstanden, sich einen entscheidenden Einfluß bei den maßgebenden Stellen unter anderem auch dadurch zu sichern, daß sie hohe Regierungsbeamte und Admirale in die Strukturen von Aufsichtsratsposten beriefen. Wurde doch gleichfalls in der Budgetkommission mitgeteilt, daß der Admiral v. Sack, der, als er noch aktiv gewesen sei, bei Vergabung der Pulverlieferungen ein entscheidendes Wort zu sprechen gehabt habe, nach seiner Pensionierung sofort in den Aufsichtsrat der Firma Krupp mit etwa 100 000 M. Jahreseinkommen berufen worden sei. Das erinnert sehr an russische Zustände, sagte mit Recht selbst der bürgerliche Abgeordnete Erzberger.

Die sächsischen Landtagswahlen

erregt jetzt schon eine lebhaftere Parteibewegung, obwohl sie voraussichtlich erst Mitte Oktober stattfinden werden. Die verfrühte Regsamkeit ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß diesmal seit 1848 zum ersten Male wieder in allen Landtagswahlkreisen Neuwahlen stattfinden, während bisher alle zwei Jahre nur Drittelerneuerung der Mandate stattfand, also nur der dritte Teil der Wählerkreise daran beteiligt war. Dazu kommt, daß man über die Wirkung des neuen Pluralwahlrechts vollständig im Dunkeln tappt. Als sicher ist nur anzunehmen, daß die Arbeiter nach wie vor einflußlos bleiben und nur eine minimale Vertreterzahl oder überhaupt keine erlangen werden. Dagegen ist es völlig ungewiß, wie das neue Vierklassenwahlrecht die Vertreterstärke der bürgerlichen Parteien beeinflussen wird. In dieser Hinsicht führt das neue Wahlrecht zu einem Sprung ins Dunkle. Das macht die bürgerlichen Parteien nervös und veranlaßt sie zu einer verstärkten Geschäftigkeit, die in erster Linie durch die zahlreichen Kandidatenaussstellungen zum Ausdruck kommt, womit die bürgerlichen Parteien so gut wie fertig sind. Die sächsische Sozialdemokratie hat sich von dieser Nervosität nicht anstecken lassen. Mit Ruhe leitet sie die Vorarbeiten ein, sie läßt sich nicht veranlassen, frühzeitig das Pulver zu verschleihen, sie wird aber schlagfertig sein, wenn die Zeit zum Vorklagen gekommen ist.

Jede bürgerliche Partei hat angeklagt, selbständig vorgehen zu wollen. Durch die bisherige Kandidatenaussstellung ist das auch bestätigt worden. Es werden daher in den meisten Wahlkreisen vier Kandidaten um das Mandat ringen, vereinzelt werden es auch noch mehr sein. Denn schon gibt es Kreise, wo zwei konservative Kandidaten neben einander existieren. Die Folge davon wird eine große Anzahl von Stichwahlen sein, die bisher bei den sächsischen Landtagswahlen so gut wie unbekannt waren, denn unter dem früheren Genusswahlrecht, das bis 1896 bestand, entschied die relative Mehrheit, unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts ging die Abgeordnetwahl ja überhaupt nicht in der Öffentlichkeit vor sich. Natürlich wird die Sozialdemokratie diesem Umstande alle Aufmerksamkeit zuwenden. Die Frage einer einheitlichen Stichwahlparole wird sicher die Landesversammlung eingehend beschäftigen.

Die Hauptfrage aber ist, daß die erste Wahlschlacht mit Wucht geführt und zu einer gründlichen Abrechnung mit der sächsischen Reaktion und den Wahlrechtsverderbern gestaltet wird. Dazu aber wird man unsere Partei gerüstet finden.

Die systematische Staatsbemügelung der Agrarier.

Es ist bekannt, daß die Herren Junker zwar gern die ihnen durch die agrarische Handels- und Zollpolitik in den Schoß geworfenen, der armen Bevölkerung abgepreßten Liebesgaben nehmen, für das Steuerzahlen aber wenig eingenommen sind und den Staatsbeitrag direkt zu einem System erhoben haben. Interessante Beispiele dafür teilte auf der nationalliberalen Vertreterversammlung für Ost- und Westpreußen, die am 14. d. M. in Danzig stattfand, Professor Heidenhain-Karlsruhe mit. Er erzählte dabei u. a.:

Ein Landwirt habe seinen Sohn in der Stadt auf der Schule und zahle für ihn jährlich 1200 M. Pension und 300 M. für Schule, Bücher, Langunterricht usw. Dieser Landwirt sei nur mit 2400 M. Einkommen eingeschätzt. Ein anderer Landwirt war ebenfalls mit 2400 M. eingeschätzt. Als sein Sohn Kavallerieoffizier werden wollte, mußte er einen jährlichen Zuschuß von 3000 M. garantieren. Er schätzte deshalb sein Einkommen auf 4000 M. ein und ließ sich vom Landrat bescheinigen, daß er mit dem Rest von 1000 M. noch landesgemäß leben könne. Ein bekannter Abgeordneter habe einen eigenen Oberförster in seinem Walde, sei aber nur mit 4 M. Einkommensteuer veranlagt. Ein anderer Abgeordneter redete von der Wichtigkeit habe herausgeredet, daß er jährlich Tausende zuschieße (von was) und gar keine Steuer zahlen könne. Freiherr v. Buddenbrock habe im Kreisstag erklärt, daß er keine Steuer zahlen könne. Ein Herr des Kreisstages bemerkte darauf: „Ich schlage vor, dem Herrn eine Armenunterstützung zu gewähren!“

Sprachkrieg in Elsch-Lothringen.

Der reichslandische Landesausschuß hat in seiner soeben beendeten zweiten Sitzung des Staats aus einem Antrage Folge gegeben, der von der Regierung die Einführung des französischen Sprachunterrichts in der Volksschule des deutschen Sprachgebietes verlangt. Die Regierung hatte den Antrag mit größter Energie abgelehnt. Nach ihrer Niederlage mochte sie nun die Abdeutschen diesseits und jenseits des Rheins mobil und schiel sich sogar nicht, die eigenen Untergebenen in den Kampf vorzuschieben. So hat ein Komitee bestehend aus zwei Kolmarer Gemeindevorstehern und einem Ströbinger Universitätsprofessor soeben einen stammenden Aufruf erscheinen lassen, der alle „national“ empfindenden Deutschen zum Kampfe für die höchsten Güter der Nation, für die Erhaltung der Muttersprache auffordert. Natürlich ist das kompletter Unsinn. Kein Mensch in Elsch-Lothringen, die formlosen Antragsteller am allerwenigsten, denkt an eine Verbannung der deutschen Sprache, die die Muttersprache für den größten Teil des elsch-lothringischen Volkes war, ist und bleiben wird. Lediglich aus Gründen wirtschaftlicher Natur, und um den Interessen des Handels entgegen zu kommen, treiben die Landesausschüsse in ihren Antrag ein. Erwägungen politischer Natur liegen ihnen vollständig fern. So hat der langjährige Bürgermeister von Ströbinger und einflussreiche Polizeiminister Elsch-Lothringens, Dr.

Bod, im Landesausschuß zur dritten Sitzung des Elsch einen Antrag eingebracht, der sich die Einführung des französischen Sprachunterrichts vollständig zu eigen macht, der aber nur verlangt, daß die Gemeinderäte der einzelnen Gemeinden ein Bedürfnis hierzu anerkennen müssen. Da die sachlichen Ausgaben für die Volksschule den Gemeinden obliegen, ist gerade dieser Antrag außerordentlich gezeichnet, die praktischen Schwierigkeiten, die der Einführung des französischen Sprachunterrichts hindernd im Wege stehen, aus dem Wege zu räumen. Von Dr. Bod kann niemand behaupten, daß er die Interessen des Deutschthums jemals vernachlässigte. Dadurch, daß gerade er diesen Antrag eingebracht, hat er natürlich den alldeutschen Schreien das Konzept gründlich verborben und deren Verete ad absurdum geführt.

Nichte nicht, damit Du nicht gerichtet wirst.

Von einem jungen katholischen Mädchen aus Wischel bei Altenahr (Eifel), das sich von seinem Verlobten Mutter fühlt und deshalb vor der Entbindung diesen, einen Bräutigam, heiraten möchte, erhalten wir folgenden Brief, der ein lehrreiches Beispiel des religiösen Fanatismus gewisser Geistlichen bietet:

Wischel, 15. 2. 00.

Mein ehemaliges Pfarrkind!

Noch einmal drängt mich die Sorge für Dein Wohl, diese Fellen an Dich zu richten. Du hast das vierte und letzte Gebot übertreten, Du selbst Elend und Deiner Kirche Schmach bereitet. Du hast nicht den letzten Schritt nicht! Heirate nicht protestantisch! Wer eine evangelische Ehe vor dem uralten Pfarrer schließt, ist von der Stunde an aus der Kirche ausgesprochen, kann kein Sakrament mehr empfangen, wird ohne Priester begraben! Wer mich vor den Menschen verleugnet, den will ich vor meinem Vater verleugnen, der im Himmel ist, sagt Christus.

Heirate katholisch oder gar nicht! Gib Dir Mühe, ernste Mühe und bete, daß Dein Bekannter in kath. Trauung willigt und dann zeige ihm, daß Du noch viel Jugend und Tüchtigkeit aus Deiner Jugend gerettet hast, um eine Familie glücklich zu machen.

Hier wird viel für Dich gebetet.

In Deiner Hand liegt Deine ewige Seligkeit und Deine Höll!

Es betet für Dich
Dein ehemaliger Seelsorger
(gez.) Rehfes, Pfaz.

Oesterreich.

Die Eisenbahnerstaatlichung.

Wien, 18. März. Der Eisenbahnausschuß nahm das Ueber-einkommen über die Verstaatlichung der Staatseisenbahngesellschaft, der Nordwestbahn und der Südnorddeutschen Verbindungsbahn an. —

Schweiz.

Das Getreidemonopol.

Büch, 11. März. (Fig. Ver.)

In der Expertenkommission für das staatliche Getreidemonopol gab der Verfasser der vorliegenden beiden Projekte, Direktor Millet, eine eingehende Uebersicht über den Inhalt des Projektes A, der im wesentlichen folgendes bestimmt: Zum Kauf und Verkauf von Getreide ist allein der Bund befugt. Die Anläufe werden je nach den Landesbedürfnissen gemacht, jedoch soll stets ein Vorrat von 1250 000 Doppelzentnern vorhanden sein. Zu dem von der Monopolverwaltung festgesetzten Jahrespreise soll ein Zuschlag von 1 Kr. pro Doppelzentner gemacht werden zur Bildung eines Reservefonds, weiter ein Zuschlag von 60 Cts. zur Deduktion der Transportkosten. Die Müller haben zu diesem Preise vom Bunde fremdes und ferner auch das inländische Getreide zu kaufen, erhalten dafür aber von der Verwaltung eine angemessene Vergütung des Betriebkapitals sowie Amortisation ihrer Einrichtungen, also „Liebesgaben“, worüber aber wohl noch zu reden sein wird. Nach dem Projekt B soll die Monopolverwaltung auch den Viehpreis festlegen.

Frankreich.

Der Poststreik.

Paris, 18. März. Die vom heutigen Ministerrat gefaßten Beschlüsse in Angelegenheit des Ausstandes der Post- und Telegraphenbeamten sind zwar noch nicht bekannt, jedoch heißt es, daß sie von schwerwiegender Bedeutung seien und daß dem Präsidenten der Republik ein Dekret unterbreitet worden sei, wonach der Unterstaatssekretär ernannt werde, die streikenden Beamten unverzüglich abzufassen. Die Postverbindungen in Paris sind völlig unterbrochen. Der Ausstand ist auch in der Provinz in der Zunahme begriffen. In den meisten größeren Städten, wie Lyon, Marseille, St. Etienne, Toulon, Dreft, Havre, Rennes usw. sind die Postbeamten in den Ausstand getreten. Der in der letzten Nacht in Paris abgehaltenen Versammlung wohnten 8000 Beamte bei. Heute morgen haben 136 Militärtelegraphisten den Dienst angetreten, doch geht ihre Arbeit nur langsam von statten. Um 10 Uhr vormittags erschienen in der Telegraphenzentrale 80 weibliche und 23 männliche Angestellte, welche jedoch die Arbeit nicht aufnehmen, sondern nach kurzer Zeit wieder verabschiedeten. Der Allgemeine Arbeiterverband hat beschlossen, die Ausständigen zu unterstützen. — Vorgen verhandelt die Kammer über den Streik. Clemenceau, der den dringenden Nachstandpunkt noch immer nicht verlassen will, will die Vertrauensfrage stellen. —

Allgemeine Verwirrung.

Paris, 18. März. Infolge des Ausstandes der Telegraphen- und Telephonbeamten sowie der Briefträger herrscht allgemeine Verwirrung. Tausende Briefe liegen da, ohne befördert zu werden. Die Bewegung dehnt sich nach allen Zentren Frankreichs aus; in den meisten großen Städten ist der Generalausstand beschlossen worden. Die Militärtelegraphisten sind ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Tausende Depeschen werden mit der Eisenbahn über die Grenze geschickt und dann erst weitertelegraphiert.

Paris abgeschnitten.

Paris, 18. März. Paris ist von der übrigen Welt fast vollständig abgeschnitten. Gestern wurden im ganzen 2000 Depeschen abgefertigt. Die Postbüros, von denen eine ganze Anzahl geschlossen sind, lehnen die Annahme von Einschreibebriefen ab. Briefe nach dem Auslande werden nur vereinzelt befördert. Die Drucksachenboten haben die Arbeit eingestellt. Auch der Streik der Telephonistinnen ist fast allgemein geworden. Heute nacht funktionierten nur noch etwa 10 Telephonlinien. Auch in der Provinz nimmt die Streikbewegung einen bedenklichen Umfang an. Die Blätter erzürnen im Tone größter Beunruhigung die in das gesamte Leben tief einschneidenden Folgen des Post- und Telegraphenstreiks. Die gemäßigten republikanischen Blätter erklären, wenn der Ausstand siegt, so wäre das ebenso schlimm und ernst wie eine Revolution. Denn das würde bedeuten, daß von nun an in Frankreich das Syndikalregime die eigentliche Regierungsform ist. Die öffentlichen Gewalten, welche die Verfassung und die Gesetze dem Syndikat preisgeben, hätten zu bestehen aufgehört. Man müsse das Land befragen, ob es sich diesem neuen Zustand der Dinge anbequemen wolle. Die Regierung stehe vor der Alternative, entweder Niedertwerfung der Anarchie oder Preisgebung jeglicher Autorität.

Auf dem Hauptpostamt kam es heute zu den heftigsten Auftritten, indem 600 Drucksachenboten die Briefträger von der Arbeit abhalten wollten. 200 Schulleute und Gardisten wurden aufgeboten, um die Drucksachenboten aus dem Postgebäude zu entfernen. Die Bestellung der Briefpost hat fast vollständig aufgehört. In den Kammercouloirs wird das Gerücht verbreitet, daß die Regierung, um den Widerstand der Streikenden zu brechen, morgen einen Gesandten zu entsenden wolle, durch welchen die Angelegenheit der Post- und Telegraphenverwaltung, welche noch dem Militärdienste unterliegen, mobilisiert werden sollen. Die Folge dieses Gesandten wäre, daß diejenigen Post- und Telegraphenangestellten, welche den Dienst verweigern, vor das Kriegsgericht gestellt werden können.

Nachgiebigkeit?

Paris, 18. März. Man berichtet in den Couloirs der Kammer, daß der Streikausbruch eine Resolution angenommen habe, wonach er sich verpflichtet, acht Beamte, die aus den Geübtesten ausgewählt werden sollen, der Verwaltung zur Verfügung zu stellen zur Beförderung der auswärtigen diplomatischen Depeschen. — Die Liberté meldet, die Regierung habe Simyan aufgefordert, seine Entlassung zu geben, und Clemenceau habe Simyans Entlassungsgesuch in der Tasche; er wüßte jedoch nicht eher Konzessionen zu machen, als bis er das Vertrauensvotum der Kammer hat, auf das er morgen rechnet. Diefelbe Zeitung weiß von Meinungsverschiedenheiten zwischen Simyan und Barthou zu berichten, die schon seit einiger Zeit bestanden. Barthou und nicht Simyan werde morgen die Telegraphenverwaltung in der Kammer verteidigen.

England.

Die Arbeiterfraktion im Parlament.

London, 11. März. (Fig. Ver.) Die Propaganda für eine große Heimatsarmee macht gegenwärtig in Großbritannien größere Fortschritte als seit mindestens vier Jahrzehnten. Die Zahl der Anmeldungen für den Territorialdienst, die Militz, wächst, da sowohl ein Teil der Presse, die Theater, sowie zahlreiche Handelsinstitute für diesen Gedanken eintreten. Kaufmännische Häuser sind jetzt dafür, daß sich ihre Angestellten im Gebrauch von Feuerwaffen üben sollen, und manche Firmen wollen überhaupt keine jungen Leute einstellen, die sich nicht verpflichten wollen, in die Territorialarmee einzutreten. Gegen diese Erscheinung nahm die Arbeiterfraktion Stellung, deren Führer Henderson es vor wenigen Tagen unternahm, eine Erklärung des Kriegsministers darüber zu provozieren. Er sagte:

„Es ist Zeit, daß die Gegner der allgemeinen Militärpflicht größere Wachsamkeit üben. Der Kriegsminister hat dem Teile der Presse, die für die Armee agitiert, sein besonderes Lob gezollt. Dann sehen wir Geschäftshäuser, die ihre Weidmacht dazu benutzen, ihre Angestellten in die Armee hineinzuzwingen. Die Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß ein derartiges Vorgehen einen ungerechtfertigten und stumpelosen Eingriff in die Rechte der großen Schicht der Handelsangestellten bedeutet. Es ist eine flagrant Verletzung der Vertragsfreiheit, für die die Trade-Unions seit 100 Jahren gekämpft haben. Ein derartiges Vorgehen ist auch gegen den Geist der Trudakte. Indem der Kriegsminister ein derartiges Vorgehen billigt, macht er den Liberalismus zum Risikofaktor an der Einführung eines modifizierten Militärschwanges.“

Der Kriegsminister antwortete, daß dieses Vorgehen seine Billigung habe; die Unternehmer hätten ebenso das Recht, Armeelente vorzuziehen, wie die Arbeiterpartei Gewerkschaftler und Temperenzler vorziehe.

Auf Veranlassung des Arbeiterabgeordneten Hodge fand gestern eine Debatte über die „anständige Lohnklausel“ im Unterhause statt. Wie bekannt, wurde im Februar 1891 folgende Resolution des Unterhauses über diesen Gegenstand angenommen:

„In alle Regierungsverträge ist die Klausel aufzunehmen, die die Unternehmer von Staatsarbeiten unter Strafe verpflichtet, die anerkannten Gebräuche und Bedingungen betreffend Lohn und Arbeitszeit, die in einem bestimmten Gewerbe vorherrschen, zu beachten; dem Unternehmer ist es unter Strafe verboten, einen Teil der Vertragsarbeiten an Mittelpersonen abzugeben, außer mit Erlaubnis der Ministerialabteilung, in die diese Arbeiten fallen.“

Diese Resolution ist unter dem Namen Fair wages clause bekannt. Der Arbeiterabgeordnete Hodge stellte nun einen Verbesserungsantrag, der dieser Klausel eine bestimmtere und den Arbeitern günstigere Fassung geben soll. Die Klausel wurde nur soweit beachtet, als sie Löhne betraf, dagegen blieb sie in bezug auf Arbeitszeit unbeachtet. Der Antrag der Arbeiterfraktion sollte diesem Mangel abhelfen. Der Generalpostmeister Sydney Buxton, der der Urheber dieser Klausel vom Jahre 1891 ist, stellte ein Amendement zum Antrag Hodge, das wie folgt lautet:

„Das Haus ist der Ansicht, daß es die Pflicht der Regierung ist, die Unternehmer von Staatsarbeiten vertragsmäßig zu verpflichten, allen Neben von Mittelpersonen, sowie allen Neben des Schwibsystems (lange Arbeitszeit, Heimarbeit) vorzubeugen und solche Löhne zu zahlen, wie sie die qualifizierten Arbeiter im Gewerbe erhalten.“

Die Arbeiterfraktion zog nach langer Debatte ihren Antrag zugunsten des Amendements Buxton zurück, das ohne Abstimmung angenommen wurde.

Persien.

Rjasow.

Entgegen den bisherigen Rügendementis der russischen Regierung, daß der Befehlshaber der persischen Skofalen nicht mehr der russischen Armee angehört habe, als er das persische Parlament bombardierte, erfährt man jetzt, daß Rjasow erst in den letzten Tagen seine Verabschiedung unter Befehl der Uniform erhalten habe. Es steht aber fest, daß der Befehlshaber des Schahs aktiver russischer Offizier war, die russische Regierung also direkt und aktiv an der Unterdrückung der persischen Verfassung mitgewirkt hat.

Gewerkschaftliches.

Arbeitgeber-Rat.

Unter dieser Bezeichnung haben die zu einer Vereinigung zusammengetretenen Unternehmerverbände eine Einrichtung geschaffen, die in künftigen wirtschaftlichen Kämpfen eine Rolle spielen soll. Der Arbeitgeber-Rat will angeblich berechnete Arbeiterforderungen nicht bekämpfen, — aber er soll das Verständnis dafür zu verbreiten suchen, daß eine „rückwärtslose, einseitige und vom Geiste des Klassenkampfes getragene Arbeiterpolitik“ der gesamten Volkswirtschaft und damit schließlich auch den Arbeitern selbst Nachteil bringen muß. Auf die Art dieser „Aufklärung“ darf man gespannt sein. Sie wird sicher im Reichsverbandstille erfolgen. Zunächst ge-

denkt der Arbeitgeber-Rat, die Vorarbeiten für Gewerbegerichts-wahlen in die Hand zu nehmen. Uns scheint, die Vereinigung hätte sich richtiger als Ehrenrat der Gelben firmiert.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifverhandlungen in der Kostümbbranche, die am Mittwochabend begannen und bis gegen 1 Uhr nachts dauerten, haben bis jetzt noch nicht zu einer Einigung der Parteien geführt, sie sollen jedoch Anfang nächster Woche fortgesetzt werden. Inzwischen wird sich eine Versammlung der Kostümbhändler und Schneiderrinnen mit dem bisher von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes gemachten Angebot beschäftigen.

Eine Konferenz der in der Betonbaubranche tätigen Arbeiter Deutschlands

wird am 5. und 6. April hier in Berlin stattfinden. Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Mittwoch eine Gruppenversammlung der Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter, die im großen Saale der „Lebensquelle“ tagte. Der Referent Haese schilderte die Wichtigkeit der bevorstehenden Konferenz und gab auch eine interessante Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung des Betonbaues. Als in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Betonbau immer mehr in Anwendung kam, hatte sich auch bald ein fester Stamm von Spezialarbeitern dieser Branche ausgebildet. Sie waren jedoch unorganisiert und gaben sich, selbst in Berlin, mit äußerst geringen Löhnen zufrieden. Ließen es sich sogar gefallen, wenn der Unternehmer zur Winterzeit 10—15 Pf. die Stunde weniger zahlte als in der übrigen Zeit des Jahres, und arbeiteten ihre 70—80 Stunden die Woche, um nur einen halbwegs auskömmlichen Lohn zu erzielen. Aber bald erkannten sie, wie notwendig ein fester Zusammenschluß war, vor allem in Berlin, wo sie sich denn im Januar 1889 im Anschluß an den Zentralverband der Maurer organisierten. Ihre Sektion oder Gruppe kann also jetzt auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aber im Frühjahr desselben Jahres gründeten die Unternehmer ihren Verband der Gips-, Zement- und Zementbaugeschäfte, der vor allem gegen die Arbeiterorganisation gerichtet war. Es gelang gleichwohl in den folgenden Jahren, bessere und geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. In manchen Orten Deutschlands sind die Lohnverhältnisse jedoch noch sehr traurige. In der Konferenz, die sowohl von Vertretern der im Maurerverband, wie der im Bauhilfsarbeiterverband organisierten Betonarbeiter besetzt wird, steht als erster Punkt: „Der Betonbau, seine Ausdehnung und die Lage der Arbeiter“ auf der Tagesordnung, und als zweiter: „Agitation und Organisation“. Hinsichtlich der Organisation der Arbeiter dieser Branche besteht noch eine große Zersplitterung; ein Teil ist im Maurerverband, ein anderer im Bauarbeiterverband organisiert, und dazu kommen noch verschiedene andere Verbände, wie die der Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter usw., die ebenfalls eine Anzahl Mitglieder haben, die im Betonbau tätig sind. Die Organisation der Hilfsarbeiter des Betonbaues hat der Maurerverband vor einigen Jahren durch Kartellvertrag dem Bauhilfsarbeiterverband überlassen. Der Redner sprach die Ueberzeugung aus, daß damit ein Fehler begangen worden sei, und brachte im Namen des Gruppenverbandes, zur Vorlegung auf der Konferenz, eine Resolution in Vorschlag, durch die alle Betonarbeiter, wie Zementarbeiter, Zementierer und Flechter, Kubetragler, Einschaler und Hilfsarbeiter aufgefordert werden sollen, sich den Betonarbeitersektionen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands anzuschließen. — In der Diskussion wandte sich Hoppe vom Bauhilfsarbeiterverband gegen diesen Vorschlag und meinte, daß ein solcher Beschluß zu neuer Zersplitterung führen könnte. Wohl sollte man verlangen, daß alle Betonarbeiter einer der hauseigenen Organisationen angehören, im übrigen aber müsse baldigt für den Zusammenschluß der Maurer- und Bauhilfsarbeiterverbandes und für eine einheitliche Organisation aller bauverwandten Arbeiter gesorgt werden. — Dieser letzten Äußerung stimmte der Referent in seinem Schlußwort durchaus zu und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Verschmelzung jener beiden Verbände im Jahre 1911 zur Tatsache wird. — Die vorgeschlagene Resolution wurde von der Versammlung einstimmig genehmigt. Als Delegierte zur Konferenz wurden Otto Haese, Scherbarth und Römer gewählt.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Schneidergewerbe.

Im Schneidergewerbe schweben zurzeit Lohndifferenzen in 40 Städten Deutschlands. Wie die „Fr. Ztg.“ hört, werden am 20. d. Mts. in Frankfurt a. M. die Hauptvorstände des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und der beteiligten Gewerkschaften zusammentreten, um einen Schlichtungsversuch vorzunehmen. Man hofft, daß die Differenzen gütlich beigelegt werden.

Ein Ausstand in der Glas- und Kristallfabrik in Reichenhain.

150 Arbeiter der genannten Fabrik haben Anfang voriger Woche die Arbeit niedergelegt, während seit Freitag auch die übrigen 300 Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Arbeit sind. Die Glas- und Kristallfabriken in Reichenhain und Münsen im Vorpommern sind seit Jahren in geschäftlicher Blüte und die betreffenden Aktien-gesellschaften sind in der Lage, den Aktionären hohe Dividenden zahlen zu können, während die Arbeiter seit Jahr und Tag wegen der gänzlich unzureichenden Löhne vorstellig geworden sind, ohne eine durchgreifende Abhilfe dadurch herbeiführen zu können. Eine gewerkschaftliche Organisation ist bis jetzt noch nicht durchgeführt worden, so daß die Streikenden wohl einen schweren Stand haben werden.

Die Aussperrung der Töpfer in Brandis zeitigt immer tollere Blüten. In voriger Woche erlitten dort endlich der fehnlichst lange erwartete Arbeitersplittertrupp in Stärke von etwa 30 Mann, allerdings nicht aus Gelingen, sondern aus — der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Die Leute waren harmlos den Lockungen der Agenten gefolgt, es wurde ihnen „erklärt“, ein Streik oder so etwas läme in einer so lammfrommen Gegend wie Brandis überhaupt nicht vor. Am 7. Uhr morgens traf der Trupp ein, nach 9 Uhr waren sie schon von den Ausständigen von der wahren Sachlage unterrichtet und verließen geschlossen den Betrieb. Die Betriebsleitung ersuchte nun um polizeilichen Schutz gegen dieselben Leute, für die sie ihn erst vor einigen Stunden erbeten hatte! Am Abend desselben Tages holte nun die Leitung zum letzten Bewußtsein aus. Es wurde laut Plakat verkündet, daß nun mehr der gesamte Betrieb stillgelegt werde und nur noch weiter beschäftigt werde, wer nicht dem Verbands angehört. Damit hat die Betriebsleitung endlich ihre Karten aufgedeckt und gezeigt, daß es ihr nur um die Nachfrage, um die Hochhaltung des sogenannten Herrenstandpunktes zu tun ist. Dadurch wurden noch 85 Hilfsarbeiter ausgesperrt.

Verhandlungen, die nunmehr eingeleitet wurden, an denen auch der Bürgermeister teilnahm, hatten keinen Erfolg. Die Betriebsleitung verlangt, daß 4 Schülern und 3 Hilfsarbeiter draußen bleiben müssen. Dies sind die „Nadelsticker“, und denen will man keinen Pardon geben.

So wird denn nun der Kampf weitergeführt; die Aussperrten machen nunmehr die breitesten Demonstrationen auf die Maßnahmen der Betriebsleitung aufmerksam, und so sorgt man schon dafür, daß die Letztere nicht mehr so leicht außer Atem kommt.

Streik im graphischen Gewerbe.

In der Graphischen Anstalt Globus, Inhaber Robert Mittelbach in Köpenick bei Dresden, in der auch die in Radfahrerkreisen benutzten Radkarten hergestellt werden, sind die Kartographen, Steindruck- und Lithographen in den Ausstand getreten. Die Firma verlangte von den Kartographen den Austritt aus der

Organisation und die Auslieferung der Verbandsbücher. Die Antwort war: Streik aller organisierten Arbeiter der Firma!

Ausland.

Am Rande der Hungerrevolte.

Als am Montag im dänischen Folkething die zweite Lesung der Gesetzentwürfe zur Linderung der Not der Arbeitslosen beginnen sollte, waren nicht weniger als 300 Polizeileute aufgestellt, um nach preußischem Muster vor dem Reichstagsgebäude die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die außerordentliche Maßregel war ein Werk des früheren Ministerpräsidenten Christensen, der jetzt Vizepräsident des Folkethings ist und die Verhandlungen zu leiten hatte, weil der erste Präsident infolge der durch Frost verursachten Verkehrshörungen aus seiner jütlandischen Heimat nicht nach der Hauptstadt kommen konnte. Wenn man diesmal solche Angst vor den arbeitslosen Massen hatte, so war das wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß in den fünf großen Arbeitslosenversammlungen am Sonnabend hier und da Stimmen der Verzweiflung laut geworden waren, die, der langwierigen Verhandlungen müde, zur Selbsthilfe außerhalb der gesetzlichen Schranken rieten. Die verzweifelte Stimmung der Arbeitslosen war auch dadurch zum Ausdruck gekommen, daß nur eine der fünf Versammlungen, die den sozialdemokratischen Gesetzesvorschlägen entsprechende Resolution des Organisationsartikels annahm, während die übrigen Versammlungen nicht weniger verlangten, als daß jedem Arbeitslosen wöchentlich aus Staatsmitteln 20 Kronen gezahlt werden, solange seine Arbeitslosigkeit dauert. Das ungeheure Polizeiaufgebot fand jedoch seinerlei Grund zum Einschreiten. Die befürchtete Hungerrevolte blieb aus. Wohl hatten sich vor dem Reichstagsgebäude große Massen von Arbeitslosen angesammelt, von denen nur ein sehr geringer Teil Einlaß in die Zuhörerräume finden konnte, zu irgendwelchen Unruhen kam es jedoch nicht. Die verzweifelte Stimmung der Arbeitslosen fand ihren Widerhall in den Verhandlungen des Folkethings, in den Worten der sozialdemokratischen Abgeordneten. So sagte Genosse Martin Olsen nach einer scharfen Kritik der höchst unzureichenden Vorschläge der Ausnahmeherrschaft und trefflichen Begründung der sozialdemokratischen Forderungen: „Es kann nichts nützen, den Kopf in den Sand zu stecken und zu glauben, daß nichts zu befürchten sei. Es ist etwas zu befürchten! Noch ist alles ruhig, aber wir leben am Rande der Hungerrevolte!“ — Die Verhandlungen dauern noch fort.

Versammlungen.

Das Christentum und die Religion der Wahrheit!

Die mit dieser Tagesordnung auf den Montagabend einberufene Versammlung schloß sich der am Sonntag im „Reenpolast“ arrangierten Veranstaltung würdig an. Das große freigelegte Lokal in der Kopenstraße war erdrückend angefüllt. Viele standen in den Gängen und selbst auf der Tribüne hatten sich einige Tausend Besucher eingestellt. Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann wurde ebenso wie der Referent A. Stern mit lebhaftem Handelsmann begrüßt. Donnerndes Beifall folgte auch dem von warmem Feuer durchglühenden Vortrage des Referenten. In der Pause wurde darauf aufmerksam gemacht, daß „Achtgroßchenjungen“ anwesend seien. Genosse Hoffmann erklärte, wenn jeder seinen Lebensmühe genau ansehe, dann brauchten wir die vom Polizeipräsident empfohlenen Wehrlöcher nicht anzuwenden. (Stürmische Heiterkeit.) Zur Diskussion meldete sich als einziger Redner ein Vertreter einer religiösen Sekte, der an die Wiederkunft Jesu und an die Errichtung des fünften Weltreiches glaubt und sich auf eine Bibelstelle Daniels berief. Es war dem Referenten leicht, dem Redner nachzuweisen, daß Daniels Buch nur im 2. Jahrhundert vor Christi Geburt und nicht in der babylonischen Gefangenenschaft geschrieben sein kann und Daniels Äußerungen keine Weissagung, sondern eine dichterische Schilderung der Zeitverhältnisse darstellt. In seinem Schlußwort wies A. Hoffmann darauf hin, daß dies die letzte Versammlung nicht sein werde.

Aus der Herren- und Knabenkonfession. Am Montag fand bei Schulz (früher Wendt), Am Königsgraben, eine Branchenversammlung der Herren- und Knabenkonfektionshändler statt, in der Herr über die Wirkungen der Krise sprach. Der Redner ging in seinem Vortrage auch auf verschiedene Ereignisse und trasse Mißstände innerhalb der Branche ein und schilderte dabei vor allem die Entwidlung des Streiks bei der Konfektionsfirma Rosenblatt in Gotha, sowie das Bestreben der Firma, ihre Streikarbeit hier in Berlin herzustellen zu lassen, worüber ja bereits am Donnerstag voriger Woche im „Vorwärts“ berichtet wurde. Der Redner war bei dem Zwischenmeister Spitz in der Hirtenstrasse, der Streikarbeit aus Gotha von der Berliner Firma Martin u. Platon übernommen hatte, vorstellig geworden. Herr Spitz machte das Angebot, die Organisation möge ihm 600 Stück Streikarbeit für 1.40 M. das Stück gleichsam ablaufen. Die streikenden Konfektionshändler in Gotha verlangen nur 1.35 M. für das Stück. Denselben Preis soll auch die Firma Martin u. Platon dafür erhalten, die ihrerseits dem Zwischenmeister Spitz 1.20 M. zahlt. Dieser suchte also ein gutes Geschäft zu machen, hatte aber selbstverständlich kein Glück. Uebrigens machte er anderen Tages, als ihn der Redner auf der Straße traf, ein bescheidenes Angebot und verlangte für einen Tag Entschädigung in der Höhe von 100 M., wenn er die Streikarbeit liegen lassen sollte. Inzwischen hat er sich jedoch schon aus anderen Gründen genötigt gesehen, auf die Arbeit zu verzichten. Der Redner berichtet ferner, daß er ebenfalls wegen Streikarbeit aus Gotha bei dem Seimarbeitler Heinich, Hochmeisterstr. 17, vorstellig geworden war, daß dieser aber erklärte, er werde keine Arbeit ablehnen, und unter Hinweis auf ein Hausrecht dem Organisationsvertreter die Tür wies. Bei den vielen Mißständen, unter denen die Konfektionshändler und Schneiderinnen zu leiden haben, erwähnte der Redner auch die ablehnde Behandlung, die ihnen in einigen Geschäften von den Angestellten, den Konfektionshändlern oder Zuschneidern, geboten wird. Ueber die Firma Stern & Co. wird gesagt, daß die Schneider dort bei Lieferungen stundenlang warten müssen, was ihnen selbstverständlich schwere Verluste verursacht. Solche und ähnliche Mißstände wurden vom Redner sowohl wie in der Diskussion noch aus mehreren anderen Geschäften gemeldet, und im Zusammenhang damit wurde vor allem betont, daß der Anschlag an den Schneiderverband und festes Zusammenhalten in der Organisation der einzige Weg sei, um mit den Mißständen aufzuräumen und eine vernünftige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen.

In einer Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes, die am Mittwoch stattfand, hielt Genosse Ritter einen Vortrag über das Einkommensteuergesetz. Dazu erstattete Glode Bericht über die Verhandlungen, welche wegen der Regelung der vertragmäßigen Arbeitszeitverlängerung seit einigen Wochen in der Schlichtungscommission und vor dem Einigungsamt geführt worden sind. Die Verhandlungen endeten befalls mit einem Schiedsspruch des Einigungsamtes, der im „Vorwärts“ mitgeteilt ist. Die Versammlung nahm die Ausführungen Glodes ohne Debatte entgegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Stellvertreter Göttes als Nimrod.

Hanau, 18. März. (V. S.) Am Sonntag wurden der „Hanauer Zeitung“ zufolge im Zugfelder Wald zwei Unteroffiziere des Infanterieregiments durch einen landgräflichen Jagdauscher beim Wildern festgenommen.

Unter einer Schneelawine begraben.

Vern, 18. März. (V. S.) Am Judisplatz bei Engelberg wurden vier Skifahrer durch eine Schneelawine verschüttet. Zwei befreiten sich, einer wurde tot gefunden, der vierte wird vermißt und ist ohne Zweifel tot.

Reichstag.

227. Sitzung vom Donnerstag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Einem.

Der Vizepräsident des Reichstages ist zur Erinnerung an sein erstes parlamentarisches Auftreten mit einem schönen Rosenstrauß geschmückt. Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichshäuser.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bg.): Ich protestiere dagegen, daß der Abg. Häußler, der schon als Jüngling ins Feld gezogen ist, vom Großen Otola mit Bebel in Parallele gestellt wird, der das Heer hütet und bekämpft. Aber sachlich bin ich in allen Punkten, bei denen Herr Häußler die Zustimmung der Herren Müller-Meinungen und Stücken gefunden hat, nicht mit ihm einverstanden. Daß die geheimen Qualifikationsberichte beibehalten werden müssen, hat der Kriegsminister gestern überzeugend dargelegt; es wäre geradezu verwerflich für das Heer, wenn sie abgelehnt würden. Von der Rede des Herrn Stücken kann ich nur sagen: als Herr Bebel, dessen Eintritt vor 40 Jahren hier gefeiert wird, die Leiter schwang, klang sie noch besser, jetzt ist sie schon ausgeleert, besonders die Worte der Militärhändlungen. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Stücken verlangt gute Bewaffnung für das Volksgewehr, von dem er träumt, aber wie er so zusammengekauften Massen gut bewaffnen und im Kriegesfall verpflegen will, das ist sein Geheimnis. Herr Stücken spottete über die Tätigkeit von Offizieren als Vortänzer. Er dachte wohl an die Vortänzer bei Volksveranstaltungen, die nach jedem Tanz einen Groschen einfordern. (Heiterkeit rechts.) Die Vortänzeraktivität von Offizieren ist eine sehr harmlose, Herr Stücken mag sich nur näher danach erkundigen. Protestieren muß ich gegen das Falschspielertum, Volk und Sozialdemokratie als gleichbedeutend zu bezeichnen; der innere Feind ist die Sozialdemokratie, und das ist nur ein verführter Bruchteil des Volkes. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, liegt dem Kaiser ob, und das muß auch so bleiben; die Sozialdemokratie will das dem Volke überbringen; in welcher Weise ist mir nicht ganz klar.

Zum Schluß will ich noch ganz kurz hier im Plenum die Frage der Jahressperrung im Heere ausführlicher erörtern. (Große Heiterkeit.) Der Redner verweist sich über diese Frage sehr eingehend und schließt dann mit einem Hurra für unsere Armee. (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brandts (Folk): Das Heer soll nicht Politik treiben. Dieser Grundgedanke wird nicht innegehalten; so hat bei der Kaisergeburtstagsfeier ein hoher Offizier eine Rede gegen das Zentrum gehalten. Wichtiger noch ist mir ein anderer Punkt: die Frage der Religiosität. Die besten Exponenten des Soldaten sind Frömmigkeit und Tapferkeit. Nur alle drei bis vier Wochen wird ein Soldat zur Kirche kommandiert, und in der Zwischenzeit wird ihm der Kirchenbesuch verboten. Katholische Soldaten werden vorwiegend in evangelische Gegenden gebracht, wo sie nur mit Evangelischen verkehren können; darunter muß ihr religiöses Gefühl leiden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Konfessionelle Engbergigkeit!) Das ist Tatsache. Katholiken sollten nur in katholischen Garnisonen dienen. — In der Provinz Posen wurde einem Manne von dem Hauptmann seines Sohnes mitgeteilt, dieser sei auf unerklärliche Weise aus dem Fenster gestürzt. An der Leiche fand man sonderbare Verletzungen, die von Stichen herzurühren schienen. Eine Kuffahrt hierüber konnte der Vater nicht erlangen, doch wurde festgestellt, daß am Abend ein Streit des Soldaten mit seinem Unteroffizier stattgefunden hatte; in der Nacht erfolgte dann der „unerklärliche“ Sturz aus dem Fenster!

Die Kriegervereine werden zu politischen Zwecken mißbraucht; bei den letzten Wahlen wurden sie direkt in den Dienst der politischen Agitation gegen die Polen und die Sozialdemokratie gestellt. Der Vorsitzende des Kriegervereins zu Rybnitz beleidigte den Abg. Dr. Sebda, indem er sagte, er läge, wenn er behauptete, er liege auf dem Boden der Verfassung! Trotzdem wurde dieser Beleidiger freigesprochen, weil er — in höherem Auftrage gehandelt habe! (Hört! hört! bei den Polen.)

Abg. Schrader (fr. Bg.):

Die Trennung nach Konfessionen, die der Vorredner wünscht, können wir nicht billigen; sie geht und jetzt schon zu weit. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Auch von der Hurra Stimmung, von

der der Vorredner sprach, habe ich nichts gemerkt; das ist angeführt der Finanzlage auch erklärlich. Die zweijährige Dienstzeit hat sich bei der Infanterie ganz vorzüglich bewährt — trotz der düsteren Prophezeiungen der Hochleute. (Sehr richtig! links.) Die bedeutendsten Fortschritte in der Geschichte sind oftmals gegen widerstrebende Hochleute durchgesetzt worden. (Sehr richtig! links.) Die Turnvereine, einerlei welcher Richtung, leisten der nationalen Wehrkraft die wichtigsten Dienste, indem sie die Jugend jähren und vor Kräftevergeudung und Ausschweifung bewahren; man sollte daher die kleinliche Schwächung der sozialdemokratischen Turnvereine unterlassen. Redner kommt auf die internationale Lage zu sprechen und bezeichnet die schlechte Finanzlage Rußlands als beste Friedensgarantie. Es ist zu hoffen, daß der Frieden erhalten bleibt oder mindestens die Vorkämpfer genötigt werden, sich nur untereinander zu prüfeln. (Heiterkeit.) Wir haben den Dreißiger, wir leben in guten Beziehungen mit England und Frankreich; Rußland ist ohnmächtig, wenn ihm die Westmächte kein Geld veranlassen — und das werden sie nicht tun —; wir haben also durchsichtiger Veranlassung, zu erwägen, ob es nötig ist, See- und Landmacht in der jetzigen Größenstärke zu halten.

Die unumfängliche Kommandoergewalt bedeutet ganz einfach, daß ein Rest des absoluten Staates

fortlebt (Sehr richtig! links), der dann naturgemäß sich auch über das Heer heraus geltend macht. — Mit dem Institut der Reserveoffiziere wird politischer Mißbrauch getrieben. So ist z. B. der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Erabant, nicht etwa, weil er im Verlaufe des heftigen Hamburger Verfassungskampfes seine Wähler aufgefordert hat, sozialdemokratisch zu stimmen, sondern nur, weil er es ihnen freigestellt, verabschiedet worden. (Hört! hört! links.) Damit schafft man nur Erbitterung und gibt den Sozialdemokraten Agitationsstoff. Wer für die Armee eine Sonderstellung fordert, reiht eine Kluft zwischen ihr und der Nation und handelt nicht im wahren Interesse der Armee. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Storz (fr. Bg.): Die Abgg. v. Liebert und Bebel bezeichnen die Gegenwart in der Auffassung des Militarismus. Es ist nicht meine Absicht, heute gegen den Kollegen Bebel zu polemisieren. Ich sehe den Vizepräsidenten Bebel mit einem Rosenstrauß geschmückt. Heute sind 40 Jahre verstrichen, seit der Kollege Bebel zum ersten Male parlamentarisch auftrat. Er ist der einzige unter uns, der noch dem norddeutschen Reichstage angehört hat. Ich teile nicht die Ansichten des Kollegen Bebel, aber gerade als politischer Gegner möchte ich ihm zu seinem heutigen Jubiläum unsere besten Glückwünsche darbringen. Bebel's sympathische menschliche Eigenschaften sichern ihm die Hochachtung auch jener Kreise, die nicht seiner Partei anhängen. (Zustimmung bei der Gruppe der Linken und in der Mitte.) Bebel ist ein leuchtendes Beispiel für das, was flammende Begeisterung auch im einfachen Manne vermag. (Sehr wahr!) Persönliche Hochachtung darf auch gegenüber dem schärfsten politischen Gegner nicht schwelgen, zumal wir jetzt den Kollegen Bebel die Waffen, die er vielleicht manches Mal allzu heftig geschwungen, seltener anwenden sehen.

Kollege Bebel war immer ein warmer Anhänger der Friedensidee. Auch wir hängen ihr an; aber den erlebten Weltfrieden werden wir, fürchte ich, sobald noch nicht erleben. Redner tadelt scharf die Ausschließung der Juden vom Offiziersdienst, die Maßregelung Erabant's, die Mißgriffe der Ehrengerichte und die ungleichmäßige Rechtsprechung, wenn es sich um Untergebene und um Vorgesetzte handelt. Das Heer soll doch das Volk in Waffen sein; das Volk in Waffen hat aber Anspruch auf eine gerechte militärische Justiz. (Lebhafte Zustimmung links.)

Was die zweijährige Dienstzeit der Kavallerie betrifft, so kann ich doch einige Bedenken gegen die Ausführungen des Kollegen Häußler nicht unterdrücken. (Hört! hört! rechts.) Nicht zu billigen ist aber, daß die Militärverwaltung nicht genügend Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung nimmt. Das zeigt sich bei den Einberufungen zu den Übungen. In Ulm klagten die Walermeister, daß Soldaten zum Aufstreichen von Verwaltungsgebäuden benutzt werden.

Im inneren Kerne ist unsere Armee gesund, darin stimmen wir dem Kriegsminister zu; aber Kritik müssen wir üben, wo sie angebracht ist, dazu sind wir da. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Kriegsminister v. Einem:

Herr Schrader stellt die internationale Lage als recht günstig dar. Rechts von Deutschland will man keinen Krieg führen, links will man keinen Krieg führen. Wenn das der Fall ist, so liegt das daran, daß Deutschland sich entschieden auf die Seite seines Verbündeten gestellt hat und daß ein starkes Heer hinter dem Willen Deutschlands steht. So wird der europäische Frieden dem starken deutschen Heere ver-

danft. (Ein konservativer Abgeordneter ruft: Sehr richtig!) Es kann ja sein, daß, wenn wir mit England, mit Frankreich zu einer Entente cordiale kommen, wir an eine Herabsetzung unserer Präsenzstärken denken können. Aber den Weltfrieden haben schon andere Leute vorausüberhandelt und haben sich geirrt. Ich erinnere an den Abrüstungsantrag Bismarck, der kurz vor 1866 aus den Reihen der fortschrittlichen Partei kam. Herr Abg. Schrader winkt ab. Nun, seine Partei läßt sich gern daran erinnern, daß sie sich auch einmal geirrt hat. (Heiterkeit und Zustimmung rechts.)

Daß die Kosten der Wehrkraft schwere und sehr schwere sind, ist wahr. Ich habe in der Kommission wiederholt auf das Sparmaßstrebendes hingewiesen, das in der Heeresverwaltung herrscht, und ich habe auch erklärt, daß voraussichtlich kein schnelleres Tempo in der Heeresvermehrung in der nächsten Zeit eintreten wird. Aber meine erste und hauptsächlichste Pflicht ist und wird stets sein, für die Schlagkraft der deutschen Wehrkraft zu sorgen. Wenn ich sage, das Volk ruht im Schatten des Heeres, so bedeutet das: die Armee schützt das Volk, und sie hat dazu beigetragen, daß Handel und Wandel blüht. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Liberalen.) Eine Kluft zwischen Heer und Volk wäre für beide verwerflich, und diese Kluft zu schaffen, ist das eifrigste Streben der Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Parteitag zu Dresden hat Bebel die Armee das letzte Volkswerk der bürgerlichen Gesellschaft genannt, das auch schon in Banken gekommen sei. Das ist zwar nicht richtig, aber er hat doch hinzugefügt: Wir müssen dieses Volkswerk ins Schwanken bringen. Die Armee ist älter als die Sozialdemokratie; die Sozialdemokratie aber hat das einzige Streben, das gute Verhältnis zwischen Armee und Volk entzweizumachen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Jeder Offizier muß ein Gentleman sein, sonst kann er als vertrauenswürdigem Führer nicht gelten. Nichts ist mir unangenehmer als die Verfolgung eines Mannes, der der Armee angehört, wegen politischer Betätigung. Der Reserve- und Landwehroffizier hat das Wahlrecht und muß sich infolgedessen politisch betätigen, und ich weise jede Verfolgung für eine solche Betätigung innerhalb der staatsrechtlichen Parteien weit von mir. Und ich hoffe auch, daß sie nicht vorkommt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine Wengs aber gibt es für die politische Betätigung, und das ist die Sozialdemokratie. Eine Betätigung für die Sozialdemokratie von einem Offizier — sei es in der Linie, Reserve oder Landwehr — darf nicht stattfinden. Denn die Sozialdemokratie leugnet die Bedeutung des Eides. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist nicht wahr!) Von Sozialdemokraten ist noch neulich in Abgeordnetenhause gesagt worden: Der Eid ist ein Festschaden, der uns nicht bindet! (Sehr richtig! rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich will damit nicht sagen, daß, wenn ein Sozialdemokrat vor Gericht einen Eid schwört, er diesen nicht als wahr und richtig nimmt, ich meine es hier in politischer Bedeutung.

Der Fall des Herrn Erabant, den der Abg. Schrader erwähnt hat, liegt doch etwas anders. Herr Erabant hat in einer sozialdemokratischen Zeitung aufgefordert, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr vernünftig!) Für alle bürgerlichen Parteien sehr unvernünftig! Und für den betreffenden Landwehroffizier ganz besonders unvernünftig. (Sehr richtig! rechts, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Welch's Recht haben Sie, gegen ihn vorzugehen?) Niemand kann zweien Herren dienen. Wenn jemand Offizier ist, so dient er — (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Seiner Ueberzeugung!) Er dient dem Könige, oder wenn er seiner Ueberzeugung dient, so nimmt er vorher seinen Abschied! In dem erwähnten Fall hat kein Ehrengericht getagt, aber der Offizier ist verabschiedet worden und hat nun die Freiheit, zur Sozialdemokratie zu gehen und ihr zu dienen, wie er will. Die Ansicht des Herrn Schrader, daß ein solcher Offizier ein guter Führer sein kann, kann ich nicht teilen. Ich kann jemand als Führer nicht anerkennen, der damit umgeht, die Armee zu stürzen und der auf seine Fahne geschrieben hat, bei den Soldaten Abscheu vor dem Dienst zu erwecken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo denn?) Das hat ja Herr Liebert selbst ausgesprochen, lesen Sie doch Ihre eigene Presse! Wenn ein bellageneres Verhältnis zwischen Armee und Volk eintritt, so ist allein die Sozialdemokratie daran schuld. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

In der vorigen Session hat ein polnischer Abgeordneter über schlechte Behandlung polnischer Soldaten, Verhinderung, in polnischer Sprache zu denken usw. Klage geführt. Ich habe ihn aufgefordert, mir die betreffenden Briefe zur Verfügung zu stellen. Er hat es nicht getan. (Heiterkeit und Hört! hört! rechts.) In keiner Weise

Kleines feuilleton.

Nichtlinien für Luftschiffer. Seit dem „großen Jahre“ 1907, das den Wendepunkt in der Geschichte des Luftballons bezeichnet, bringt fast jeder Tag eine neue „Flugmaschine“ oder ein neues „Luftschiff“. In der „Deutschen Zeitschrift für Luftschiffahrt“ weist Ingenieur S. Kromer aus Hannover treffend darauf hin, daß durch solche Anlandigungen in Laienkreisen leicht ein falsches Bild von dem Tempo und der Stärke des Fortschritts der Flugtechnik herbeigeführt werden könnte. Weißt man nämlich das Gleibende im Bewußt, d. h. beruht man festzustellen, wie viel von allen diesen neuen Systemen und Erfindungen tatsächlich eine bleibende Stelle in der Erscheinung des Fluges zu behaupten vermag, so merkt man bald, daß das Lebensfähige doch nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil aller Ideen und Vorschläge ausmacht. In der Tat gehen alljährlich große Kapitalien an Geld und Geisteskraft auf diese Weise verloren. Die Hauptsache ist ohne Zweifel darin zu suchen, daß sich eine Anzahl Dilettanten auf dem Gebiete des Luftschiff- und Flugmaschinendbaus versucht, teils um berühmt zu werden, teils um durch einen glücklichen Griff rosch zu Gelde zu kommen. Die meisten dieser Erfinder schaden aber der Sache, der sie ihre Kräfte widmen, ganz außerordentlich und diskreditieren die Gewanzen, um deren Ausföhrung sie sich mit unzureichender Vorbildung und unter Anwendung ungewöhnlicher Mittel bemühen, in hohem Maße. Bloße Experimente sind heute, wo die Grundgesetze der Flugkunst bekannt geworden sind, ein schädliches Unternehmen. Mit gutem Grund hat ein hervorragender Fachmann des Motorbaues, Hugo Güldner, den Warnungsruf ertönen lassen: „Weniger erfinden, mehr konstruieren!“ Das Streben soll sich eben nicht zwecklos darin erschöpfen, etwas Neues zu bringen. Es muß vielmehr wirklich Brauchbares geschaffen werden. Allerdings gibt es auch tatsächlich manchen „Arbeiter“, der weit entfernt von aller Sentimentalischerei und von allen lauten Trompetenstößen der Beklamm in der Stille sein Werk fördert, ohne daß es ihm gelänge, sein Ziel zu erreichen. Auch dieser Weg ist falsch. Es sind sehr beherzigenswerte Worte, die Kromer diesen einflussreichen Grüblern widmet. Er betont, daß, wenn solche Erfinder ihre mangelhaften und unvollendeten Versuche weiteren Fachkreisen zur Kenntnis bringen würden, sie in wirksamer Weise dazu beitragen könnten, die unnötige Veranlassung und Wiederholung oft sehr gefährlicher und kostspieliger Versuche zu verhindern. Gewiß ist es nicht wünschenswert, daß sich die Erfinder nur an wenigen schon bekannten Systemen erproben sollen. Es soll nur davor gewarnt sein, aus falschem Erfinderehrgeiz planlose und ansichtslose Versuche zu unternehmen.

Die Platinergussung im Jahre 1908. Das Platin nimmt unter allen Metallen der Erde gewöhnlich eine besondere Stellung ein. Es wird von Wissenschaft und Technik, weniger von der Industrie, in erheblichen Mengen gebraucht, während die bekannten und im Abbau befindlichen Metalle dieses Edelmetalles spärlich sind

und eine nennenswerte Vermehrung seit langem nicht erfahren haben. Wenn dieser Zustand weiter anhält, läßt sich voraussehen, daß der Bedarf an Platin bald nicht mehr wird gedeckt werden können und daß eine sehr bedeutende Steigerung des Preises stattfinden wird, der schon jetzt den des Goldes übersteift. Die Angaben, die nur über die Platingewinnung in Rußland während des letzten Jahres veröffentlicht worden sind, werden diese Befürchtung stützen, denn seit langer Zeit ist die Menge des in Rußland gewonnenen Platins noch nie so gering gewesen wie im Jahre 1908, und Rußland liefert 85 v. H. der ganzen Weltproduktion. Allerdings scheint dieser Rückgang nicht auf einer Erschöpfung der im Ural vorhandenen Lager zu beruhen, sondern auf einer willkürlichen Einschränkung des Abbaues durch die Besitzer der Bergwerke, die nach bessere Preise zu erzielen hoffen, wenn sie das weiche Edelmetall noch seltener machen. Nach russischen Gewichten betrug die gesamte Förderung von Platin im Ural während des vorigen Jahres rund 4500 Kilogramm. Im Jahre 1908 hatte die Erzeugung noch 335, im Jahre 1901 sogar 1400 Kilogramm mehr betragen. Es wäre wirklich Zeit, daß noch andere ergiebige Platinlager auf der Erde gefunden würden, damit die Produktion eines für die wichtigsten Zwecke unentbehrlichen Stoffes nicht von der Willkür einiger weniger Leute abhängig bleibt.

Der Vulkan der Insel Savaii, der größten und westlichsten der deutschen Samoa-Inseln, ist im letzten Oktober von Dr. Angenheiser, dem Leiter des geophysikalischen Observatoriums in Apta, einer genaueren Untersuchung unterzogen worden. Ein Bericht über die Ergebnisse wird im „Globe“ veröffentlicht. Es handelt sich um das Lavafeld von Matautu an der Nordküste der Insel, das jetzt eine Fläche von ungefähr 70 Quadratkilometer bedeckt. Der Krater liegt etwa 12—13 Kilometer von der Küste entfernt, und der Kraterumfang ist von einer 5—10 Meter hohen Lavafelswand überflossen, die an der Ausbruchsstelle und an der Küste bedeutend mächtiger wird. An der Küste ragt die Lavamasse wie eine schroffe Mauer bis zu 50 Meter empor; unter der oberen festen Schicht, die nur zwei Fuß dick und zum Teil noch sehr heiß ist, fließt der Lavastrom von der Ausbruchsstelle unausgesetzt zur Küste. Seinen Weg kann man an den Dampfswölkchen erkennen, die aus den Spalten herabdringen. Der Kratersee ist stets in starker Bewegung, und es fliegen Feuerfontänen bis zu einer Höhe von fünf Metern aus ihm auf. Die aufsteigende Lava gelangt in die unter der festen Decke dahinführenden Gänge durch zwei Löcher zur Nordküste hin und durch ein anscheinend zur Südküste. Während von einem Abfluß im Süden bisher nichts zu sehen ist, liegen die beiden Ausflüsse an der Nordküste etwa 200 Meter voneinander entfernt. Aus beiden ergießt sich die Lava in mehreren Strömen ununterbrochen ins Meer. Ein feiner, salziger Regen fällt nieder, der die angrenzende Vegetation völlig zerstört. Der Kratersee reicht bis auf 15 Meter an eine der Ausflüsse vor. Drei verschiedene feuerrote Lavastrome fließen aus zehn und 25 Meter Höhe aus der erkalteten Lavamasse, bald lastenartig springend, bald an der abschüssigen Wand gleitend, ins Meer. Die Geschwindigkeit war etwa 4—5 Meter in der Sekunde. Im

ganzen sind etwa zehn solcher Bäche an den beiden Ausflüssen, die nicht immer an derselben Stelle hervordringen, sondern bisweilen verstopft werden und sich dann einen anderen Ausflusssort suchen. Rischende Siedebewegungen und geringe Explosionsgeräusche begleiten den Fall dauernd, und beständig quillt eine mächtige Dampfssäule empor. Alle fünf bis zehn Minuten erfolgen außerdem gewaltvolle heftige Explosionen, die sich vielleicht als eine gewöhnliche Erscheinung ansehen lassen.

Notizen.

— Kunstabende. Der letzte diesjährige Dichterauß der Schiller-Theaters ist am Montag, den 21., im Bürgerkaale des Rathhauses Delle von Littenoron gewidmet. — In Schiller-Theater Charlottenburg findet eine Wiederholung des Richard Wagner-Abends statt.

— Aus der Bühnengenossenschaft. Der Holl Walden ist durch Vergleich beendet worden. — Man fragt sich da, was denn wirklich dieser große Aufwund (Drohakre, tägliche Bulletin in der Presse, Rücktritt des Vizepräsidenten der Bühnengenossenschaft) dazu nötig, damit Herr Walden von der Genossenschaft einige hundert Mark mehr bekomme. (Das war des Rubels Kern.) — Das „Berl. Tagebl.“ hat in den Kämpfen zwischen der Bühnengenossenschaft und dem direktorialen Bühnenverein rechtlich den Unternehmern die Stange gehalten, und es erhofft denn auch schon einen baldigen Friedensschluß. Die Sorge für die Direktoren demastert sich so ungeniert, daß die Harmonieprederiger die Zeit gar nicht mehr erwarten können, da „im Reiche Dalkens alles wieder ruhig ist.“

— Als ob die Schauspielerbewegung nicht noch in den allerersten Anfängen stecke und die geprüfene Ruhe ihr Ende bedeuten würde.

— Die fünfzigjährige Feier von Gounods „Faust“. Am Freitag feiert die Pariser Große Oper durch eine „Faust“-Aufsührung das fünfzigjährige Bühnenjubiläum der Gounodischen Oper. Am 18. März 1859 erlebte das Werk im Théâtre-Francaise seine Uraufführung. Der Erfolg war sehr zweifelhaft, die Kritik zeigte sich sehr streng, das Publikum schwankte, und die Verfasser haben sich bald veranlaßt, ihr Werk neu zu bearbeiten. In dieser neuen Form trat die Oper dann ihren Siegeszug an, der immer noch anhält, obwohl wir sie heute und längst als eine Profanation des „Faust“ empfinden.

— Ein amerikanischer Schornsteinriese. In Great Falls im Staate Montana ist vor kurzem ein riesiger Schornstein in Wasssteinbau errichtet worden, der unbestreitbar der höchste Schornstein der Welt ist. Sein äußerer Durchmesser beträgt an der Basis 23,5 Meter und am Muff 13,24 Meter. Er erhebt sich 154,22 Meter hoch auf seinen Fundamenten, die auf eine Dicke von fast 7 Metern haben. Das Gesamtgewicht dieses Schornsteinriese beträgt 24 984 Tonnen. Das Mauerwerk ist an der Basis 1,65 Meter dick, und verjüngt sich nach oben bis auf eine Dicke von 45 Zentimetern.

wird ein Gewissenszwang auf polnische Soldaten ausgeübt. Die Forderung freilich, evangelische Soldaten nach evangelischen, katholische nach katholischen Garnisonorten zu legen, muß ich ganz entschieden ablehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Erzberger (M.): Daß das System der Sparbarkeit glänzend ausgefallen ist, wird wohl niemand behaupten wollen. Nominell sind zwei Millionen, in Wirklichkeit aber ist nur eine halbe Million abgestrichen worden. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Das ist der ganze Effekt der Aktion der Budgetkommission! Seit dem denkwürdigen Tage, da der Reichskanzler Sparbarkeit im Heerwesen verbieth, hat sich der Militäretat um 120 Millionen Mark erhöht! (Hört! hört! im Centrum und bei den Sozialdemokraten.) Auf so fruchtbareren Boden ist das Samen Korn der Sparbarkeit gefallen! (Heiterkeit und Sehr gut!)

Die Worte des Kriegsministers über die Bundesstreue Deutschlands gegenüber Oesterreich unterzeichnen wir freudig. Ueber das Verhältnis zu England erhalten wir hoffentlich morgen in der Budgetkommission erschöpfende Darlegungen. — Es ist richtig, daß das Zentrum in der Kommission verschiedenen freisinnigen Abstrichanträgen nicht zugestimmt hat. Das geschah, weil die Freisinnigen trotz wiederholter Aufforderung seitens des Vorsitzenden sich nicht zur Erläuterung ihrer Anträge verstanden haben. (Lautes Hört! hört! im Centrum und bei den Sozialdemokraten.) Einem Antrage stimmten wir nicht zu, weil wir keine Ersparnisse auf Kosten der Mannschaften wollen. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Bei der Gelegenheit möchte ich ausdrücklich fragen, wann der Nachtragsetat kommt, der die Erhöhung der Mannschaftslöhne bringt.

Ich danke Herrn Storz, daß er mich gegen „Wige“ des Abg. Grafen Oriola in Schutz nehmen wollte. Aber es war nicht nötig. Graf Oriola macht keine Wige. (Schallende Heiterkeit.)

Mit größter Schärfe haben sich Graf Oriola und der Kriegsminister gegen den Abg. Häusler gewandt. Wir im Centrum sind stolz darauf, einen verdienten General in unserer Mitte zu haben. (Lebhaftes Bravo! im Centrum), namentlich einen General, der nicht seine Aufgabe darin sieht, zu liegen und stehen, wie der jeweilige Minister liegt und steht. (Erneuter lauter Beifall im Centrum.) Der Kriegsminister hat den Abg. Häusler als einen förmlichen Ignoranten hingestellt. (Oh! rechts.) Aber ein Ignorant bringt es in der bayerischen Armee nicht bis zum Generalmajor. (Lebhafte Zustimmung links und im Centrum.) Kollege Häusler ist vom Grafen Oriola mit dem Abg. Webel in einen Topf geworfen. Eine persönliche Herabsetzung kann ich darin nicht sehen, denn ich habe Herrn Webel stets als einen hochachtbaren Mann kennen gelernt. Es ist überhaupt ein Unfug, der getrieben wird, indem man etwas als national ausgiebt, dem nicht widersprochen werden darf; und ebenso stark ist der Unfug, zu behaupten, irgend etwas habe ein Sozialdemokrat gesagt und deshalb sei es falsch. Dieser Ausweg wird immer gewählt von demjenigen, der seine eigene Gedankenarmut verbergen will. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) So ähnlich ist der Kriegsminister einigen Anregungen des Abg. Häusler beigetreten, so in der Frage der militärischen Jugendzucht. Daß auch Herr Webel sich dafür ausgesprochen hat, darüber wird sich der Kollege Häusler keine grauen Haare wachsen lassen, ich meine, keine weiteren grauen Haare. (Große Heiterkeit.) Dann hat der Graf v. Oriola uns auch viel Schönes über die Bedeutung der Kunst erzählt. Ein süddeutscher Dichter hat das alles schon besser ausgeführt, als er sang:

„Liebe und Trompetenbläser
Helfen zu viel schönen Dingen;
Liebe und Trompetenbläser
Selbst ein adlig Weib erringen.“

(Große Heiterkeit.) Graf von Oriola hat damit nur gezeigt, daß er absichtlich nicht weiß, um was es sich bei der Verminderung der Militärkosten handelt. (Sehr richtig! im Centrum.) Bei seinen geistreichen Ausführungen erkannte der Kriegsminister an, daß die Kommandogewalt eingeschränkt ist durch das Budgetrecht des Reichstages. Am 13. Dezember 1906 ist uns das Versehen auf diesem Grundsatze als ganz besonders großes Verbrechen anzurechnen worden. (Lebhafte Sehr richtig! im Centrum.) Herr Müller-Meinungen fordert mit großer Emphase verfassungsmäßige Garantien. Ein neues Gesetz gibt diese auch nicht. Eine Garantie dagegen, daß man beim Anblick eines uninformierten Ministers nicht umfällt wie ein 16jähriger Knabe, gibt kein Gesetz. (Große Heiterkeit.) Zuruf bei den Freisinnigen: Das tun Sie! Nein, darin habe ich keine Erfahrung. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit im Centrum.)

Die Verhältnisse des Militäretats hat der Kriegsminister zu rasig gemalt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten! Er heißt ja Rotmalen! Große Heiterkeit.) Herr v. Liebert sagte einfach, der Reichstag habe sich mit den Verhältnissen der Offiziere nicht zu befassen, das sei ein Eingriff in die Kommandogewalt. Daß ein Abgeordneter die Rechte des Reichstages in dieser Weise preisgibt, ist eine neue Erscheinung. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und links.) An der Gesamtsitzung des Offizierkorps fehlen 900 Personen; das ist eine bedenkliche Erscheinung bei der Ueberfüllung aller anderen Verufe. Ein Hauptgrund hierfür ist jedenfalls die Unsicherheit des Verufes; sie wird schwinden, wenn für die verabschiedeten Offiziere besser gesorgt wird. Ein weiterer Grund ist die Jurisdiktion der bürgerlichen Offiziere gegenüber den abtuglichen und die Protektion! So ist 1903 der Hauptmann, unter welchem der Unteroffizier Breitenbach 1500 Fälle schwerer und 300 leichterer Soldatenmissethungen begehren konnte, bestraft worden, weil er diese Missethungen zugelassen hatte; jetzt ist er plötzlich unter Umgehung einer ganzen Reihe von Vordemännern zum Major und Divisionsadjutanten befördert. Da ist es kein Wunder, wenn von Protektion gesprochen wird. (Sehr richtig! im Centrum.) Ein anderer Fall ist folgender: Ein Kavallerieoffizier hat ein Kommando an die Reitschule in Hannover bekommen, das für besonders ehrenvoll gilt. Dieser Offizier war wegen Ehebruchs mit der Frau eines Kameraden unter denkbar schwersten Umständen bestraft worden. Der Kriegsminister sagte: jeder Offizier muß ein Gentleman sein. Ein Gentleman tut so etwas nicht. (Kriegsminister v. Einem: Ist auch nicht geschehen!) Dann bitte ich anzugeben, weshalb die Bestrafung erfolgt ist.

Ein weiterer Grund, der von der Offizierskarriere zurückhält, sind die geheimen Qualifikationsberichte. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und links.) In der Militärverwaltung sind sie seit 1848 abgeschafft; sie sollten endlich auch bei der Militärverwaltung verschwinden. (Sehr richtig! im Centrum und links.)

Die Privatindustrie sollte zu Lieferungen für das Heer stärker herangezogen werden, da die fiskalischen Betriebe notorisch teurer arbeiten. Um so mehr sollte aber darauf gesehen werden, daß keine Firma eine Monopolstellung erlangt. Man sollte gegenüber der bedrückenden Hegemonie der Krupp'schen Werke auf Stärkung der Konkurrenzformen Bedacht nehmen. Einseitige Vergünstigungen Krupps haben auch noch in der letzten Zeit stattgefunden, wenn ich auch nicht soweit gehen will, die verwandtschaftlichen Beziehungen gewisser Generale dafür verantwortlich zu machen. (Redner verliest einen diesen Gegenstand behandelnden Brief eines Artillerieobersten.) Durch Ringbildung treiben die Lieferungsfirmen die Preise unbillig in die Höhe. Durch ungewöhnliche Organisation der Vergabung der Lieferungen werden zahlreiche Regimenter in Schulden gestürzt. (Zuruf bei den Freisinnigen: Derenburg!) Ja, Herr Derenburg könnten wir hier ganz gut gebrauchen, aber man sollte doch denken, daß die Militärverwaltung hier auch ohne Herrn Derenburg Wandel schaffen kann.

Wenn evangelische Offiziere ihre Kinder aus gemischten Ehen katholisch erziehen lassen, werden sie entlassen. (Lebhaftes Hört! hört! im Centrum.) Das ist Gewissenszwang! (Sehr wahr! im Centrum und links.) Gewissenszwang ist es auch, wenn ein Referentoffizier, weil er aus der evangelischen Landeskirche austritt und sich als Dissident bezeichnet, genötigt wird, seinen Abschied zu nehmen. (Sehr wahr! im Centrum und links.) Dabei hat sich herausgestellt, daß die Militärverwaltung nicht wußte, was ein Dissident ist! (Hört! hört! und Heiterkeit links.) Ueber die Nachschifferei nach der politischen Bestimmung der Rekruten kann der freisinnige Abgeordnete Cuno-Dagen interessante Mitteilungen

machen. Ich bin übrigens auch der Meinung, daß, wenn man etwa die Sozialdemokraten aus dem Heere ausschließen wollte, die Mannschafst mancher Regimenter bedenklich zusammenschumpfen würde.

Die Kriegervereine werden politisch mißbraucht. Man drangaliert Kriegervereine, deren Mitglieder Zentrumsanhänger sind. In Obereschlesien ist aus einem Kriegerverein aus behördliche Anteilung ein Mitglied ausgeschlossen worden, der als Wahlmann für einen Kompromißkandidaten des Zentrums und der Polen gestimmt hat. (Hört! hört!) Dann kann man sich nicht wundern, wenn die Katholiken austreten und eigene Vereine bilden, um die Kameradschaftlichkeit zu pflegen. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.)

Der Militäretat legt uns große Lasten auf. Das deutsche Volk weiß sehr gut, daß das Heer eine Stätte der Volkserziehung und der Volkskraft ist. Deshalb aber verlangen wir: Fort mit aller Politik aus dem Heere. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.)

Kriegsminister v. Einem: Herr Erzberger hat gesagt, daß ein Offizier, der wegen Ehebruchs mit der Frau eines Kameraden verurteilt war, nach der Reitschule in Hannover kommandiert worden ist. Der Chef des Offiziers hat mir ausdrücklich bezeugt, daß irgend welcher Ehebruch nicht vorgekommen ist. Ein Offizier, der Ehebruch mit der Frau eines Kameraden treibt, wird in der Armee unter keinen Umständen geduldet.

Hierauf verliert das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Subjekt-Kommission des Reichstages.

(30. Sitzung, 18. März.)

Staatssekretär v. Tirpitz hielt einen längeren Vortrag, um die ihm von der Kommission gestellte Frage, wo

Ersparnisse bei der Marineverwaltung gemacht werden könnten, zu beantworten. Er kam nach vielen Wenn und Aber zu dem von seinem Standpunkte aus durchaus selbstverständlichen Schluß, daß

„nichts zu machen“

sei, denn wo gespart werden konnte, sei auch bisher schon gespart worden! Er habe von dem ursprünglich aufgestellten Etat 27 Millionen von den allgemeinen Forderungen und 5 Millionen von den Bauteil gestrichen. Dann sei der Finanzstaatssekretär gekommen und habe nochmals 5 Millionen abgeleigt. Noch weiter herunterzugehen, sei absolut unmöglich.

Aus den Ausführungen des Staatssekretärs verdient im einzelnen hervorgehoben zu werden: Die Selbstbewirtschaftung habe sich bei der Kleiderbeschaffung gut bewährt. Bezüglich der Kohlenlieferung erklärte Herr v. Tirpitz, daß er sich angesichts der hohen Preisforderungen der deutschen Kohlenhandelszwangungen geirrt habe, sich an das Ausland zu wenden. Mit schwerem Herzen habe er wegen der Kohlenlieferung sich mit 23 englischen Firmen in Verbindung gesetzt, was dann zur Folge gehabt habe, daß das Kohlenhandelszwang von 14,38 M. auf 11 M. mit dem Preise heruntergegangen sei!

Die Zahl der Beamten sei in der Werkverwaltung allerdings ziemlich hoch, denn es läme

auf 74 Arbeiter ein Beamter,

während in der Privatindustrie nur auf 10 bis 12 und in einem Falle sogar auf 17 Arbeiter ein Beamter entfalle. Das läme zum Teil daher, daß zu sehr nach den umständlichen Vorschriften und

nicht nach kaufmännischen Grundsätzen

gearbeitet werden müsse! So habe das Reichsmarinemat nicht weniger als 24 Kilogramm Rechnungsbüchse an den Oberrechnungs-hof eingekauft. Auf die in Kiel bei der Marineverwaltung vorgekommenen Unterzahlungen übergehend, suchte der Staatssekretär diese nach Möglichkeit abzuschwächen; es handele sich um einen langen Zeitraum, so daß von den Unterzahlungen beim Maschinenbau auf einen Tag nicht mehr als ein Beimglas voll entfalle! Uebrigens sei, so führte ein anderer Vertreter der Marineverwaltung aus, in der Presse viel übertrieben worden; nicht mehrere Millionen seien unterschlagen, sondern bisher sei erst ein Fehlbetrag von „nur“ einer Million festgestellt worden!

Der Abg. Leonhart behauptet, daß bei größerer Aufmerksamkeit die Unterzahlungen früher hätten entdeckt werden müssen. Abg. Erzberger führt aus: Das Submissionswesen lasse gerade bei dieser Verwaltung viel zu wünschen übrig. Bezeichnend sei es, daß der Admiral v. Saff, der hier als Vertreter des Reichsmarinemats den Fußtritt in Schutz genommen habe, nach seiner Pensionierung Aufsichtsrat bei Krupp geworden sei!! Er habe in dieser Stellung vielleicht ein Einkommen von jährlich 100 000 M., wozu noch 10 000 M. Reichspension komme. Das seien geradezu

russische Zustände!

Gegen diese Charakterisierung unserer Marineverwaltung protestiert Staatssekretär v. Tirpitz, desgleichen der konservative Abgeordnete Dröschel, während der Abg. Leonhart ausführt, daß die allergrößte Aufmerksamkeit genügt hätte, um die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten zu entdecken. Der jetzt verabschiedete Obermeister habe sich in der Nähe von Kiel eine sehr teure Jagd gepachtet, obgleich sein eheliches Einkommen dazu nicht ausgereicht hätte! Die oberen und mittleren Beamten seien auch viel zu wenig auf den Bureau, so daß die Unterbeamten und Arbeiter sich selber überlassen wären; namentlich sei das an den Montagen der Fall!

Der Abg. Semler kommt nochmals auf die Rede des englischen Premierministers Asquith zurück und rät an, unter Festhalten an unserem Flottenprogramm England gegenüber mehr Entgegenkommen zu zeigen, dann vielleicht sei eine Verständigung über die Zahl der zu bauenden Kriegsschiffe doch möglich.

Nachdem noch einige weitere Redner sich im gleichen Sinne ausgesprochen haben, schlägt Graf v. Dopper vor, den Reichskanzler und den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schoen zu der morgigen Sitzung einzuladen und sie um Auskunft darüber zu ersuchen, ob England eine Verständigung in der genannten Frage angeregt habe.

Die Kommission stimmte dem Vorschlage zu und beauftragte ihren Vorsitzenden, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle

verhandelte am Donnerstag über einen Antrag des Abg. Schack (wirtsch. Bg.), der für die Handlungsgesellen bei einer Dienstzeit von einem Jahre einen Urlaub von 14 Tagen verlangt. Unsere Genossen beantragen, daß nach einer Dienstzeit von sechs Monaten der Handlungsgeselle Anspruch auf 14 Tage Urlaub erheben kann. Genosse Stadthagen begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß von ansässigen Prinzipalen schon jetzt auch bei kürzerer Dienstzeit Urlaub gewährt wird, daß aber die Festlegung des rechtlichen Anspruches möglich sei. Die Forderung wird einmütig von allen Verbänden der Handlungsgesellen verlangt. — Ein Regierungsdirektor hält den Antrag für unannehmbar, da er die keinen Gewerbetreibenden schwer schädigen würde. Manz (fr.) ist sehr für Urlauberteilung, wünscht aber keinen gesetzlichen Zwang. Die Abgg. Heye (B.) und Merkel (nat.) sprechen sich in gleichem Sinne aus. Die beiden Anträge werden abgelehnt.

Zu § 139a beantragen unsere Genossen, auf Verlangen von drei Fünftel der Geschäftsinhaber den Auktions-Ladenschluß am Sonnabend oder den Beginn der Geschäftszeit um 7 Uhr früh einzuführen. Abg. Schack (wirtsch. Bg.) beantragt, daß die Gemeindebehörden den Auktions-Ladenschluß am Sonnabend durch Anordnung verfügen müssen, wenn zwei Drittel der Geschäftsinhaber es verlangen. Nach der gegenwärtigen Rechtslage kann die Gemeindebehörde den früheren Schluß verfügen, ist aber nicht dazu verpflichtet. Ein weiterer Antrag verlangt, daß der Ladenschluß auch an einem früheren Termin als 8 Uhr gefordert werden kann.

Unter Ablehnung der anderen Anträge wird der Antrag Schack angenommen, der auf Verlangen von zwei Drittel der Geschäftsinhaber obligatorischen Auktions-Ladenschluß am Sonnabend vorschlägt. Abg. Schack (wirtsch. Bg.) beantragt ferner Einfügung eines neuen § 139k folgenden Wortlauts:

„Wenn für Betriebe mit weniger als 20 Angestellten Arbeitsordnungen erlassen werden, dürfen diese den Vorschriften der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches nicht widersprechen.“

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Hennig (L.) beantragt nunmehr, das Kapitel Hausarbeit zur Beratung zu stellen. Ursprünglich war beabsichtigt, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe zu erledigen. Der Antrag Hennig wird angenommen. Die Beratung über das Kapitel „Hausarbeit“ soll am Dienstag erfolgen. Von unserer Seite sind dazu eine Reihe Anträge gestellt, die von der Fraktion zur Heimarbeit eingebrachten Initiativanträgen entsprechen.

Die Finanzkommission des Reichstages

legte am Donnerstag die Generaldebatte über § 1 der Weinsteuervorlage fort unter Berücksichtigung eines von dem Reichsparteiler Schulz und Graf v. Kanitz eingereichten Antrages, wonach der Besteuerung der gesamte zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmte Wein- und Traubenmost unterliegen soll mit Ausnahme des zum Selbstverbrauch (Haustrom) aus selbsthergestellten Trauben auf eigenen oder gepachteten Grundstücken, Meß- und Kommunikationweine und Wein der zur Herstellung von Essig oder Brauwasser bestimmt ist sowie Weinproben in 1/2-Literflaschen. Diese Steuer soll für Wein und Traubenmost in Werte von mehr als 40 M. pro Hektoliter 7 1/2 Pf. für das Liter betragen. Außer dieser allgemeinen Weinsteuern soll noch eine Zuschlagsteuer für Wein in Flaschen erhoben werden bei einem Preise der ganzen Flasche bis zu einem Raumgehalt von 800 Kubikzentimeter von mehr als 1 M. und nicht mehr als 2 M.: 10 Pf.

Genosse Dr. David als Korreferent erstattete zunächst Bericht über den Inhalt der eingegangenen Petitionen, die von Gemeindevertretungen, Handwerks- und Gewerbetreibenden, Handelskammern und aus Landwirtschaftskreisen der Weinbaureise stammend, mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckt, sich sämtlich scharf gegen jede Art der Besteuerung des Weines richteten. Einige wenige — aus Kreisen der Alkoholgegner — nur erklärten sich für die Weinsteuern. In sämtlichen gegnerischen Petitionen kommt die Verfüchtung zum Ausdruck, daß durch die Besteuerung des Weines eine Verarmung der ohnehin schlechten Lage der Weinbauern herbeigeführt, der vorhandene Notstand verschärft wird.

Herold begründet die von Pöckler gesteuerten proklamierte Reserve des Zentrums mit dem Hinweis auf die dem Zentrumsantrage bezüglich der sogenannten Weinsteuern durch die Blockparteien bereitete Niederlage und verliest die Mitteilung des „Leipziger Tageblatt“, wonach Dr. Weber in einer Konferenz der Blockparteien mit dem Reichskanzler Einpruch erhoben habe, wie der Reichskanzler in Uebereinstimmung mit dem Reichsfinanzsekretär den Zentrumsantrag als den gangbarsten Weg bezeichnet haben solle, weil eben der Antrag vom Zentrum ausgegangen war. Die jetzige reservierte Haltung des Zentrums sei nur auf das Bestreben zurückzuführen, dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform keine Hindernisse bereiten zu wollen. Deshalb würden er und seine Freunde auch vorläufig seinen Antrag stellen, weil ein solcher der Gefahr unterstehe, von den Blockparteien doch abgelehnt zu werden.

Der Reichsfinanzsekretär bestreitet die Richtigkeit der Darstellung im „Leipziger Tageblatt“. Die Bundesratsvertreter von Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen erklären den Antrag Schulz-Graf Kanitz für gänzlich unannehmbar und treten ebenso wie später der Reichsfinanzsekretär für die Aufrechterhaltung der Vorlage ein.

Nachdem Freiherr v. Richthofen den Antrag auf Einsetzung einer Subkommission gestellt, der nicht nur die Vorlage, sondern auch die Prüfung der Frage der Besteuerung antialkoholischer Getränke überwiegen werden soll, tritt Schulz für seinen Antrag ein, den er und Kanitz nur aus dem Grunde gestellt hätten, daß die vornehmsten Leute, die den Wein in Fässern beziehen, nicht von der Heranziehung zur Steuer verschont bleiben, was der Reichsfinanzsekretär für undurchführbar hält.

Kommun und Sieg geben die Erklärung ab, daß die Mehrzahl ihrer Fraktionsgenossen der ausgleichenden Gerechtigkeit halber den Wein neben Bier, Branntwein und Tabak zur Steuer mitberanzuziehen bereit seien, sie find aber weder mit dem Antrage Schulz noch mit der Vorlage völlig einverstanden, namentlich nicht mit der Vonderrolle, hoffen aber in einer Subkommission den gangbaren Weg finden zu können.

Genosse Dr. David verteidigt seine und seiner Parteigenossen Haltung gegen die von allen Seiten erhobenen Angriffe. Die Sozialdemokratie, die stets bereit sei, den wirklich Notleidenden, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen, bleibe sich hier konsequent, wenn sie hier nicht mithelfen wolle, die ohnehin schon vorhandene Not zu erhöhen. Die deutsche Arbeiterschaft habe dafür ein viel höheres Verständnis als man hier annehme. Von vornherein haben wir der ganzen Finanzreform gegenüber große, allgemeine Gesichtspunkte geltend gemacht und unsere Richtlinien festgelegt. Das haben die Massen draußen sehr wohl verstanden. Wenn hier vom Grafen Kanitz behauptet werde, daß in Preußen das Vermögen durch Steuern hinreichend belastet sei, so ist das nicht richtig, es fehle an einer vernünftigen Progression. Die Millionenvermögen seien nicht mit einem entsprechenden Prozentsatz herangezogen. Es fehle an einer allgemeinen Zukunftssteuer, die allein eine ausreichende Heranziehung der großen Vermögen, die an sich den Luxus repräsentieren, ermöglichen. Diese Weinsteuern sei eine Dekorationssteuer, ein Schaustück, das man den einfachen Leuten als Beweis für das Bestreben eines gerechten Steueransatzes aufhängen wolle. Daher auch die Bereitwilligkeit der freisinnigen Freunde der Weinsteuern. Erst hieß es bei den Liberalen, man werde nur für indirekte Steuern zu haben sein, wenn das Vermögen bis zu einem Drittel, später zu einem Viertel mit direkten Steuern herangezogen werde, jetzt laute es schon ganz anders, nun solle auch die Weinsteuern als eine Art Besitzsteuer gelten. Er wendet gegen das Zentrum ein, daß es sich doch bei der Weinsteuern nicht so reserviert verhalten habe, trotzdem damals schon dieselben parteipolitischen Gründe vorlagen wie heute. Man solle doch sofort seinen Tisch machen und den § 1 der Vorlage wie auch den Antrag Schulz mitamt der Subkommission ablehnen, dann habe die Quälerei ein Ende.

Man geht der Antrag Schulz nicht weit genug, da er den Haustrom steuerfrei läßt.

Dr. Böckel ist weder für die Vorlage, noch für den Antrag Schulz zu haben; er wird gegen die Subkommission stimmen, um eine möglichst schnelle Entscheidung herbeizuführen.

Genosse Geyer bemerkt zu dem Antrage Schulz, daß der vorgeschlagene Steuerfuß doch nur progressiv nach unten auf die billigsten Weine wirke, den Luxustrunk aber gar nicht trifft. Gegenüber einer Herabsetzung Raabs, daß die Sozialdemokraten gar nicht geneigt seien, positiv an dem Zustandekommen der Finanzreform mitzuwirken, verweist Geyer auf die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Nachschlag- und Erbschaftsteuervorlagen im Prinzip. Er erklärt sich gegen die beantragte Subkommission, die immer dann in Vorschlag gebracht werde, wenn man sich scheut, öffentlich Stellung zu nehmen. Daher könne es, daß die Subkommissionen in der Presse schon als

„Regelkommissionen“

bezeichnet werden. Deshalb sei es richtiger, sogleich über § 1 der Vorlage und den Antrag Schulz abzustimmen.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über den Antrag auf Einsetzung einer „Unterkommission“ zur Beratung der Vorlage, der mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen wird. Das Zentrum enthält sich der Stimme. Für den Antrag, der „Unterkommission“ auch die Frage der Besteuerung antialkoholischer Getränke zu überweisen, stimmen auch die meisten Zentrumsmitglieder. Dieser wird daher mit großer Majorität angenommen.

Aus der Partei.

Waffenstillstand in der holländischen Arbeiterbewegung.

Amsterdam, 17. März. (Fig. Ver.)

Im Auftrage des Internationalen Sozialistischen Bureau's wohnt am Montag Genosse Camille Huymans, der Sekretär des Bureau's, einer Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei. Er teilte mit, daß er im Auftrage des Ausschusses des Internationalen Bureau's einen Vermittlungsvorschlag zu machen habe. Dieser Vorschlag wurde von Huymans dem näheren erläutert. Falls der Vorstand sich damit einverstanden erklären könnte, sollte er auch dem Vorstande der neuen Partei vorgelegt werden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschloß, die Vermittlung des Internationalen Sozialistischen Bureau's im Prinzip zu akzeptieren. Er erklärte, daß er den Vorschlag in Erwägung ziehen wolle. Vor der definitiven Entscheidung will der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei so schnell wie möglich mit der Kammerfraktion, der „Het Volk“-Redaktion und der Redaktion des neuen Wochenblattes eine Konferenz abhalten, die in den nächsten Tagen bereits stattfinden soll.

Infolge der nunmehr angeknüpften Unterhandlungen zwischen der neuen und der alten sozialdemokratischen Partei haben beide für diese Woche ausgeschriebenen öffentlichen Versammlungen, in denen jede Partei ihren Standpunkt entwickeln und sich mit der anderen auseinandersetzen wollte, vorläufig verlagert.

Deffauer „Altagearbeit“.

Wir haben dieser Tage eine Probe von der Art und Weise gegeben, wie das Deffauer Parteiblatt, das „Volksblatt für Anhalt“ den Klassenkampfgedanken propagiert. Auf eine Frucht dieser Arbeit sind wir noch nachträglich gestoßen. Dieser Tage berichtete das „Volksblatt für Anhalt“: „Zur Weisheit nahm die Parteiverversammlung am Donnerstagabend dahin Stellung, daß von jeder Tagesfeier Abstand genommen werde und nur eine Abendversammlung stattfinden, in der ein Redner über die am 1. Mai ankunfenden Ideale des Arbeiterkampfes, der Sozialreform wie des Völkereidens sprechen solle. Dahingehend hatte der Vorschlag des Vorstandes gelautet und die Versammlung erklärte sich mit demselben allerseits einverstanden. Von mehreren Seiten ward dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterbewegung in gewisser Hinsicht heute ganz anders gestimmt sei als vor zwanzig Jahren. Sie erwarte nichts mehr von solchen Eintagsaktionen, sie erwarte alles von der Altagearbeit. Gewerkschaften, Genossenschaftler wie Partei arbeiteten bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Verwirklichung ihrer Ziele. Der Gedanke der eintägigen Arbeiterruhe finde nicht mehr die Befürwortung wie früher. Es ward deshalb auch von keiner Seite auch nur der Gedanke geäußert, daß die Arbeiterruhe anempfohlen werden sollte. Dahingegen ward mit Nachdruck hervorgehoben, daß die allgeringste Energie auf den tagtäglichen Kampf auf allen Gebieten gelegt werden müsse.“

Wenn die Deffauer Genossen unter dem Druck der Krise auf die Tagesfeier verzichten, so wird sie niemand darüber scheitern lassen. Etwas anderes aber ist die Begründung, die in der Versammlung gegeben wurde. Danach hat man nicht verzichtet, weil etwa bei der augenblicklichen Ungunst der Verhältnisse in Deffau eine imposante Tagesfeier nicht zu erwarten ist, sondern weil man ihr grundsätzlich abgeneigt ist, überzeugt ist, daß solche „Eintagsaktion“ nichts nützt. Die Deffauer Reformier halten also nicht von aufrichtlichen, eindrucksvollen Demonstrationen! Nichts von der Begeisterung, die sie im Proletariat auslösen und die die Kleinarbeit des Tages auf lange hinaus befruchtet, nichts von ihrer weitreichenden Wirkung auf die Gleichgültigen und Stumpfen, nichts von dem Respekt, den sie bei den Begnern bewirken, nichts von der Beachtung, die das Proletariat auf diese Weise für seine Forderungen erzwingt. In Deffau, der Hochburg der Konsumvereine, Volkshaus- und Esperantobewegung gilt nur der gleichbleibende Schritt der Altagearbeit! Die Deffauer Reformier halten Eintagsaktionen für Kraftverschwendung und werden nächstens noch den öfterreichenden Genossen beweisen, daß sie viel geschickter getan hätten, das allgemeine, gleiche Wahlrecht durch Altagearbeit, d. h. vornehmlich durch Konsumvereine und dergleichen zu erobern, als sich auf die Eintagsaktionen der grandiosen Wahlrechtsdemonstrationen und Eintagsstreiks einzulassen.

Aus den Organisationen. Am Sonntag tagte in Offenbach eine Konferenz des 6. und 7. hessischen Reichstagswahlkreises (Vahr und Offenbach). Sie war von 42 Vertretern des 7. und 11 Vertretern des 6. Wahlkreises besucht. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war die Presse. Man war einstimmig der Ansicht, das „Volksblatt“ vorerst unter allen Umständen zu halten, da dieses in der Agitation gute Dienste geleistet hat. Der Landesvorstand soll ersucht werden, dem „Volksblatt“, das finanziell ungenügend sei, einen Zuschuß zu geben oder bei dem Parteivorstand in Berlin einen solchen zu beschaffen. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß im verfloffenen Jahre fleißig gearbeitet wurde, um die Organisation auszubauen und die Parteipresse zu verbreiten. Wenn das nicht überall gelungen ist, so liegt die Schuld zum Teil an dem schlechten Geschäftsgang, aber auch an den Genossen in den betreffenden Orten. Der Kassenbericht weist im verfloffenen Jahre im 7. Wahlkreis eine Einnahme von 790,01 M. auf, dem eine Ausgabe von 742,79 M. gegenübersteht. An den Landesvorstand wurden 236,82 M. und an den Parteivorstand in Berlin 49,45 M. entsandt.

Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

Die Dreiländer rote Fahne ist wieder freigegeben worden. Die Verhinderung der Genossen ist natürlich nicht zurückgezogen worden.

Aus Industrie und Handel.

Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reich.

Nach der Zusammenstellung des kaiserl. Statistischen Amtes ergeben sich für das letzte Viertel 1908, im Vergleich mit den gleichen Abschnitten der Vorjahre, folgende Uebersichten.

Zahl der Tiere, an denen die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgenommen wurde:

	1904	1905	1906	1907	1908
Pferde und andere Einhufer	44 810	52 591	47 639	45 144	47 561
Ochsen	152 687	156 867	155 094	153 274	157 598
Rindern	111 763	99 763	98 558	103 162	114 933
Milch	410 763	426 707	407 101	433 062	436 297
Lammzweier	219 773	262 146	233 776	273 756	302 529
Schweine	900 326	913 112	892 405	1 042 774	1 066 794
Schafe	4 404 158	3 471 742	4 012 464	4 846 861	4 834 333
Gänse	606 630	637 722	680 848	603 208	633 710
Hühner	136 988	130 531	140 029	139 836	138 920
Gänse	1 763	2 405	2 825	2 269	2 812

Demnach war die Zahl der Schweinefleischungen im letzten Jahre annähernd auf den Stand vom Jahre 1904 zurückgegangen. Unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses bedeutet das einen Rückgang.

Deutscher auswärtiger Handel im Februar 1909.

Nach dem Februarhefte der vom kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebenen Monatshefte nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands betrug im Februar 1909 im Spezialhandel: 1. Die Einfuhr 8 731 281 Tonnen verschiedene Waren, ferner 135 173 Stück, worunter 123 593 Uhren, 11 582 Pferde usw., 2. Die Ausfuhr 3 409 254 Tonnen verschiedene Waren, ferner 22 905 Stück, worunter 22 388 Uhren, 515 Pferde usw. In den beiden Monaten Januar und Februar d. J. erreichte die Einfuhr 7 377 675 Tonnen gegen 8 224 238 Tonnen im Vorjahre, ferner 218 795 Stück gegen 252 078 im Vorjahre. Die Einfuhr hat also auch in den beiden Monaten nachgelassen, namentlich bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und mineralischen und fossilen Rohstoffen usw., unedlen Metallen. Die Ausfuhr fiel gleichzeitig weniger; sie belief sich auf 6 821 269 Tonnen gegen 6 886 036, ferner auf 60 385 gegen 78 301 Stück im Vorjahre.

Erweiterung des Dortmunder Hafens.

Der Dortmunder Hafen wird, um den wachsenden Bedürfnissen zu genügen, fortgesetzt erweitert. Im vorigen Jahre wurde eine Erweiterung fertig gestellt und schon wieder ist die Anlage eines neuen Hafendocks beschlossen worden, und zwar auf Grund eines Abkommens mit dem Kohlen Syndikat. Der neue Hafen soll einen Kohlenkipper erhalten. Das Kohlen Syndikat, das schon einen großen Lagerplatz am Hafen besitzt, hat nun einen zweiten von der Stadt Dortmund gemietet, wofür an Sachzins 45 000 M. gezahlt werden. Die Neuanlage wird der Stadt 400 000 M. kosten. Man hofft auf einen starken Verkehr, sobald der Durchschiff nach dem Rhein erfolgt ist. Der Hafen hat der Stadt Millionen gelostet und alljährlich erhöht er enorme Einnahmen. Die Arbeiten zu dem neuen Erweiterungshafen werden sofort, als Kostensarbeiten, in Angriff genommen, d. h. es dürfen nur einheimische Unternehmer und einheimische, in erster Linie arbeitslose Arbeiter beschäftigt werden.

Statistisches von den Kraftfahrzeugen.

Am 1. Januar 1909 wurden im Deutschen Reich 41 727 Kraftwagen gezählt, von welchen 39 475 = 94,6 Proz. zur Personenbeförderung und 2252 = 5,4 Proz. zur Lastenbeförderung dienen. Von den Personenkraftwagen waren 20 928 = 50,0 Proz., von den Lastkraftwagen nur 248 = 11,0 Proz. Krafttraber. Gegen das Vorjahr ist eine Vermehrung der Kraftfahrzeuge um 5706 = 15,8 Prozent eingetreten. Davon entfallen 5231 Kraftfahrzeuge auf den Personen- und 474 auf den Lastenverkehr.

In der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908 traten beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen 5009 schädigende Ereignisse ein, an welchen 5312 Kraftfahrzeuge beteiligt waren. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die Zahl der Unfälle um 225 erhöht. Da jedoch eine Vermehrung der Kraftfahrzeuge um 15,8 Prozent eingetreten ist, kann von einem Zurückgehen der Unfallzahl gesprochen werden. Bei den schädigenden Ereignissen wurden 2630 Personen verletzt, und zwar 188 = 7,1 Proz. Führer und 431 = 16,4 Proz. Insassen von Kraftwagen sowie 2011 = 76,5 Proz. dritte Personen. Getötet wurden 141 Personen, und zwar 12 Führer, 22 Insassen und 107 dritte Personen. Der angerichtete Sachschaden beträgt 811 663 Mark.

Großindustrielle Nebenverdienste.

Die Bergbauaktiengesellschaft Ilse ist gegenüber den modernen Bergwerkseisen eine kleine Aktiengesellschaft, die mit 8 Millionen Mark Aktienkapital für das 1907/8 die Kleinigkeit von 2,4 Millionen Mark Reingewinn erzielte. Der aus den drei Herren S. Schumann, W. Müller und M. W. W. bestehende Vorstand erhielt für das letzte Geschäftsjahr außer den festen Bezügen 161 000 M., also pro Mann rund 50 000 M. Lantime! Der Aufsichtsrat besteht aus acht Personen, er bekam zusammen für seine Wählerleistungen in den letzten beiden Jahren 196 000 und 213 000 M.

Mit solchen Kammerjungen können die Herren natürlich nicht auskommen, sie sind auf Nebenverdienst angewiesen. So ist denn der Generaldirektor der Bergbauaktiengesellschaft Ilse, Herr Schumann, noch Aufsichtsratsmitglied in zwei anderen Gesellschaften, Herr Müller nur in einer anderen Gesellschaft. Dafür sind aber die Mitglieder des Aufsichtsrates besser mit Nebenverdienst versehen. Der Kommerzienrat A. G. Wittels, nebenbei auch noch Generaldirektor der Mitteldeutschen Kreditbank, ist Vorsitzender im Aufsichtsrat von acht Gesellschaften, stellvertretender Vorsitzender in zwei, und gewöhnliches Mitglied in weiteren vier Gesellschaften. Herr Dr. C. Ertel ist in drei Gesellschaften stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates und fünfmal gewöhnliches Mitglied, Herr Konrad E. Künzeim muß sich sein Brot nebenbei in vier anderen Aufsichtsräten verdienen, der Bergwerksdirektor A. Reß ist nebenbei einmal Direktor und einmal Aufsichtsratsmitglied, Dr. J. Stroop ist dreimal stellvertretender Vorsitzender und dreimal gewöhnliches Mitglied, Dr. A. Aufbach ist sechsmal Aufsichtsrat, Grundbesitzer und Verwaltungsrat, der Kaufmann W. Brückner fungiert zweimal als Aufsichtsratsmitglied und das achte der Aufsichtsratsmitglieder der Ilse, Herr D. Degenhardt, ist nur noch in einer anderen Gesellschaft Aufsichtsrat. Dies macht insgesamt für die zehn Herren sieben- und fünfzig Vorsitzenden, Verwaltungsräte, und Aufsichtsratsstellen.

Das bringt was ein. In die hunderttausende Mark gehen die „Verdienste“, die die meisten Aufsichtsräte so im Vorbeigehen einheimfen.

Erntestatistik 1908.

In dem ersten Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1909 werden die Ergebnisse der Erntestatistik für das Jahr 1908 mitgeteilt und besprochen.

Geerntet wurden im Jahre 1908: an Winterweizen 3 849 707 To., Sommerweizen 418 080 To., Winterpelf 444 198 To., Winterroggen 10 591 341 To., Sommerroggen 145 533 To., Sommergerste 3 059 885 Tonnen, Hafer 7 694 833 To., Kartoffeln 40 342 726 To., davon gesunde 44 505 458 To., Kleen 11 695 945 To., Luzerneheu 1 680 143 Tonnen, Wiesenneu 27 076 097 To.

Dem Vorjahre gegenüber beträgt die Mehrernte an Brotgetreide 1 253 566 To. oder + 9,3 Proz., Sommergerste und Hafer, die hauptsächlich zur tierischen, in gewissen Umfang aber doch auch zur menschlichen Ernährung dienen, ergaben zusammengefaßt eine Minderernte von 1 692 165 To. oder -15,0 Proz. Kleen, Luzerne- und Wiesenneu ergab einen Mehrbetrag von 4 940 461 To. oder + 14,0 Prozent; die Mehrernte an gesundem Kartoffeln betrug 1 886 470 To. oder + 4,4 Proz.

Gerichts-Zeitung.

Rechtsbegründung im saarabischen Bestechungsprozeß.

Die Gründe der von uns bereits auf Grund eines Privattelegramms mitgeteilten Urteils gingen dahin: Das Gericht hat bei allen Angeklagten, die in der Bestechungsangelegenheit schon rechtskräftig bestraft sind, nur auf eine Inhaftstrafe erkannt, wodurch bei vielen die Strafe sich sehr ermäßigt hat. Bei den meisten Angeklagten hat das Gericht als erwiesen erachtet, daß sie sich der leichten Bestechung im Sinne des § 333 des Strafgesetzbuches schuldig, bzw. der Beihilfe schuldig gemacht haben. Wenn die Angeklagten in der Hauptverhandlung auch die in der Voruntersuchung gemachten Geständnisse widerrufen haben, so haben die Geständnisse deshalb an Beweiskraft nichts eingebüßt, um so weniger, als die Angeklagten Michaelis und Betschneider ja auch in der Hauptverhandlung geständig waren. Dazu kommen die zahlreichen Zeugnisverweigerungen, die das Gericht als Geständnisse der Schuld aufgefaßt hat. Es ist als erwiesen erachtet, daß auf der fiskalischen Grube Göttsborn seit Jahren von Unterbeamten Geld-

geschenke von den Vergleuten in unerlaubter Weise und zwar in regelmäßigen Beträgen angenommen worden sind und zwar in der Absicht, die Vergleuten in pflichtwidriger Weise zu begünstigen. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß diese Beträge gesammelt wurden für den „Vergmannsclub“ oder sonstige erlaubte Zwecke, sondern sie wurden von den Vergleuten gesammelt mit der alleinigen Absicht, ihre Vergleuten zu bestechen und sie zum pflichtwidrigen Handeln zu veranlassen, was ja auch geschehen ist. Als feststeht, daß auf Grube Göttsborn viele Unregelmäßigkeiten aller Art vorgekommen sind, die ihre Ursache nur in dem pflichtwidrigen Handeln der Beamten haben. Als nach dem Bedenken Unglück das königliche Oberbergamt eine größere Befahrung der Saargruben vornahm, fand man bezüglich der Verbauung nirgends solche Ausschungen zu machen, wie auf Göttsborn, das gilt als festgestellt. Gegen die Vergleuten hat das Gericht auf ganz milde Strafen erkannt, nicht weil es sie als die Bestürzten betrachtet, so doch, daß sie mehr oder weniger unter einem Druck ihrer Vorgesetzten gehandelt haben, vielfach wohl gegen ihren Willen. Dahingegen mußten gegen die Beamten, die ihre Dienstpflicht in der größten Weise mißbrauchten, auf empfindliche Gefängnisstrafen erkannt werden. Das Gericht hat bei den Beamten Abhand genommen, gleichzeitig auf Aberkennung der Beamtenqualifikation zu erkennen, da es nur leichte Bestechung angenommen hat.

Eine mysteriöse Diebstahlsaffäre

Beschäftigte die 4. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt war der Viehdiebstahler Franz Händel, der bei der Firma S. Sponholz als Verkäufer angestellt war. Am 7. September v. J. hatte er den Auftrag erhalten, für die Firma einen Betrag von 140 000 M. in Gold, Silber und Papiergeld bei der Viehkommissions- und Wechselbank einzuzahlen. Unter den Papieren befanden sich auch 13 Stück bundesstaatliche Privatbanknoten a 100 M. Diese legte der abnehmende Beamte, nachdem er sie durchgezählt, zunächst am Schaltergitter nieder, und brachte die übrigen Papiere, die er gleichfalls durchgezählt, nach dem im Hintergrunde stehenden Geldschrank, ohne an die 13 Privatbanknoten zu denken. Dann kam der Kassierer, nahm das Gold und Silber ab und stellte eine Gesamtsammlung aus. Bei der Abrechnung am Abend stellte sich auf der Bank ein Fehlbetrag von 1300 M. heraus und nun erinnerte sich der abnehmende Beamte, daß er die 13 Hundertmarkscheine am Schaltergitter habe liegen lassen. Es wurde nun angenommen, daß sie sich der Angeklagte H. in einem unbewachten Augenblicke angeeignet habe. Es wurde bei ihm Hausdurchsuchung abgehalten, die aber ergebnislos blieb. H. protestierte gegen den um ihn herum laut werdenden Verdacht ganz energisch. Da geschah etwas Außergewöhnliches. Auch im Sponholz'schen Komitor wurde das Verschwinden der Banknoten eifrig besprochen und bei dieser Gelegenheit äußerte einer der Angestellten seine Ansicht dahin: Das beste wäre doch, wenn der Spießbube die 1300 M. anonym zurückschickte. Am anderen Tage lief bei der Bank ein mit 1300 M. besetzter Brief ein, welchem ein Zettel mit folgenden Worten beilag: „Auf Anraten meiner Frau schicke die 1300 M. zurück. Schwamm drüber!“ — Der Angeklagte bestritt auch im Termin ganz entschieden, der Dieb zu sein. Nach dem Gutachten des Schreibschaffenspräsidenten Obersekretär Drogosin rührt der Zettel und die Adresse des Briefes nicht von der Hand des Angeklagten her. — Der Staatsanwalt hält letzteren gleichwohl für überführt und beantragte 3 Monate Gefängnis. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, da nach seiner Ansicht der Angeklagte zwar verdächtig, aber nicht überführt erscheine.

Vom Vertrieb dänischer Lieder in der Nordmark.

Für das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Schleswig wurden nach der Okkupation, aber vor Einführung der preussischen Verfassung, nämlich am 12. Juni 1866 und am 28. August 1866, von dem damaligen Zivilgouverneur Bekanntmachungen erlassen, die verschiedene Verbote enthielten. So wurde, wie es heißt, „im Interesse der Sicherheit im Herzogtum Schleswig“ durch die Bekanntmachung vom Jahre 1866 das Abhängen „dänischer Lieder, welche in nationaler Beziehung aufreizenden Inhalts sind“, verboten. Die Bekanntmachung von 1866 ergriffte dies Verbot auch auf den Vertrieb dergleicher dänischer Lieder. Mit der Frage, ob diese Verordnungen noch gültig sind, hatte sich gestern das Oberverwaltungsgericht zum ersten Male zu befassen. Das Kammergericht hat zwar die Gültigkeit anerkannt.

Das Oberverwaltungsgericht kam zu demselben Resultat. Es führte aus, es sei mit dem Kammergericht der Meinung, daß die Bestimmung der Bekanntmachung von 1866 durchaus noch rechtsgültig sei. Nach Wortlaut und Bedeutung werde sie weder durch die Selbstverordnung noch durch das Reichsdressgesetz berührt. Namentlich in bezug auf das Reichsdressgesetz teile der Senat durchaus den Standpunkt des Kammergerichts. Es handele sich gar nicht um ein lediglich gegen Preherzeugnisse gerichtetes Verbot. Es richte sich u. a. ganz allgemein gegen den Vertrieb dänischer Lieder der näher bezeichneten Art. Wenn bei diesem allgemeinen Verbot Preherzeugnisse nicht ausgeschlossen seien, dann widerspreche das nicht dem Verbot. Im übrigen schloß sich der Senat dem Verfassungskommissionen an, daß ein Teil der Lieder des blauen Liederbuchs in nationaler Beziehung aufreizenden Inhalts sei. Mit Recht sei der Wandergewerbeschein dem Kläger verweigert worden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der Fall Jenzel. — Die verbotene Suppe. (Das Recht der Namensänderung.) — Die Landwirtschaftlichen Arbeiter und die Aufgaben der Landarbeitergewerkschaft. — Von H. Hofer (Groß-Schlagstein). — Eine Reform unserer Erbschaft? — Von Dr. med. A. Lipsky. — Literarische Rundschau: Dr. Ernst Hornsfeiler, Die Kirche und die politischen Parteien. — Von E. Rogner. — Zeitschriften.

Heft 15 der Neuen Zeit Nr. 15: Philosophieren und Wollschaferei. — Von A. Wehring. Die Entwicklung des Weltalls. — Von Anton Panofsky. Disjuncti membra postea. — Von Dietrich. — Dämonen. — In Würten, Bergarbeiter. — Joh. Jürgensen, J. R. Huzmann, Thodor Fontane, V. Adultera. Gedichte Reuter, Melotte von Redling. — Rose Blätter: Der neueste Hauptmann. Eine Festschrift.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Reispotenzien zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und soeben Nr. 12 des 19. Jahrganges ausgegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Der Geschlechts ewiges Maß. — Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen I. — Von H. F. — Neue preussische Schulgesetz. — Von M. K. — Die Krankenkasse und die Ausstellung weiblicher Krankenkassen. — Von Dr. Meier. — Die Arbeitskammern nach dem sozialdemokratischen Antrag. — Von G. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Adelsid Jochhausen? — Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, betreffend den Kinderhau. — Politische Rundschau. — Von H. H. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem Ausland: — Gewerkschaftliche Rundschau. — Von H. F. — Notizen: Dienstreiterfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrs. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Bewegung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Verzeichnisse.

Für unsere Lesarten und Hausfrauen: Seel, mit den Nummer 10. — Von Johann Christian Günther. — Der Winterhinst der Tiere. — Von Od. — Der Glaube an Naturmysterien und seine Wurzeln. — Von R. D. — Die Kunst der Hausfrau. — Heft 18. März 1909. — Ein Landjunker. — Von Nikolaus Bogol. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Strenge Vornamhaftigkeit. — Von Abraham Gman. — Bräutigam. (Gedicht). — Einer, der stark werden wollte. — Von Rob. Grösch. — Am Ruckbau. — Von einem weltlichen Arbeiter. — Schwere Pflicht. — Von G. W. (Gedicht). — Die Korallen. — Von Karl Ewald. (Fortsetzung). — Die Prinzessin, die immer das letzte Wort haben wollte. — Nr. 11 (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 36 Pf., unter Kreuzband 36 Pf. Jahresabonnement 2,50 M.

Stellennachweis

Honriette Pergamenter
Stellen-Vermittlerin
Mädchen für Alles
Hausmädchen
Köchinnen
Tarif für Herrschaften:
von 40-50 Taler Lohn M. 3
von 51-60 " " M. 4
von 61-70 " " M. 5
über 70 " " M. 6
Herrschaften von außerhalb
zahlen mehr.
Für Mädchen kostenlos.

Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112

Oranienburgerstr. 54-55-56-56a

Fahr-Verbindungen:

Auto-Omnibusse:
4, 4A, 4B und A
Omnibusse:
2, 5, 10, 14, 18, 20, 44 u. 45
Stadt- u. Vorortbahn:
Stadtbahnhof Friedrichstr.
Strassenbahnen:
1, 4, 12, 16, 18, 19, 25, 26,
28, 29, 32, 34, 43, 52, 56

Enorm billige Angebote

**Freitag und
Sonnabend**
Soweit Vorrat.

Lebensmittel

**Freitag und
Sonnabend**
Soweit Vorrat.

50 000 Dosen Gemüse- und Frucht-Konserven

	1/2 Dose	1/2 Dose		1/2 Dose	1/2 Dose		1/2 Dose	1/2 Dose
Ia Diner-Stangenspargel	1.40	75 Pf.	Ia Suppenerbsen	36 Pf.	—	Ia gemischte Früchte	85 Pf.	48 Pf.
Stangenspargel Prima	1.30	—	Ia Schoten mit Karotten	55 Pf.	33 Pf.	Gemischte Früchte Prima	1.00	55 Pf.
Ia Riesenbruchspargel	1.30	70 Pf.	Gemischtes Gemüse II	—	35 Pf.	Ia Pflaumen 1/2 Frucht	42 Pf.	26 Pf.
Ia Bruchspargel extra stark m. Köpfen	1.10	—	Gemischtes Gemüse III	48 Pf.	30 Pf.	Ia Pflaumen 1/2 Frucht	48 Pf.	29 Pf.
Ia Bruchspargel II. mit Köpfen	1.00	—	Ia Spinat (junger)	38 Pf.	24 Pf.	Ia Pflaumen 1/2 Frucht in Essig und Zucker	42 Pf.	26 Pf.
Ia Bruchspargel ohne Köpfe	65 Pf.	—	Ia Wachsbohnen	42 Pf.	—	Ia Preiselbeeren in Zucker 4 Pfd.-Dose 1.20, 10 Pfd.-Dose 2.80	63 Pf.	37 Pf.
Kaiserschoten extra fein	1.20	65 Pf.	Ia Steinpilze	1.20	65 Pf.	Ia Mirabellen 4 Pfund-Dose 1.20	65 Pf.	38 Pf.
Kaiserschoten fein	1.10	60 Pf.	Ia Pfefferlinge	42 Pf.	—	Ia Apfelmuss 4 Pfund-Dose 1.00, 10 Pfund-Dose 2.40	58 Pf.	—
Ia junge Schoten extrafein	80 Pf.	—	Ia Dicke Bohnen	60 Pf.	35 Pf.	Ia Rheinisch-Kraut 5 Pfund-Elmer 1.90, 10 Pfund-Elmer 3.70	80 Pf.	42 Pf.
Ia junge Schoten fein	60 Pf.	35 Pf.	Ia Kaiserkirschen mit Stein	65 Pf.	38 Pf.			
Ia junge Schoten I	45 Pf.	28 Pf.	Ia Kaiserkirschen ohne Stein	1.00	55 Pf.			

Pa. Fleisch- und Wurstwaren

Ia Knochen-Schinken 8-10 Pfd. schwer Pfd.	1.10	Ia Plockwurst	Pfund 1.10
Ia Rollschinken oh. Knoch. 6-8 Pfd. schw. Pfd.	1.30	Ia Westf. Cervelatwurst im Fettdarm	Pfund 1.35
Ia Cervelatwurst	Pfd. 1.10	Ia Hallesche Rot- u. Leberwurst	Pfund 75 Pf.
Ia Salami	Pfd. 1.10	Sächsische Blut- u. Leberwurst	Pfund 45 Pf.

Fisch- und Räucherwaren

Sprottbücklinge Kiste circa 55-60 Stück	70 Pf.
Ostseebücklinge .. Kiste ca. 40 Stück	1.25
Ia Hummerkrabben	Pfund 85 Pf.
Ia Bratheringe	Dose 38 Pf.

4000 Pfd. Teebutter ungesalzen Ausnahmepreis	Pfd. 1.25
1000 Pfd. Ia Fromage de Brie (sonst Pfd. 1.00) v. 1 Pfd. an	75 Pf.

10 000 Ia Frühstückskäse (sonst Stück 10 Pf.) 6 Stück	45 Pf.
4 000 Ia Camembert neu eingetroffen (sonst Stück 30 Pf.) 3 Stück	60 Pf.

5000 Pfd. Ia echt. Emmentaler Käse (sonst 1.20) von 1 Pfd. an	1.05
10000 St. Ia fr. holst. Trinkeler (sonst Mandel 1.80)	Mdl. 1.40

Kolonialwaren

Grosse Salat-Bohnen	Pfd. 23 Pf.	Bruchreis	Pfd. 14 Pf.
Ia Perlbohnen	Pfd. 17 Pf.	Rangoon-Reis	Pfd. 17 Pf.
Gr. Victoria-Erbsen	Pfd. 17 Pf.	Java-Reis II	Pfd. 23 Pf.
Enthülste Erbsen Ia	Pfd. 24 Pf.	Java-Reis I	Pfd. 27 Pf.
Enthülste Erbsen I	Pfd. 22 Pf.	Java-Reis (Riosen)	Pfd. 35 Pf.
Linsen extra gross	Pfd. 23 Pf.	Ia Reismehl	Pfd. 20 Pf.
Linsen gross	Pfd. 16 Pf.	Ia Maisgries	Pfd. 18 Pf.
Linsen klein	Pfd. 14 Pf.		

Getrocknetes Obst und Gemüse

Pflaumen ohne Stein	Pfd. 28, 35 Pf.	Getrocknete Karotten	Pfd. 60 Pf.
Türk.Pflaumen	Pfd. 15, 23, 30 Pf.	Julienne II	Pfd. 60 Pf.
Kalif. Pflaumen	Pfd. 50, 60 Pf.	Julienne I	Pfd. 80 Pf.
Kalif. Birnen	Pfd. 50, 60 Pf.	Leipziger Allerlei	Pfd. 90 Pf.
Kalif. Aprikosen	Pfd. 55, 65 Pf.	Steinpilze	Pfd. 1.50
Amerik. Ringäpf.	Pfd. 45, 55 Pf.	Backobst	Pfd. 30 Pf.
Franz. Pflaumen	Pfd. 35, 45 Pf.	Backobst	Pfd. 40, 55 Pf.

10000 Pfund Fische

Ia Cabljau	Pfund 15 Pf.	im Ausschn. 5 Pf. mehr
Ia Seelachs	Pfund 18 Pf.	im Ausschn. 5 Pf. mehr
Ia Schellfisch	Pfund 30 Pf.	
Ia Rotzungen grosse	Pfund 55 Pf.	
Ia Tafellachs	Pfund 55, 80 Pf.	1.10
im Ausschnitt	Pfund 65, 90 Pf.	1.25

4000 Pfund Renntierfleisch

	Rücken	Keule	Blatt	Ragout
	Pfd. 1.00	90 Pf.	60 Pf.	30 Pf.
Ia Kaninchen gestroift				Stück 90 Pf.
1000 Ia. schwere Suppenhühner	1.85	2.00	2.25	
1000 Ia Brathühner	1.60	1.80	Junge große Hähne	2.00
Ia Enten			Stück	3.25 3.50

In der
Fleischerei:

Ia Ia Kalbfleisch

Keule im ganzen od. geteilt	Rücken	Bug	Kamm	Brust
Pfd. 95 Pf. 1.00	1.05 1.10	80, 85 Pf.	75, 85 Pf.	75, 80 Pf.

Stadtverordneten-Versammlung.

11. Sitzung, vom Donnerstag, den 18. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende-Stellvertreter eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es ist ein Schreiben bei dem Vorstand eingegangen, worin von zahlreichen Bürgern dem Stadtv. Hoffmann Dank gesagt wird für sein energisches Vorgehen gegen den Lehrer Holz.

Für die Vertretung der Stadt in dem Verwaltungsausschuss werden wegen Kasserung der Wahl des Stadtv. Rugdan zwei der Stadtverordnete Geh. Justizrat Cassel bestellt.

Die Versammlung setzt die Beratung des Stadthaushaltsplans für 1909 fort.

Stadtv. Giese (A. L.) referiert über die Etats „Waisenerwaltung“, „Fürsorgeerziehung“, „Arbeitshaus in Mummelsburg“, „Städtisches Obdach“, „Desinfektionsanstalt II und Hilfsstation für Geschlechtskranke“.

Eine Diskussion wird nicht beliebt; sämtliche Etats gelangen en bloc zur Annahme.

Das Referat über die Etats „Park- und Gartenverwaltung“, „Polizeikosten und Feuerlöschwesen“, „Märkisches Provinzialmuseum“, „Statistisches Amt“, „Gewerbegericht“, „Stadtbibliothek“, „Volksbibliotheken und Lesehallen“, „Militärangelegenheiten“ erhaltet Stadtv. Margauff (soz.-fortschritt.).

Stadtv. Galland (A. L.) ersucht nochmals den Magistrat, recht bald eine Vorlage wegen Erbauung eines Stadtbibliothekgebäudes an die Versammlung zu bringen und tritt für die bessere Unterbringung des Stadtarchivs und der Magistratsbibliothek ein.

Bürgermeister Dr. Neide: Dem letzteren Wunsche wird tunlichst entsprochen werden.

Die Etats werden genehmigt.

Referat des Stadtausschusses für die Etats „Gaswerke“, „Straßenbeleuchtung“, „Straßenreinigung“ und „Befehrgung“, „Gemeinde-Friedhöfe“, „Stadtdenkmäler“ ist Stadtv. Löfer (A. L.). Ein Antrag, den Mindestlohn der Arbeiter der Straßenreinigung auf 4 M. festzusetzen, ist von der Ausschussmehrheit abgelehnt worden.

Beim Etat der Gaswerke bemerkt

Stadtv. Singer (soz.): Durch die Zeitungen ist die Nachricht gegangen, daß bei den Gaswerken eine Unterschlagung von 70 000 Mark stattgefunden hat. Der Prozeß hat mit der Beurteilung des Angeklagten geendet. Wir haben ein lebhaftes Interesse, zu hören, wie bei den Gaswerken die Kontrolle beschaffen ist. Ich beziehe mich nicht auf die scharfe Kontrolle der Unterschlagungen, sondern auf die Frage, ob die Kontrolle so ausreichend ist, daß nach Möglichkeit derartige Unterschlagungen vermieden werden. Wir wissen nicht, aus welchen Einzelbeträgen die große Summe von 70 000 M. sich zusammensetzt; wahrscheinlich hat eine große Anzahl von Einzelbeträgen dazu gehört. Finden Ermöglicht hat in der Richtung auf erhöhte und verschärfte Kontrolle?

Stadtrat Kamslau: Der überaus betrübende Vorgang beruht auf Wahrheit. Wir haben auch Vorkehrungen getroffen, durch stärkere Kontrolle Wiederholungen zu vermeiden, sind aber Beträgern gegenüber ohnmächtig. Wir haben über 250 000 Gasabnehmer; aus dem Kataster derselben werden die Hebelisten hergestellt. Wir bekommen nun die Standaufnahmen aus den einzelnen Häusern nicht gleichzeitig und regelmäßig; es ist in sehr vielen Fällen die Möglichkeit verfehlt, die Stände gleichmäßig aufzunehmen. Der Betrüger, der die Uebertragung aus dem Kataster in die Grundlage für die Rechnungen zu bewirken hatte, hat sich dies zunutze gemacht, er hat sich selbst Rechnungen ausgearbeitet, sie mit falschem Stempel versehen, und ist persönlich zu solchen Abnehmern gegangen, die aus Treu und Glauben zahlten. Er hat dieses Verfahren jahrelang fortsetzen können; es kommen da Spektationsgeschäfte, ein großes Postamt und andere große Abnehmer in Betracht. Er wäre jetzt noch nicht entdeckt worden, wenn ihm nicht in einer seiner Rechnungen ein Additionsfehler von 100 M. passiert wäre; es wurde reklamiert, und da stellte sich heraus, daß die betreffende Rechnung gar nicht in der Hebeliste stand. Jetzt haben wir 2 Personen eingestellt, welche die Aufgabe haben, die Kataster mit dem Vorbogen für die Hebelisten zu vergleichen. Etwas absolut Vollkommenes gibt es leider überhaupt in der Kontrolle nicht.

Stadtv. Singer: Die jetzt getroffene Vorbeugungsmahregel hätte schon früher eingeführt werden können und sollen. Vielleicht wäre es auch empfehlenswert, bei der Ausstellung der Quittungen 2 Personen jüngerer zu lassen, damit die Sache nicht auf zwei Augen steht. Die Quittungen müssen von 2 Beamten unterschrieben und dies muß den Konsumenten bekannt gegeben werden. Wie ist der Mann zu dem falschen Stempel gekommen? Hat er ihn sich machen lassen oder war es ein richtiger Stempel, den er nur mißbräuchlich angewandt hat? In diesem Falle würde auch eine gewisse Nachsichtigkeit zu konstatieren sein.

Stadtrat Kamslau: Die Kontrolle hat schon immer stattgefunden; der Abteilungsleiter war dazu berufen. Aber da es sich um Millionen von Rechnungen handelt, mußte sich dieser auf Stichproben beschränken. Jetzt wird jede Rechnung kontrolliert. Mit den zwei Unterschriften wird nichts gewonnen, denn so gut wie eine Unterschrift sind auch zwei Unterschriften zu fälschen. Der Betrüger hat sich einen falschen Stempel anfertigen lassen; die Stempel sind keinem Unbefugten zugänglich.

Der Etat der Gaswerke wird en bloc angenommen.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.) kommt beim Etat der Straßenreinigung auf den im Ausschuss abgelehnten Antrag zurück. Daß die Betroffenen sich „in guter Lage“ befänden, wie die Auskunft des Magistrats lautete, könne man doch nur mit Einschränkung gelten lassen. In Rigdorf und Wilmersdorf seien die Bezüge und die Stala günstiger. Der Magistrat solle wenigstens die Stala aufbessern, so daß der Höchstlohn schneller erreicht würde. Die Straßenreinerer wünschten ferner bequemere Formen der Lohnzahlung und Befestigung der weichen Drillschleimkleider im Sommer, zum mindesten für den Tagesdienst. Auch sollte die Urlaubszeit der Straßenreinerer günstiger gestaltet werden; nach zehnjähriger Dienstzeit sollte man 10 Tage gewähren. Unter den Abfuhrunternehmern erblickt man nicht ohne Grund ein Ring, der Magistrat solle eine Untersuchung eintreten lassen oder eine unbeschränkte öffentliche Ausschreibung veranlassen bezw. die Uebernahme in eigene Regie erwägen.

Stadtv. Margauff: Ich treue mich der ersten Anregung um so mehr, als die Freunde des Vorredners im Ausschusse dagegen gewesen sind. (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Stadtv. Hünke (soz.): Wir hatten schon in der Deputation, dann im Staatsausschuss beantragt, den Lohn auf 4 M., steigend bis zu 5 M. in Zwischenräumen von 2 Jahren, zu normieren. Im Staatsausschuss stimmten Herrn Goldschmidts Freunde dagegen. Heute stellt er sich auf unsern Standpunkt, macht aber keine Probe aufs Exempel, da er keinen Antrag stellt. Wir haben von bestimmten Anträgen abgesehen, weil wir keine Aussicht haben, bei der Stimmung der Mehrheit und des Magistrats auch nur einen Pfennig von Erhöhungen für die Arbeiter herauszubekommen. (Unruhe.) Für die Beamten sind 1 1/2 Millionen zurückgestellt für Gehaltserhöhungen, für die Arbeiter ist nicht ein Pfennig übrig. In der Märkischen Deputation sind für die niedrigsten Beamten Lohnserhöhungen von 200—400 M., für den Direktor sogar 1000 M. vorgesehen, aber für die Arbeiter ist nichts vorgesehen. Ich bitte den Magistrat, eine Erhöhung der Arbeiterlöhne in Erwägung zu ziehen. Mit den weiteren Anregungen des Kollegen Goldschmidt bin ich einverstanden. Herr Goldschmidt hätte nur früher unseren

Anträgen in bezug auf Urlaub sich anschließen brauchen. Wir bleiben bei diesen Anträgen nach wie vor stehen.

Kämmerer Dr. Steiniger: Die Anregungen wegen der Urlaubszeit und der Bekleidung wird die Deputation gewiß nochmals prüfen. Williger wird die Sache dadurch nicht, daß man für Tag und Nacht verschiedenfarbige Kleidung anschafft. Mit Ringbindungen muß man stets rechnen; die Maßnahmen, die man dagegen ergreifen kann, sind ergriffen. In den vergangenen Jahren haben wir ja ausschließlich für die Arbeiter gesorgt, es ist also nur die natürliche Konsequenz, daß wir jetzt auch zu den Beamten übergehen.

Stadtv. Pfannsch (soz.): Ich kann den Wunsch des Kollegen Hünke nur wiederholen, daß Herr Goldschmidt seine Fraktionsmitglieder, die in der Deputation sitzen, mit den beiden von uns, die dort Mitglieder sind, an einem Stange zu ziehen veranlassen möchte. In anderen Städten werden die Straßenreinigungsarbeiter noch besser bezahlt als bei uns; Berlin steht da keineswegs an der Spitze. Der Kämmerer hebt hervor, daß die jungen Wärschen mit 18 Jahren den Sprung auf 3,75 M. machen. Das wird erst jetzt durch den Etat eingeführt; bisher war es noch nicht so! Das ist zudem auch der einzige Fortschritt, den der ganze Etat für die Arbeiter enthält. In der Deputation wurde unser Antrag auf Erhöhung des Tagelohnes um 25, 20, selbst 15 Pfennig abgelehnt. Die Ferienzeit anlangend, bin ich der Meinung, daß ein Arbeiter, der ein volles Jahr in einem städtischen Verwaltungsbetriebe beschäftigt war, beschäftigt, dauernd in diesem Dienste stehen zu bleiben, daß er also nach einem Arbeitsjahr ebenso gut der Ruhe und Erholung bedürftig ist, als nach 5 Jahren. Im vorigen Jahr hat eine lebhaftere Debatte über unseren Antrag auf Uebernahme solcher Betriebe in eigene Regie stattgefunden. Der Magistrat ist hinterher selbst auf den Gedanken gekommen, ob nicht dadurch der Ringbindungen entgegen gewirkt werden könnte; in 2 Abteilungen soll damit ein Versuch gemacht werden. Das Gut hat diese Anregung schon gehabt, daß die Abfuhrunternehmer ihre Forderung für die nächste dreijährige Periode um 20 000 M. jährlich ermäßigt haben, also schon das bloße Gespenst einer städtischen Regie hat dieses gute Resultat gezeitigt.

Stadtv. Goldschmidt: Auch die Sozialdemokraten führen hier in solchen Fragen oft das große Wort, während sie in den Deputationen sich wie zahme Rauschen verhalten. Den Urlaub für die Arbeiter schon nach einem Jahre einzuführen, war eine Unmöglichkeit; der Magistrat wäre nie dafür zu gewinnen gewesen. Mit meinem Antrag, den Urlaub nach 5 Jahren zu gewähren, habe ich feinerzeit das Erreichbare erreicht.

Stadtv. Kosenow (A. L.): Die Sozialdemokraten möchten jetzt unserem Kollegen Goldschmidt den Rang ablaufen. (Lärm des Stadtv. Singer: Postillon!) Damit haben wir jetzt nichts zu tun. Wir konnten eine einzelne Arbeiterkategorie bei diesem Etat nicht aus der Gesamtheit herausgreifen. Wir sind deshalb in keiner Weise rückständig.

Stadtv. Jolitz (A. L.): Der Vorwurf des Kollegen Hünke gegen die Mehrheit der Versammlung und den Magistrat ist ganz ungetradet.

Stadtv. Hünke: Seit 1901 hat man die Löhne der Arbeiter nur einmal, und zwar 1907, um 25 Pf. erhöht. Im vorigen Jahre sind alle unsere Anträge auf Lohnerhöhung glatt abgelehnt worden. Zahlreiche Beamtenkategorien haben dagegen in jener Zeit Aufbesserungen erfahren, u. a. auch die Gehälter der Magistratsmitglieder, der Kämmerer hat also mit seiner Deduktion durchaus unrecht. Wir brauchen dem Kollegen Goldschmidt nicht den Rang abzulaufen, die städtischen Arbeiter wissen, was sie von Ihnen zu halten haben. Sie halten hier schöne Reden zum Fenster hinaus (Lachen), während Sie in den Deputationen unsere Anträge niederstimmen!

Oberbürgermeister Kirchner: Es scheint mir nicht angebracht, einzelne Kategorien der von der Stadt Beschäftigten in dieser Weise gegeneinander auszuspielen. Die Beamtenbezüge müssen nach dem Vorgang von Reich und Staat aufgebracht werden, die Bezüge der Arbeiter haben in der ganzen Welt in der letzten Zeit keine Erhöhung, sondern einen Rückgang erfahren (Rufe: Leider!). Wir leben nicht allein in der Welt, sondern müssen alle diese Faktoren berücksichtigen.

Stadtv. Pfannsch: Ich habe ausdrücklich dargelegt, welche Anstrengungen wir in der Deputation gemacht haben, um Lohnserhöhungen für die städtischen Arbeiter durchzusetzen. Wir haben schließlich eingeschwenkt, daß wir nichts mehr machen konnten. Ich begreife nicht, wie Herr Goldschmidt den Vorwurf erheben kann, wir hätten keine weiteren Anträge mehr gestellt.

Stadtv. Goldschmidt wird bei seiner Wortmeldung mit großer Unruhe empfangen. Er meint, die Sozialdemokraten seien offenbar sehr empfindlich, wenn von anderer Seite Lohnverbesserungen für städtische Arbeiter angeregt würden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was an solchen Verbesserungen bisher erfolgt sei, wäre von der liberalen Mehrheit der Versammlung aus ins Werk gesetzt. (Choi!)

Der Etat der Straßenreinigung wird angenommen.

Bei dem Etat der Gemeindefriedhöfe führt Stadtv. Leib (soz.) unter großer Unruhe der Versammlung, die durch zahlreiche Privatgespräche hervorgerufen wird, schwer verständlich aus: In den Bestimmungen für unsere Gemeindefriedhöfe ist gesagt, daß die Pflege der Gräber nur von den Angehörigen selbst oder von Friedhofsangestellten versehen werden kann. Diese Bestimmung hat zu einem Vorfall Anlaß gegeben, der sich auf dem alten Charitéfriedhof in der Müllerstraße ereignete und auch vor einem Monat Gegenstand einer Gerichtsverhandlung wurde. Es handelt sich um zwei alte Leute, die unter Anklage standen, weil sie aus Rücksichtliebe ein Nachbargrab besaßen hatten. Es soll eine gewaltsame Entferrnung der Betreffenden vom Kirchhof stattgefunden haben, wobei der Inspektor höchst ungebührliche Reueherungen getan hat. Waren diese Maßnahmen in der Tat notwendig? Nach einem anderen Zeitungsbericht hat der Inspektor sich durchaus ungebührlich benommen, sie von dem Kirchhof verwiesen und die Klage wegen Hausfriedensbruch angestrengt. Es ist zwar vom Gericht in diesem Falle Hausfriedensbruch nicht angenommen worden, aber doch eine Verurteilung mit 10 M. verhängt. Solche Vorkommnisse müssen sich vermeiden lassen, wenn die Kirchhofordnung revidiert wird. Ein Mann von 72 und eine Frau von 67 Jahren dürfen nicht wegen solcher Sachen auf die Anklagebank geschleppt werden. Der Magistrat ist doch auch dazu da, das Publikum gegen Uebergriffe der Beamten zu schützen.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich bin nicht in der Lage, mich auf diese Mitteilungen, die auf Zeitungsnachrichten beruhen, zu äußern. Ich möchte manches Vorgebrachte in Zweifel ziehen, aber ich sage eine Untersuchung zu. Was die Stellung des Strafantrages betrifft, so hat mir die Sache nicht vorgelegen; wir können aber den einzelnen Beamten, wenn er sich beleidigt fühlt, rechtlich nicht daran hindern, klagbar zu werden.

Stadtv. Witterhoff (A. L.): Ich kann als Kurator des Friedhofes mitteilen, daß das Vorgebrachte nicht ganz mit den Tatsachen übereinstimmt. (Hört! hört!) Die Instruktion sagt ausdrücklich, daß das Begleichen fremder Gräber verboten ist. Der Hauptgrund für die Entferrnung war aber der unerhörte Skandal, der dadurch hervorgerufen wurde. Daß da ungehörige Worte seitens des Inspektors gefallen sind, muß ich ganz entschieden bestreiten. Er hat den Mann gebeten, die Frau zu beruhigen und lieber den Friedhof zu verlassen, besonders kein Aufsehen zu erregen. Darauf hat der Mann noch mehr Skandal gemacht und seiner Frau aufs lebhafteste schandiert, worauf der Inspektor von seinem Hausrecht Gebrauch machte. Die gerichtliche Verhandlung hat ja alles aufgeklärt. Das provokatorische Verhalten der Besucher ist der Grund für solche Auftritte.

Stadtv. Leib: Im allgemeinen mag es ja nützlich sein, vorher dem Magistrat von der beabsichtigten Erörterung irgend welcher

Vorfälle Mitteilung zu machen. In diesem Falle ist es nicht geschehen, weil der Bericht über die gerichtliche Verhandlung durch die gefamte Presse gegangen ist. Ich habe mein Material auf Grund des gerichtlichen Verhandlungsberichts vorgetragen, der aus der als durchaus objektiv anerkannten Korrespondenz Ziehe herrührt. Die Zeugen haben doch unter ihrem Eide dasjenige bekundet, was ich vorgetragen habe, während Herr Witterhoff sich lediglich auf den Inspektor stützt.

Der Etat der Gemeindefriedhöfe wird genehmigt, ebenso derjenige der Standesämter.

Stadtv. Leib (soz.) referiert namens des Ausschusses über den Personalbesoldungsetat und den Etat „Verwaltung der Dienstgebäude“ und der außerhalb derselben gelegenen Bureaus, sowie über die Etats „Geschäftsbedürfnisse und Prozeßkosten“ und „Pensionen, Witwenpensionen und Unterstellungen“.

Stadtv. Dr. Friedemann (soz.-fortschritt.) verlangt Maßnahmen des Magistrats zur Kontrolle sämtlicher auf die städtische Verwaltung bezüglichen Prozeßkosten, damit event. sofortige Nichtigstellungen bewirkt werden können.

Die erwähnten Etats werden genehmigt.

Ueber die Etats der „Wasserwerke“ und der „Kanalisationswerke und Güter Berlins“ referiert Stadtv. ordnener Sassenbach (soz.). Mit 8 gegen 5 Stimmen ist im Ausschuss ein Antrag zur Annahme gelangt, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, durch welche eine angemessene Erhöhung der Kanalisationsgebühren bis zur Höhe von 2 Proz. ab 1. April 1910 herbeigeführt wird.

Stadtv. Dr. West (soz.): Die Frage der Arbeitszeitverlängerung ist bei den Wasserwerken für eine Kategorie von Wasserwerksarbeitern, die Kolonnenarbeiter, durch Einführung des Reinstundenlohnes gelöst worden. Dadurch ist eine unbillige Unstimmigkeit entstanden. Wenn Arbeiter aus den Werkstätten usw. in die Kolonne geschickt werden, müssen sie eine Stunde länger arbeiten; auch kommt eventuell der Abzug eines Stundenlohns vor, der für die Kolonnenarbeiter nicht mehr einzuwirken kann. Die Verwaltung sollte den Reinstundenlohn allgemein durchführen. — Vor etwa 4 Wochen sind 80 Arbeiter entlassen worden, die zum Teil schon 10—15 Jahre beschäftigt waren. Die Entlassung sollte zurückzuführen sein auf eine Straßenbaupolizeiüberprüfung, wonach in einer gewissen Zeit des Winters das Pflaster nicht aufgerissen werden dürfe. Keinen Bemühungen gelang es, die Entlassung rückgängig zu machen; aber solche Dinge sollten doch in den städtischen Betrieben überhaupt vermieden werden.

Der Etat der Wasserwerke wird genehmigt.

Hierauf werden einige kleinere dringliche Vorlagen vorgebracht. Sodann leitet die Versammlung zur Etatberatung zurück und wendet sich zum Etat der Kanalisationswerke. Es ist eine Petition eingelaufen, welche auf die Ablehnung der Ausschussresolution wegen Erhöhung der Kanalisationsabgabe auf 2 Proz. gerichtet ist.

Stadtv. Iden (A. L.) kann nicht absehen, welcher Anlaß vorgelegen haben mag, in dem Ausschusse mit einem solchen Antrag zu kommen. Die Erhöhung bedeutete eine um so ungerechtere und einseitigere Belastung der Hausbesitzer, als der Etat ja balancierte.

Stadtv. Galland: Ein Teil meiner Freunde ist durchaus bereit, für die Resolution im Sinne des Kommunalabgabengesetzes zu stimmen.

Stadtv. Landsberg (A. L.) ersucht im Interesse der Gerechtigkeit um Ablehnung der Resolution. Nicht das 1 Proz. Hausbesitzer, sondern die 2 Millionen Berliner hätten den Vorteil von der Kanalisation. Die Kanalisation sei auch keineswegs billig; die Tätigkeit der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer bezüglich der Müllabfuhr sei daneben nicht zu übersehen.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Schon 1894 hatte der Magistrat 2 Proz. beantragt, und ich habe schon damals dafür gestimmt. Auf diesem Gebiete führt es zu nichts, Prinzipien zu reiten. Bis Ende der vierziger Jahre hatten die Hausbesitzer auch die Straßenreinigungspflicht. Gegenüber einer Erhöhung der 100 Proz. kann doch diese Maßnahme nicht anders denn als das kleinere Uebel betrachtet werden. Auch die Steuerpolitik der Vororte muß und eine solche Maßregel als klug und deshalb abgelehnt erscheinen lassen.

Stadtv. Haberland (A. L.): Der Vorredner arbeitet mit sehr billigen Gemeinplätzen. Wilmersdorf nimmt nur 1 1/2, Charlottenburg etwa 1 1/2 Proz., Steglitz nur 1 Proz., Friedenau allerdings 2 Proz. Auch die Straßenflächen Berlins sind kanalisiert; die Kosten dafür kann man doch nicht den Hausbesitzern auferlegen; das würde die Regierung gar nicht genehmigen. (Zurufe: Abwarten!)

Stadtv. Borgmann (soz.): Vom Standpunkt der Gerechtigkeit bitte ich um Annahme der Resolution. Durch Herrn Kollegen Landsberg bin ich ganz neu dahin belehrt worden, daß die Kanalisation ganz selbstständig funktioniert, daß man da nur auf einen Knopf zu drücken braucht, daß der Inhalt der Röhren ganz von selbst nach den Pumpstationen und von da nach den Klärfeldern gelangt (Heiterkeit). Die Kosten für die Abfuhr nach dem Muster der Müllabfuhr würden viel teurer sein als die Kanalisationsgebühren. Das Verlangen nach Erhöhung der 1 1/2 Proz. ist nicht neu. Nach der Kanalisierung ist der Wert des Grund und Bodens von Berlin ganz bedeutend gestiegen, und die Hausbesitzer haben diesen Vorteil ruhig eingesehen; die Erhöhung der Gebühr ist nur ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit. Der Hinweis auf die Vororte verfährt nicht und daß die Abwälzung auf die Mieter möglich ist, hat Herr Haberland selbst ausgesprochen. Es kommt auch in Betracht, daß auf diesem Wege von den zahlreichen großen Grundstücken der öffentlichen Verwaltung ein höherer Betrag herauszuholen ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Preuß (soz.-fortschritt.): Zuerst liegt die Kanalisation im öffentlichen Interesse; aber die Erfüllung desselben drückt sich aus in der Steigerung der Grundwerte und in der Erhöhung der Mieten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vorteile, die der Konfluß der Bevölkerung mit sich bringt, schlagen sich immer wieder nieder in der Erhöhung der Grundrente. Die Zukunft wird und wohl neben der Erhöhung der Kanalisationsgebühren auch die der Realsteuern bringen. Wir werden übrigens einander nicht überzeugen.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat der Kanalisationswerke wird genehmigt. In namentlicher Abstimmung gelangt die Ausschussresolution mit 63 gegen 29 Stimmen zur Annahme.

Stadtv. Görldt (fr. Fr.) erstattet das Referat über die Etats „Riechmarkt“, „Schlachthof“, „Fleischbeschau“, „Märkischen“, „Hafen- und Speicheranlagen“, „Straßenbahnen“, „Fleischvernichtungs- und Wertungsanstalt Müdnitz“.

Ohne jede Debatte werden diese Etats genehmigt. Vor der Beratung über die Vorlage betreffend die Vermehrung der städtischen Stellen werden die Verhandlungen gegen 1 1/2 Uhr abgebrochen.

Soziales.

Die ärztlichen Terroristen.

Der Leipziger Verband der Ärzte hatte seine ganze Hoffnung darauf gesetzt, daß, wie vor fünf Jahren, auch diesmal die Regierung die Adler Krankenassen mit gebundenen Händen den organisierten Ärzten ausliefern werde. Die „Leipziger“ glaubten, sie bräuchten nur wieder wie 1904 den „Notstand“ in der ärztlichen Versorgung der Versicherten künstlich herbeizuführen oder gar einen solchen Notstand nur zu behaupten, und die Regierung

werde apporrieren. Zu ihrer Überraschung mußten die Herren erleben, daß der Kölner Krankenkassenverband am 1. Februar, dem Tage des Beginnes des Kesselfestens, nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ völlig ausreichend mit Kesseln versehen war, die sich den Kassen durch langjährige Verträge verpflichtet hatten. Der Spott über die „Kesselfest“ der „Kassenheher“ und „Selbstverwaltungsbürokraten“, wie das „Kesselfest“ Vereinsblatt für Deutschland so schön schrieb, mußte verstummen. In Köln war ein Notstand beim „Besten“ Willen nicht zu konstatieren, trotz der kleinen Beschwerdefabriken, die einzelne Kasse angelegt hatten und worin sie von ihnen selbst ausgebeugt Klagen über die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder durch harmlose Leute unterschreiben oder abschreiben ließen. Die Aufsichtsbehörde unterbreitete aber die Beschwerden den zuständigen Kassen und diese konnten nachweisen, daß die Beschwerden der tatsächlichen Grundlage entbehrten. Für die Stimmung unter den Versicherten, denen die „Leipziger“ die „Wohlthaten“ der sogenannten freien Arztwahl gewaltig verschaffen möchten, ist es charakteristisch, daß diesmal nicht einmal die dreißig Unterschriften zusammengekommen sind, deren man vor allem bedurfte, um ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde zu veranlassen.

Auf Grund dieser Erfahrungen warf sich der Leipziger Kesselfestverband auf die Orte des Landkreises Köln. Der Sekretär des Verbandes kam eigens von Leipzig nach Köln und versuchte persönlich, die Landärzte zum Vertragsbruch zu verleiten: sie sollten den in den Landorten ansässigen Mitgliedern der Kölner Kassen, die an die dortigen Kassen auf Grund des § 57a des Krankenversicherungsgesetzes überwiesen wurden, die ärztliche Behandlung verweigern, obwohl sie zur Behandlung verpflichtet sind. Die Krankenkassen wandten sich beschwerdeführend an die Regierung, und diese erließ Mundschreiben an die Landräte und Bürgermeister, worin auf die gesetzliche Verpflichtung der Behandlung überwiesener Versicherter hingewiesen wurde. Der Deputierte der königlichen Regierung zu Köln, Regierungsrat Reinbothe, besuchte, da die Angelegenheit eilig war, selbst eine Reihe ländlicher Kassenvorsitzender und Ärzte auf, um die Sache in Ordnung zu bringen. Dennoch wurde eine Anzahl der ländlichen Kassenärzte vertragsbrüchig, und so schwebt bei dem Kölner Landgericht bereits eine Reihe je 5000 M. übersteigender Schadenersatzprozesse von Kassenvorsitzenden gegen Ärzte, die die Behandlung der überwiesenen Kranken verweigert haben.

Die Haltung der Regierung, die im Gegensatz zu 1904 neutral und lediglich auf die Respektierung des Gesetzes durch Kassen und Ärzte gerichtet ist, löste wahre Wutausfälle bei den „Leipzigern“ aus. In seiner Nr. 10 schrieb das offizielle Organ des Deutschen Kesselfestverbandes, die „Kesselfest Mitteilungen“, unter anderem: „Dem königlichen preussischen Regierungsrat Reinbothe wäre es gewiß herzlich zu wünschen, wenn er von den Strapazen seiner Kölner Landfahrten an einem beschaulichen Plätzchen im stillen Osten der preussischen Monarchie sich erholen könnte.“

Der Kölner Regierungspräsident Dr. Steinmeister, der seinen Regierungsrat vollständig dedie, wurde von dem Organ des Leipziger Verbandes wie folgt bedroht: „Der Herr Regierungspräsident sollte vorsichtiger sein. Sein Erlaß wird in die öffentliche Erörterung gezogen, und preussische Regierungspräsidenten stehen nicht so fest, daß nicht öffentliche Erörterungen sie umwerfen könnten. Der Herr Regierungspräsident von Köln mag sich darüber bei seinem ehemaligen Kollegen in Schleswig erkundigen. Auch auf der Kreishauptmannschaft in Leipzig kann er erfahren, ob man dort das Jahr 1904 als angenehme Erinnerung gebucht hat. Möge er sich ähnliches ersparen; wir meinen's gut mit ihm.“

Inzwischen haben die Herren dann eingesehen, daß ihre Hoffnungen auf die Abschlägung der Kölner Regierungsdirektoren sich wohl nie erfüllen werden. Sie sahen deshalb in der neuesten Nummer der „Kesselfest Mitteilungen“ Kanonen auf, deren Lauf sich direkt nach Berlin richtet. Das genannte Blatt schreibt: „Wenn die Regierung nicht die Schuld auf sich nehmen will, den Kölner Kampf zu einem Verwüstungskampf zwischen Kesselfest und Staat zugeschnitten zu haben, so mögen sie schleunigst (!) ihre Kölner Organe in die Schranken zurückrufen. . . . Denn eine durch Regierungsmassnahmen herbeigeführte Niederlage der Kölner Kesselfest würde keinen Tag profittable Realität gewinnen. Sie würde nur das Signal für die deutsche Kesselfest sein, alle Rücksicht fallen zu lassen und für ihre seit einem Jahrzehnt hartnäckig überhöhten Forderungen auf der ganzen Linie das Ultimatum zu stellen.“

Wir wählen nicht, wo die ostelbischen Agrarier in einer solchen Weise aufgetreten wären, wie es hier die Führer des Leipziger Kesselfestvereins tun. Die Agrarier sind zwar auch recht häufig bis an die Grenzen des strafrechtlichen Nötigungsversuchs gegen Beamte gegangen. Aber so unerblickliche strafrechtliche Nötigungsversuche gegen Beamte blieben den ärztlichen Terroristen vorbehalten.

Arbeiterwohnungen und Ortskrankenkasse.

Eine Schlappe hat sich der reaktionäre Stadtrat in Gera unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Puhm im Kampfe gegen die Ortskrankenkasse und den Bau von Arbeiterwohnungen gezogen. Die Sache ist folgende: In der Vorortgemeinde Unterhaus herrscht schon seit Jahren ebenso wie in der Stadt Gera ein ganz empfindlicher Mangel an Arbeiterwohnungen. Eine Anzahl Arbeiter beschloß deshalb, zum Bau von Häusern mit Arbeiterwohnungen zu schreiten. Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Stadt Gera hat hierzu beschlossen, aus Mitteln des Reservefonds Hypotheken in der gesetzlich zulässigen Höhe herzugeben, da die Kasse an dem Bau gesunder Arbeiterwohnungen interessiert sei. Der Stadtrat in Gera als vorgesetzte Behörde inhibierte aber diesen Beschluß des Kassenvorstandes als ungesetzlich! Der Bezirksausschuß gab dem Stadtrat recht, nicht, weil der Beschluß des Vorstandes ungesetzlich sei, sondern weil „es sich bei dem Bau der Häuser um kleine Leute handle“. Erst das Ministerium hat die Beschlüsse des Stadtrates wie des Bezirksausschusses über den Hanfen geworfen und entschieden, daß der Beschluß des Kassenvorstandes nicht ungesetzlich, und es zulässig sei, daß innerhalb der gesetzlichen Sicherheit die Gelder der Ortskrankenkasse als Hypotheken ausgeliehen werden können. Die Beschlüsse des Stadtrates und des Bezirksausschusses zeigen so recht die sozialpolitische Rückständigkeit dieser Körperschaften, zugleich aber auch, wie leicht „man“ es sich bei Eingriffen in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen macht.

Der Rüsternheitsverweh.

Einen originellen Revers hat sich der Fuhrunternehmer Friedrich J. von seinem Expedienten H. ausstellen lassen, wie sich in einer Gegend vor dem Berliner Kaufmannsgericht förmlichen Verhandlung ergab. J. war dem Alkohol etwas mehr zugehen, als ihm zuträglich war, denn er kam öfter in allzu amüsierten Stimmung ins Geschäft. Der Chef ließ sich schließlich einen Revers ausstellen, daß J. in seine sofortige Entlassung willige, wenn

er sich noch einmal betrinke. Nach wenigen Tagen hat der Expedient himmelhoch den Prinzipal, er möge ihm doch den Revers zurückgeben, er werde sich auch ohnedies nie wieder betrinken. Der Chef vernichtete auch den Revers, aber bald darauf hatte J. einen Anfall, von dem er sich nach drei Tagen noch nicht erholt hatte. Er wurde nunmehr entlassen, und der bestgütige Prinzipal beruft sich auf den jetzt allerdings nicht mehr vorhandenen „Rüsternheitsverweh“. Das Gericht wies den Kläger ab. Das unentschuldigste zweitägige Fehlen genügte — auch ohne den Revers — zur sofortigen Entlassung.

Städtische Arbeitslosenunterstützung.

Die Stadtverordneten Obligo (Westdeutschland) bewilligten in ihrer letzten Sitzung — 16. März — weitere 40 000 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen, nachdem der bewilligte Kredit von 60 000 Mark für die Beschäftigung der Arbeitslosen erschöpft ist und bereits 20 000 M. ausgegeben wurden, aber die Arbeitslosigkeit noch immer anhält.

Vom Nießbrauchsrecht bei Stadtverordnetenwahlen.

Der Volkshilfsverein zum Roten Kreuz besitzt in Linden in der Mark größere Besitzungen. Der Verein ließ das Nießbrauchsrecht eines seiner Gebäude auf seinen Chef, den Stadtarzt a. D. Dr. Pannwitz, grundbuchlich eintragen, damit er als Hausbesitzer (bzw. Nießbraucher) bei der am 17. November 1907 stattfindenden Stadtverordnetenwahl in der ersten Abteilung gewählt werden könne. Dr. Pannwitz wurde mit 7 gegen 5 Stimmen gewählt. Nach vergeblichem Einspruch bei der Stadtverordnetenversammlung kam u. a. der Fabrikant Lindstädt auf Ungültigkeit der Wahl. Der Bezirksausschuß zu Potsdam erklärte auch die Wahl für ungültig. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Dienstag das Urteil des Bezirksausschusses aus folgenden Gründen: Dr. Pannwitz sei nicht Hausbesitzer (Nießbraucher usw.) im Sinne des Gesetzes. Der Senat sei zu der Überzeugung gelangt, daß die grundbuchliche Eintragung hinsichtlich des Nießbrauchs nicht in der Absicht erfolgt sei, dem Herrn Dr. Pannwitz ein wirkliches materielles Nießbrauchsrecht einzuräumen, sondern nur um Vorschriften zu erfüllen, die von dem Verein als mehr formaler Natur angesehen worden seien. Wenn er wirklich einen Nießbrauch an dem Garten und an den Bäumen habe, so genüge das nicht. Es müsse ein Nießbrauch an einem Hause sein. Und daß ihm der in Wirklichkeit nicht habe eingeräumt werden sollen, gehe daraus hervor, daß das Gebäude zu anderen Zwecken diene und das rechtmäßige Aufkommen daraus anderweitig verwendet werden sollte. Somit sei die Wahl ungültig.

Aus der Frauenbewegung.

Das weibliche Geschlecht in der Landwirtschaft.

Bei der letzten Berufsählung ist für die Landwirtschaft auch eine Gruppierung nach Eigentümern, Pächtern, Beamten und Lohnarbeitern vorgenommen worden. Eine Gruppe A umfaßt in drei Abteilungen: 1. Eigentümer und Mitteleigentümer, 2. Pächter und Erbpächter, 3. Leitende Beamte und sonstige wirtschaftliche Betriebsleiter. Da bei der Zählung von 1895 diese Abteilungen nicht durchgeführt worden ist, sind Vergleiche im einzelnen über die eingetretene Verschiebung nicht möglich, sondern nur für die Gruppe A insgesamt. In einer Gruppe B findet man diese Gliederung: 1. Wirtschaftsbeamte, 2. Aufsichtspersonal, 3. Rechnungs- und Bureaupersonal. Eine Gruppe C umfaßt folgende Abteilungen: 1. Erwerbstätige Familienangehörige, 2. Knechte und Pächter, 3. Landwirtschaftliche Arbeiter und Tagelöhner, welche eigenes oder gepachtetes Land bebauen, 4. Landwirtschaftliche Arbeiter und Tagelöhner, welche kein eigenes oder gepachtetes aber sonstiges Land bebauen und 5. Landwirtschaftliche Arbeiter und Tagelöhner, die kein Land bebauen.

In der nachfolgenden Aufstellung haben wir die Abteilungen 3, 4 und 5 der Gruppe C und zu den einzelnen Gruppen die Zahlen aus den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben zusammengestellt. Von den zur landwirtschaftlichen und gärtnerischen Bevölkerung Gehörnden wurden danach als Erwerbstätige gezählt — Erwerbstätige im Hauptberuf und Dienende im Haushalt der Erwerbstätigen:

	weiblich		männlich		Zunahme +, Abnahme - in Prozent	
	1895	1907	1895	1907	weibl.	männl.
Eigentümer, Mitteleigent., Pächtern, Betriebsleiter	412 754	280 085	1 220 323	1 173 409	- 32	- 12
Wirtschaftsbeamte (Gutsverw., Inspektoren) und Volont., Aufsichtspers. (Gutsaufseh., Hofmeister, Bögte usw.)	10 900	11 470	23 647	23 114	- 32	- 2,2
Rechnungs- u. Bureaupers., Famil.-Angeh. tätig i. Haushalt oder der Wirtschaft d. Haushaltsvorstandes	1 576	2 457	22 303	20 747	+ 57	- 7,4
Knechte Päch., Gef. u. Leihl. Landwirtschaftl. Arbeiter, Tagelöhner, gewerbliche Hilfsarbeiter	870	691	2 145	3 102	+ 80	+ 58
	445 682	1 595 301	510 661	561 969	+ 258	+ 10
	302 081	338 731	630 733	440 785	+ 12	- 30
	530 269	602 007	846 664	847 666	+ 13	+ 0,1

Die Zusammenstellungen lassen folgendes erkennen: Die Zahl der Besitzer, Pächter und leitenden Betriebsbeamten ist gesunken. Von dem Rückgang fällt der überwiegende Teil auf das weibliche Geschlecht. Dasselbe gilt von den Wirtschaftsbeamten. Auch hier ist das weibliche Geschlecht der Hauptleidtragende bei der eingetretenen Personalverringering. Jedoch ist in bezug auf die erste Gruppe zu bemerken, daß die Verschiebung vorwiegend bei den Dienenden für den häuslichen Beruf eingetreten ist. Das männliche Geschlecht ist hier mit einem Rückgang von 6585 auf 2963 beteiligt, während für das weibliche Geschlecht sich eine weit stärkere Abnahme ergibt, nämlich von 224 170 auf 104 857. Ueberhaupt läßt der Rückgang in dieser Vertriebskategorie auf alle Resultate einen gewissen Einfluß aus. Bei der relativ sehr großen Zunahme des Bureaupersonals ist das weibliche Geschlecht etwas im Vorteil gegenüber dem männlichen Personal. Eine enorme Differenz findet man bei der Gruppe: Familienangehörige, tätig im Haushalt oder in der Wirtschaft des Haushaltungsvorstandes. Den Zuwachs von weit über eine Million stellt fast vollständig das weibliche Geschlecht. In der Hauptsache dürfte die starke Zunahme der Beschäftigung von Familienangehörigen auf die Landflucht der Landproletarier zurückzuführen sein. Diese kommt auch bei den nächsten Angaben in Erscheinung. Die Zahl der Knechte und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiter hat stark abgenommen. Trotz einer Personalzunahme in den gärtnerischen Betrieben ergibt sich insgesamt doch noch ein erheblicher Rückgang. Dieser ist nur teilweise durch Vermehrung des weiblichen Personals ausgeglichen worden.

Lesende.

Erster Wahlkreis. Freitag, 19. März, 8 1/2 Uhr, bei Sieber, Seydelstraße 30. Vortrag: „Ferdinand Lassalle“.

Dritter Wahlkreis. Freitag, Gewerkschaftssaal, linker Seitenflügel 8 Tr., Saal der Handels- und Transportarbeiter.

Rixdorf. Für den 1.—5. Bezirk bei Köpfer, Welterstr. 17/18; für den 6.—10. Bezirk bei Kaiser, Rixdorfstr. 35; für den 11. bis 15. Bezirk bei Schröder, Rogassstr. 33/34; für den 16.—20. Bezirk bei Doppe, Hermannstr. 49.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Rixdorf. Dienstag, den 23. März, bei Doppe, Hermannstr. 49: Öffentliche Frauenversammlung. Vortrag: „Die Frau im politischen Kampfe“. Genossin Friedländer.

Veranstaltungen.

Naz Grundwaldb Vorträge.

Die Vorträge über das Erfurter Programm, die Genosse Grundwald vor der 7. und 8. Abteilung des Wahlvereins des sechsten Kreises hielt, fanden am Montag ihren Abschluß. Zu allen drei Vorträgen fanden sich die Genossen und Genossinnen von Rixdorf zahlreich in den „Frachtsälen Kornwest“ ein, und der Vortragende fand stets eine sehr aufmerksame Zuhörerschaft. — Gemäß einer Ankündigung am letzten Vortragabend ging er diesmal auf die Konzentration des Kapitals in der Landwirtschaft zunächst näher ein. In den Parteidiskussionen nahm diese Frage oftmals schon einen breiten Raum ein. Man hat aus den Statistiken von 1895 bis 1907 geschlossen, daß die Pärzchen Berechnungen wohl für die Industrie, nicht aber für die Landwirtschaft zutreffend seien, da in der Landwirtschaft die Klein- und Mittelbetriebe sich zahlenmäßig vermehrt haben. Dabei sind nun aber zwei Faktoren von Wichtigkeit zu berücksichtigen, nämlich die Methode der Statistik und die künstliche Hemmung der natürlichen Entwicklung in der Landwirtschaft, indem die Gefügeherbeigebung ihren Einfluß geltend macht, um bestimmte Verhältnisse herbeizuführen. Die Methode der Statistik ist nicht einwandfrei, wo man die Betriebe einfach zählt, ohne zu untersuchen, ob und wie weit sie überhaupt zur Landwirtschaft zu rechnen sind. So hat man in Kassen die kleinen Gemüsegärten bei den Großstädten als landwirtschaftliche Betriebe aufgenommen, obgleich sie als solche doch kaum ins Gewicht fallen. Eine künstliche Hemmung in der Entwicklung ist einmal durch die Folgeherbeigebung zugunsten der Agrarier entstanden. Die Züchtung von Vieh, der Anbau von Gemüse ist für zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe lohnend geworden, so daß sie sich halten oder auch vermehren konnten. Ferner hat man durch die sogenannte Rationalisierung des OSENS, durch den Kampf gegen das Volumentum viele große Güter aufgekauft und in Klein- und Mittelbetriebe zerlegt, die man begünstigte durch Gewährung niedriger Zinsen für die Hypotheken, durch geringere Pachtforderungen, durch Anlage von Gärten und dergleichen. So hat man künstliche Faktoren in die natürliche Entwicklung hineingetragen, die dadurch gemindert wurde. Aber auch dann, wenn die Landwirtschaft noch nicht den Entwicklungstendenzen folgt, die wir in der Industrie beobachten, so ist dies kein Beweis gegen die Theorie von Marx, der kein bestimmtes Tempo für die Entwicklung angegeben hat. Im Feuer der Agitation für unsere Sache werden manchmal die Hoffnungen an Stelle der Tatsachen gesetzt. Die Tatsachen folgen für manchen zu langsam nach, aber sie gehen ihren Gang. Die Entwicklung zum Großbetriebe in der Landwirtschaft ist zum Beispiel beim Getreide- und Körnerbau ganz unerkennbar, weil der Großbetrieb sich hier als die einzig mögliche und vorteilhafte Methode für heutige Verhältnisse erwiesen hat. Darüber sind sich sogar alle bürgerlichen Oekonomen einig.

Der Vortragende erläuterte weiter die einzelnen Absätze im theoretischen Teil des Erfurter Programms und zeigte, wie der Kampf der Arbeiterklasse gegen die herrschende Gesellschaft immer erbitterter werden muß. Man kann die Arbeiter nicht täuschen mit einer Sozialpolitik, von der man wohl weiß, daß sie ebensoviel im Interesse der Unternehmer als der Arbeiter durchgeführt wird. Man sieht den Sturm kommen, man fürchtet die stetig wachsende Opposition der Arbeitermassen und greift zu Verschönerungsmitteln. Der Redner verweist bei den Krisen, die immer gewaltiger auftreten und furchtbar den ganzen Weltmarkt erschüttern. Sie liefern den Beweis, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft über den Stoff gewachsen sind, wie das Erfurter Programm mit Recht sagt. Die Arbeiter stellen ihre Forderungen auf; sie verlangen, daß die Arbeit nicht nur durch die Gesellschaft, sondern auch für dieselbe geleistet werde. Die Arbeit ist heute schon in ihrem Produkt das Resultat gemeinsamer gesellschaftlicher Tätigkeit, das sich der Privatkapitalist aneignet zum Schaden der Gesellschaft. Großartige Möglichkeiten, mehr und reicher zu produzieren, bleiben heute unbenutzt, weil dem Privatkapitalismus der Profit alles gilt, weil die Wohlfahrt und die Bedürfnisse der Menschen für ihn nicht ausschlaggebend sind. Wie der Kampf der Arbeiterklasse notwendig ein politischer sein muß, legte der Redner weiter dar und erklärte, daß den Arbeitern die politische Gleichberechtigung zu erstehen werden muß, wenn sie gesetzliche Wege zu ihren Zielen gehen sollen. Werden die gesetzlichen Wege von den Nachhabern abgeschnitten, so müssen sich die Arbeiter andere Wege suchen. Darum hatten sie aus dem Gothaer Programm das Wort „gesetzlich“ gestrichen, weil man mit Ausnahmeesetzen die Arbeiterbewegung ersticken wollte. — Zusammenfassend erklärte der Redner zum Schluß, daß es sich im Erfurter Programm um zwei Hauptfragen handle, um die Darlegung der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung der Dinge im wirtschaftlichen Leben und um die Aufklärung der Massen, aller abhängigen Existenzen, darüber, daß im Sozialismus ihre Erlösung liegt. Diese Aufklärung ist so schwierig, weil wir sie nicht ungehindert betreiben dürfen, weil Staat und Gesellschaft uns bitter bekämpfen, weil wir mit einem mächtigen Gegenfah in Staat und Gesellschaft zu tun haben. Allen Parteien stehen wir im Kampfe gegenüber; wir gegen alle als die Umsturzpartei, die alles zerstören und vernichten will, während wir eifrig bestrebt sind, alle Kräfte der Gesellschaft zusammenzufassen, um bauen zu können, aufzubauen für alle in der Gesellschaft, zur Wohlfahrt und zum Besten aller. (Lebhafte Beifall.)

Zahlreiche Fragen wurden dem Redner zum Schluß noch vorgelegt, die er eingehend beantwortete. — Der Vorsitzende hielt dann eine kurze Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Vorträge befruchtend auf die Agitationsarbeit in der Partei wirken werden, indem die Hörer weiter tragen und ausnützen, was sie durch die Vorträge gewonnen haben.

Briefkasten der Redaktion.

Die weibliche Oekonomin Annet Lindenknecht Nr. 3, zweiter Post, dritter Eingang, vier Treppen, Rixdorfstr. 17/18 wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Briefkasten 7 Uhr Sonntags abends beginnt die Oekonomin um 6 Uhr. Jeder Beitrag ist ein Brief und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Anworten sind nicht erbeten. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Oekonomin vor.

Jornbroschüre Nr. 45. Der Betreffende ist Parteigenosse. Selbstverständlich vertreten parteigenössliche Rechtsanwälte auch Nichtparteigenossen, falls das nicht mit ihren Parteipflichten kollidiert. — D. J. 999. Der Gläubiger braucht sich auf Ratenschulden nicht einzulassen. Bei der Zahlung zur Befreiung des Offenbarungsbüchels nicht besorgt, kann auf Antrag verhaftet werden. Der Gläubiger hat die Verhaftungskosten mit 15 M. und einem monatlichen Unterhaltzuschuß mit 30 M. vorzuschießen. — D. 100. 1. und 2. Teil. — O. 1879. Uneres Erachtens liegt Verschuldungspflicht nicht vor. — J. L. und J. 4. 1. Ihre Frau, nicht aber Sie, sind zur Zahlung verpflichtet. Sie haben 50 M. für den in das Jahr 1908 und eben so viel für den in dieses Jahr fallenden Teil des Mietjahres zu zahlen. — S. 84. Wein. — J. 2. 12. Die Karten erhalten Sie bei der Vermahlung des Gewerkschaftsaales, Angelufer 15. — S. 8. W. 1. In geringem Umfang. 2. Danach ja. — H. 6. 35. Die Eltern können Zeugen sein. — J. 8. 8. Durch persönliche Meldung bei dem gewünschten Kruppenteil

unter Vorlegung des Lösungsscheines. — G. G. 3. Auf direkte Anfrage bei dem Klub, Linnest. 17, erfahren Sie das Nähere. — Zwei Streikende. Wenn es sich um die Landesversicherung Berlin handelt, dann am 15. März. — Frau P. M. 5. Von dem Beitritt zur angelegten Kasse können wir nur abraten. Wenden Sie sich an die Offenbacher Anstalt, Pringelstraße 60. — G. G. 9. Ihr Besuch in der richten an die Stützungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. — H. G. 100. Vielleicht in einer Werkstatt für elektrische Anlagen. — H. G. 64. Am königlichen Schauspielhaus. Verhandlungen beim Oberregisseur, Herrn Rag Grube. Vorzulegen ist Geburtsurkunde, Schulabschlusszeugnis und der Nachweis des Unterhalts für den mindestens zehn Monate dauernden Kursus. — H. G. 100. Aus der Mittellinie des Königs. — G. G. 32. Bevor Sie den Schritt unternehmen, können Sie sich um Auskunft wenden an den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Neue Königstraße 36. — P. G. Trepow 1. Solche angelegte Mittel helfen in der Regel dem Verkäufer zu Geld, nicht aber dem Käufer. Wenden Sie sich an einen tüchtigen Spezialarzt für Hautkrankheiten, Herrn König, Charlott. — G. G. 15. Während der Dauer der Erwerbsunfähigkeit werden in der Regel Kostenbeiträge nicht geleistet. Wenden Sie sich an den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Neue Königstraße 36. — Charlotte 23. Der alte Wandgeruch kann verschiedene Ursachen haben. Stellen Sie sich einem Arzt vor. — Windstraße 47. Zentralkommission der Krankenanstalten, Gewerkschaftshaus, Angelstraße 15. G. G. 55. Nach der Richtung haben wir keine Verbindung. Wenn das Geschäft so gut ist, wie Sie schildern, hilft Ihnen vielleicht eine Brauerei, an die Sie sich wenden wollen. — W. D. 909. Ja. — P. 1. Nein.

Witterungsüberblick vom 18. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in 6 u. 12 Uhr	Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in 6 u. 12 Uhr
Sommerbe	758	0	0	Dunst	-5	Dachau	761	0	0	Schnee	-10
Darmstadt	757	0	0	bedeckt	-5	Heidelberg	763	0	0	Schnee	-10
Berlin	759	0	0	1 halb bb.	-3	Stuttgart	755	0	0	Regen	-10
Kranfeld	759	0	0	1 heiter	-1	München	745	0	0	1 wollig	-10
München	761	0	0	2 wolken	-3	Wien	752	0	0	3 wollig	-10
Wien	762	0	0	heiter	1						

Wetterprognose für Freitag, den 19. März 1909.

Wärmer, trocken und vielfach heiter, bei ziemlich lebhaften südlichen Winden.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Kalb- und Schweinefleisch nachgehend, sonst unverändert. **Fisch:** Zufuhr mäßig, Geschäft reger, Preise fest. **Getreide:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. **Hühner:** Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert.

Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 3.	am 16. 3.	Wasserstand	am 17. 3.	am 16. 3.
Remel, Mühl	183 ⁹	-13	Saale, Großschiff	86	+4
Prege, Zisterburg	-7 ⁹	0	Saale, Spandau	73	-3
Reichel, Thon	196 ⁹	+22	Saale, Radepom	106	+3
Ober, Anilbor	281	-51	Spree, Spremberg	96	0
Kroffen	144 ⁹	-4	Spree, Seeslow	90	+1
Frankfurt	202 ⁹	-5	Weser, Münden	-70	-8
Weser, Sörmum	76 ⁹	0	Weser, Münden	6	-1
Weser, Landberg	51 ⁹	+3	Rhein, Maximiliansau	290	+2
Weser, Gordamm	-2	-2	Rhein, Mainz	102	-4
Elbe, Leimeritz	70	-7	Rhein, Koblenz	105	+12
Dresden	-86	+2	Weser, Heilbrunn	44	-5
Barby	102	+22	Rhein, Barmen	155	-14
Magdeburg	80	+2	Weser, Teich	69	-10

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterpaß, - *) Eisstand

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 19. März, Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus, Fidele.
Königl. Schauspielhaus, Kolberg.
Neues königliches Opernhaus, L'Eventail.
Deutsches, Der Kaufmann von Venedig.
Kammertheater, Der Graf von Gleichen. (Anf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus, Beschulze.
Berliner, Einer von unsere Leut.
Festung, Der König.
Neues, Die fremde Frau.
Thalia, Wo wohnt sie denn?
Komische Oper, Tiefand.
Kleines, Moral.
Hebbel, Die junge Welt.
Kunstspielhaus, Im Klubfessel.
Kleines, Kammerspiele um Amelle.
Schiller, O. (Wagner-Oper.)
Die Braut von Messina.
Schiller, Charlottenburg, Rechts herum.
Friedrich, Wilhelmstadt, Schauspielhaus, Der große Komet.
Weser, Der tapfere Soldat.
Waisen, Marie, die Tochter des Regiments.
Trianon, Liebesgeföhler.
Neues Operetten-Theater, Neues Operetten-Theater.
Berliner Operetten-Theater SW, Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard, Die Krieg im Frieden.
Gastspiel-Theater, Sherlock Holmes.
Bürgerliches Schauspielhaus, Schieds. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Gebrüder Perruchel, Die beiden Hündchen.
Apollo, Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol, Donnerwetter - fadellak.
Wintergarten, Spezialitäten.
Carl, Spezialitäten.
Vasaga, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Walhalla, Spezialitäten.
Folies Caprice, Insolvent. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kleines, Russland, Spezialitäten.
Gustav, Der gewollte Rechtsanwalt. Das Schindlenerne. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Parade, Siegel segelt alles. - Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rennebovns. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania, Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messias.
Gefühl 8 Uhr: Konstr. Ingenieur Kolner: Die Walswerkinindustrie.
Invalidenstraße 57/58: Direktor Dr. P. Schwahn: Die Sonne und die Planeten.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messias. Horsaal 8 Uhr: Konstr. Ingenieur Kolner: Die Walswerkinindustrie. Invalidenstraße 57/58: Direktor Dr. P. Schwahn: Die Sonne und die Planeten.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: „Kümmere dich um Amelle.“ Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, 21. März, nachm. 3 Uhr: Der Floh im Ohr.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Im Klubfessel.

Hebbel-Theater

Königsgrüher Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Die junge Welt.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenpark. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.

Venefiz: Frau Bach und Herr Bach: Marie, die Tochter des Regiments. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. 8 Uhr: Mein Leopold. Sonntag nachmitt. 3 Uhr: Dorf und Stadt. 8 Uhr: Marie, die Tochter des Regiments. Montag: Mein Leopold.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr: Donnerwetter - fadellos! Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schmitz. Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Pfaan, Thielscher.

Lessing-Theater.

Freitag 8 Uhr: Der König. Sonnabend 8 Uhr: Der König. Sonntag 3 Uhr: Resonanztag. Abends 8 Uhr: Griselda.

Berliner Theater.

Heute 7 1/2 Uhr: Einer von unsere Leut'. Morgen: Nur ein Traum.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Die fremde Frau.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Der tapfere Soldat.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, 19. März, Anfang 8 Uhr: Zum erstenmal: Der große Komet. Sonnabend: Der große Komet. Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. 8 Uhr: Aufzehenfieber.

Gastspiel-Theater.

8. Köpenickerstr. 68. 8. Zum 536. Male: Sherlock Holmes

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7-9. Heute zum 1. Male: Griseldis. Drama in 4 Akten von Fr. Sch. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag nachm.: Das Käthchen von Heilbrunn. Abends: Wilhelm Tell.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Die Braut von Messina. Ein Trauerspiel mit Sölden von Friedrich Schiller. Sonnabend, abends 8 Uhr: Charleys Tante. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ein Volksfeind. Sonntag, abends 8 Uhr: Charleys Tante.

Zirkus Schumann

Heute, Freitag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr. Große komische Vorstellung. Obrenovitch Christlich Georges Milan. Neu! 8 Personen. Neu! Theron-Truppe. !!! Nur kurze Zeit!!! Der Held des Tages !! Ettero Tiberio !! der unüberwindliche deutsche Reiter-Champion. Zum 140. Male: der Golo, Seeräuber. Sonntag in drei Vorstellungen umgelagert Golo, Paol, Tiberio, Milan, Theron-Truppe, d. Königstuch, drei Affen. Nachm. ein Kind unter 10 Jahren frei.

Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-saal Moabits. Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.) Sonntag, den 21. März 1909: Das Stiftungsfest. Schwank in 3 Akten v. G. v. Moser. Anf. d. Vorf. 7, Kassenschluss 6 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz. Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags im Theater-Restaurant. Montag, den 22. März: Soltes der Zwillinge Sänger.

Brunnen-Theater

Babstraße 58. Direktion: Willi Volgt. Freitag, den 19. März 1909: Dornus Rest. Volksstück m. Gesang in 3 Akten von Hugo Schulz. Kassenschluss 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser

Direktion Wilhelm Reimer. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsch. Sänger und Tanz. Ausgewähltes Programm. Beg. Sonnt. 5, wochent. 8U. Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Sonnabend, den 20. März 1909: 225/11* **Feier des 20jährigen Bestehens** im Palast-Theater, Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße. :: Konzert :: Spezialitäten :: Theater :: Festrede :: Massengesänge ausgeführt von Gesangsvereinen des Arbeiter-Sängerbundes. Anfang abends 8 Uhr. Eintrittskarte 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Ab 1. April a. e. befindet sich mein Geschäft

Neue Königstr. 70, im Hause des Postamt 43. **Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, :: dicht am :: Alexanderplatz. Telefon: Amt VII, 4730. **Billigste Einkaufsquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken.**

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.  **Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.** BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen. **Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.**

HERREN KLEIDUNG KNABEN KLEIDUNG S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36

Großer Zuckermangel in Sicht Wer sich für die, von den Handels- u. Börsenzeitungen vollständig falsch beurteilte und daher zu Katastrophen führende, Lage der internationalen Getreide-, Kaffee- und Zuckermärkte zuverlässig unterrichten, daraus Vorteile ziehen, sich vor Unberrasungen schützen, vor Schaden bewahren will, verlange - umsonst und postfrei - die von Kaufmann Michael Proestler in Würzburg verfassten 27. Jahrbücher.

Palast-Theater Burgstraße 24, 3 Minuten vom Bahnhof Börse. Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. 10. März: Das gänzlich neue Elite-Programm. **10 Kunstkräfte allerersten Ranges. Zigeunerfriedel.** Schauspiel in 1 Akt. Vorzugskarten wochentags gültig zu halben Preisen überall gratis.

Reichshaller-Theater Stettiner Sänger. Zum 130. Male: **Der Kompagniehall** Anfang wochent. 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. **Casino-Theater** Postfänger Str. 37. Täglich 8 Uhr. **Bis Freitag, den 2. April: Rußland.** Sonnabend, den 3. April: Zum erstenmal: **Ackermann.** Sonntag 4 Uhr: **Winter Gräber.**

W. Noacks Theater Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16. Auf vielfachen Wunsch: **Berrat und Liebe** oder: **Die Giftmischerin.** Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend: Gr. Extravortstellung: Farinelli oder: König und Sänger.

Bilthner-Saal. Blüthner-Orchester. Sonntag, 21. März, 7 1/2 Uhr: **Populäres Konzert.** Dirigent: Ferdinand Neisser. Solist: Olga Weltmann (Klav.). Emil Severin (Gesang). A. d. Progr.: Weber: Jubel-Ouv. Löwe: Douglas, Ballade, instrum. v. Kaun. Schubert: List: Wanderer, Fantasie. Hofmann: Monolog a. d. Oper Aennchen von Tharau. Karten a. 1.50, 1.-, 0.75 b. Bote & Bock, Wertheim usw. Orchesterbureau Lützowstr. 76. Tages- und Abendkasse am Konzerttage. 980/15* Donnerstag, 25. März, 8 Uhr: **XXII. Sinfonie-Konzert.**

Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. **Insolvent.** Waffe von L. Tauffstein. **In lauschiger Nacht.** Burleske von W. Gerike.

Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer, Eisenstraße 1. **Steidl** Brückenstr. 2, Jannowitzbr. Täglich 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Die **Fritz Steidl-Sänger.** Parterre-Rest. Entree frei. Urliche Stimmung a la Brady. Bier-Kabarett u. Berl. Spatzen. Entree frei.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tacianu.
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelszene.
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige
Variété-Programm!
14 erstklassige Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
Prinzeß Fassie
die Amazonen-Königin
m. ihr wilden Leibgarde.
Das blaue Weib,
das Opfer unbarmherz. Tötung.
Alles ohne Extra-Entree.
Papus der Mann in
der Flasche!
Heute 7. Tag!
Puls: normal. Befinden: unveränd.
Tag u. Nacht zu sehen!

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
Täglich:
Gr. Bockbierfest.
Baron Mueckis Bauernkapelle.
Original-Garmisch-Partenkirchner
Sänger und Schupplattler.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Sensationelle Prämierungen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Das verliebte Pensionat
Operette
Stöpfes Brautfahrt
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Königsstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich: Franz Sobanski,
Euer und Berad, Grotesk-Duo,
Jau Rudolphi, Drahtseilkünstler,
The 3 Snyborgs, Balanc Reuheiten:
Ernst Grab, Elna Wöhren, Bernhard
Warr, Lola Grab.
Hackeborn & Co.
Edwanz in 1 Akt.
Nach der Vorstellung: Rittmoos,
Sonabend, Sonntag 2 u. 3.
Donnerstag, den 25. März: Benefiz
für F. Sobanski. Anfang 7 Uhr.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.
Heute von 1 1/2 bis 4 Uhr geschlossen.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
enorm
billig!

Damen-Paletots
Kostüme
Kostümröcke
Blusen
Staubmäntel
Mädchen-Paletots
Robert Baumgarten
Hausvoigteiplatz 11
I. Etage
(an der Jerusalemstr.)
Bei Vorzeigung dieses In-
sertes an der Kasse werden
5 Prozent
Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet!

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische
Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundenschaft.

Jugendversammlung!
Sonntag, den 21. März, abends 6 1/2 Uhr, in den Irminhallen, Kommandantenstr. 58/59:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Frank aus Mannheim über:
Märzgedanken.
Im Anschluß an die Versammlung: Rezitationen von Frä. Maria Holzger. Gemeinsamer Gesang.
Zu dieser Versammlung sind alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen herzlich eingeladen.
Der Jugendauschuh für Groß-Berlin.
Sonntag, den 28. März, abends 6 Uhr, in den Prachtzügen Nord-West, Moabit, Wielestraße:
Große Jugendfeier.
J. u. W. Schenk.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große März-Programm.
17 schottische Hochländer 17
milliarische Lieblingen und die
übriegen Spezialitäten.
Im Tunnel: Jap. Blumenfest. Regi-
mentstanz. Theaterfest. Bad. Feintr.
Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annonc. 42/3
Täglich: Auftreten von nur er-
stklassigen Spezialitäten bei gänzlich
freiem Entree, auch Sonntags.
Sonabend und Sonntag
nach der Vorst.: Gr. Freitanz-
Kinematograph.

Wichtig für Hausfrauen!
Wir eröffnen am Sonnabend, den
20. März 1909:
Weißburgerstr. 15
einen Fleisch- u. Wurstverkauf
wie geschlachtetes Geflügel und Wild.
Es wird unser Bestreben sein, nicht
nur für beste Ware zu den billigsten
Tagepreisen zu sorgen.
Hochachtungsvoll J. Markurtz & Co.

JOSETTI JUNO
CIGARETTEN
sind von so ausgesprochener Eigenart in Qualität
und Charakter, dass sie eine Klasse für sich bilden.
Sie repräsentieren die günstigste Zusammen-
stellung aller guten Eigenschaften, die Cigaretten
überhaupt besitzen, sodass sie mit vollem Recht
als beste Marke der 2 Pf. Preislage geschätzt
werden.
Josetti-Junio m. u. o. Mundstück
10 Stck. 20 Pf.
Josetti Cigarettes · Josetti Cigarettes



B.F. ist B. FEDER
das größte Waren- und Möbel-Credithaus Deutschlands.
Centrale: Brunnenstrasse 1 | Filiale: Frankfurter Allee 89
direkt am Rosenthaler Thor. | gegenüber Wögl. u. Königsberger Str.
■ Unter kulantesten Zahlungsbedingungen ■
Herren-Damen-Kinder-Garderobe
Manufakturwaren :: Kleiderstoffe :: Seidenstoffe :: Wäsche :: Inletts :: Dreil,
Toppiche, Bettvorleger, Gardinen, Stores, Tischdecken,
Chaiselongue- u. Steppdecken, Betten, Bettfedern etc. etc.
Möbel und Polsterwaren
Einzelne Stücke, sowie komplette Wohnungs-Einrichtungen
in großer Auswahl und jeder Preislage.
10% der geleisteten Anzahlung erhält Jeder
sofort gutgeschrieben, der sich nach ge-
sehenem Einkauf auf dieses Inserat
bezieht. 10%
ALLES AUF KREDIT!

Arbeiter-Gesangverein „Nord“.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 17. März
stark plötzlich unser altes Mit-
glied, der Tischler
Karl Domnick.
Der Dahingeshiedene war uns
stets ein fröhliches, treues Mit-
glied. 60/7
Ruhe ihm die Erde leicht sein!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Pantomer Gemeinde-
friedhofs in Schönholz aus statt.
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
leider zu früh dahingeshiedenen lieben
Vannes, unseres guten Vaters
Franz Rehbein
sagen wir auf diesem Wege unseren
innigsten Dank.
Witwe Rehbein nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
senden sowie die sinnreichen Worte
des Herrn Küster bei der Beerdigung
meines lieben Vannes, sage ich allen
Verwandten, Freunden und Bekannten,
insbesondere dem Gesangsverein der
Kohler und den Mitgliedern des
Vollvereins meinen herzlichsten Dank.
Witwe Emma Behrend.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und
die Kranzsenden anlässlich der Be-
erdigung meines lieben Vannes,
unseres guten Vaters, sagen wir
allen Freunden, Bekannten und Ver-
wandten, insbesondere den Mit-
gliedern des Vollvereins Nordost,
des Sparvereins „Einigkeit“ und des
Gesangsvereins der Kohler (Sektion
der Väter) unseren besten Dank.
Berta Rauh und Kinder.

Dankfagung.
Sage hiermit allen Freunden und
Bekanntem, insbesondere dem Gesangs-
verein „Kreuzberger Harmonie“, dem
Spar- und Kreditverein „Einigkeit“,
sowie der Ordner-Kommission der
„Freien Volkshalle“ (6. Abteilung)
meinen besten Dank für die rege
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vannes. 15155
Witwe Anna Zinke
nebst Kindern.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren
zum Sonntag, den 21. März.
1. Abt. 2 Uhr: Schmargendorf.
Start: Bülowstr. 58.
2. Abt. 1 Uhr: Gadenfelde (Volksgarten). Start: Fontanepromenade 18.
3. Abt. 8 Uhr: Zehlendorf (H. Grab). 1 Uhr: Glenteide bei
Hermesdorf (Schulz). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 8 Uhr: Oranienburger-Sand-
hausen. 2 Uhr: Wilhelmstrub. Start:
Kästriner Platz.
5. Abt. 2 Uhr: Wilhelmstrub.
Start: Gieseler.
6. Abt. 1 1/2 Uhr: Advenit (Ge-
sellschaftshaus). Start: Oberberger
Straße 28. 10/6
7. Abt. 2 Uhr: Franz Buchholz
(Köhne). Start: Adoliner Straße 8.
8. Abt. 1 Uhr: Tempelhofer (Wil-
helmsberg). Start: Didenburger
Straße 34.
9. Abt. 1 1/2 Uhr: Ostfischgarten.
Start: Schillingstr. 15.
10. Abt. 2 Uhr: Wilhelmstrub
(Träger). Start: Weberstr. 17.

Achtung! Gutesgenossen!
Freitag, den 26. März, bei Keller,
Koblenstr. 29:
Fortsetzung der Versammlung
für Groß-Berlin.
Unser Fahrradhaus „Frisch Auf“.

Charlottenburg
F. Kunstmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren

Wir empfehlen:
Kürschner's Jahrbuch
Welt- und Zeitspiegel,
Kalender, Geograph.-
Statistisches Handbuch
und Verkehrslexikon
1909
Preis 1.- M.
Königs
Illustriertes Jahrbuch
der Erfindungen und
Entdeckungen, 1909.
Mit 135 Abbildungen |
Bearbeitet unt. Mitwirkung
hervorragend Fachmänner
von P. Hack.
Preis 1,20 M.
Expedition d. „Vorwärts“
BERLIN SW.,
Lindenstr. 69 (Laden).

Unserem lieben Genossen [5112
Fritz Ortmann und Braul
zu ihrer Vermählung die besten
Glückwünsche.
Die Gruppenführer des 17b Sc-
irks Nordost.
W. P. O. G. K. Sch. 1. Sch. A. L.
K. N. F. P. A. F.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Strelauer Viertel.
Bezirk Nr. 340.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Tischler

Louis Hempel
(Rüdersdorfer Straße 21)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Pantomer Gemeinde-
friedhofs aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Tischler
Louis Hempel
am 16. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 19. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Pantomer Gemeinde-
friedhofs aus statt.

Ferner starb unser Kollege, der
Tischler
Karl Domnick
am 17. März.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Pantomer Gemeinde-
friedhofs aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
80/19 Die Ortsverwaltung

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Strelauer Viertel.
Bezirk Nr. 351a, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Buch-
druckerei-Arbeiter

Karl Hahn
Königsbergerstraße 38
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonabend, den 20. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
haus aus nach dem Samariter-
Kirchhof in Wilhelmshagen statt.
216/15 Der Vorstand.

**Verband der Buch- und
Steindruckerei-Arbeiter u.
Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.
Am 17. März früh 8 Uhr nach
nach sechsundzwanzigstem Kranken-
lager unser Mitglied der Buch-
arbeiter 27/4
Karl Hahn
an der Proletarierkrankheit. Ein
ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Ortsverwaltung Berlin.
Die Beerdigung findet am
Sonabend, den 20. d. Mts.,
nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
haus Samariterstr. 38 nach dem
Rixdors-Kirchhof in Wilhelmshagen
statt. 27/4

**Verband der Kupferschmiede
Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 16. März verstarb nach
kurzem Leiden unser langjähriger
Mitglied, Kollege
F. Hammarberg.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirchhofs
in Behrensee, Falkenberg Weg,
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Filialverwaltung.

Bekanntmachung.
Am 25. März 1909 wird die Be-
triebs-Krankenkasse der Stadt
Berlin nach Alexanderstr. 39/40,
Alexanderplatzpassage, I. Hof, rechts
I. Aufgang, 2 Treppen, verlegt.
Wegen dieses Umzuges bleibt die
Kasse am 25. und 26. März 1909
geschlossen. 271/9
Berlin, den 16. März 1909
Der Vorstand
der Betriebs-Krankenkasse der
Stadtgemeinde Berlin.
gez. v. Schulz.

An den Gräbern der März kämpfer.

Noch lagen die Schatten der Dämmerung über dem weissen schneebedeckten Park, als es bereits auf den einsamen Wegen sich zu regen begann. Einzeln und in kleinen Gruppen trafen sie mit Kränzen beladen ein. Hinter den dunklen Stämmen, deren Konturen sich haarscharf von der blendend weissen Schneefläche abzeichneten, blinkten hier und da die Helmspitzen der Schutzeute auf. Weisheiß breitete sich die Morgenstille über die idyllische Stätte der Toten, nur von der gedämpften Unterhaltung der Ankommenen unterbrochen. Von fern drang das Geräusch der erwachenden Großstadt, das schrille Klingeln der Straßenbahn und das dumpfe Rattern schwerer Lastwagen verschwommen herüber. Unmählich wurde es heller und belebter. Blutrot kämpfte der leuchtende Sonnenball sich seinen Weg durch den dünnen, süßrigen Nebelschleier und grüßte mit flammendem Auf die schlummernden Opfer der Reaktion. Immer zahlreicher folgten die Besucher, Frauen und Männer. Und schon waltete der Polizeioffizier mit der großen Schere seines wichtigen staats-erhaltenden Amtes.

Mit erstaunlicher Routine überflogen die Blicke des Bestrengten die Inschriften auf den Schleißen nach Thron und Altar umstürzenden Sprüchen. Schon um 8 Uhr begann sich die Menge zu stauen und reichte sich dichtgedrängt längs des Weges auf. Die Schutzeute versahen das höchst überflüssige Amt des Ordners. Die Menge selbst hielt musterhafte Ordnung. Immer reichlicher folgten die Kranzpenden, oft sah man mit Kränzen bedeckte Droschken heransfahren, und die Augen der Wartenden unterzogen sich der nicht immer leichten Aufgabe, die Inschriften zu entziffern. Sensation erregte ein alter Arbeiter, der mit dem — eisernen Kreuz geschmückt seine Schritte nach der Schlummerstätte der gemordeten Freiheitskämpfer lenkte, ein Umstand, der zu den gelungensten und treffendsten Glossen Veranlassung bot. In den Mittagstunden häufte sich der Andrang zu den Gräbern der Märzgefallenen ganz gewaltig. Viele hatten die Offendpaufe benutzt, um in aller Eile daselbst einen flüchtigen Besuch abzustatten. Besonders aber lockte die lachende Miene des demokratischen Wettergottes Taufende aus den fernsten Stadtteilen herbei.

Gegen Mittag fuhr ein 7 Wagen mit Kränzen von der „Demokratischen Vereinigung“ vor. In den Nachmittagsstunden nahm die Menge der Besucher noch erheblich zu und noch am Abend, kurz vor Loreeschluß, stand die Menge bis hinaus an die Landsberger Allee. Jemand welche Zwischenfälle waren im Laufe des Tages nicht zu verzeichnen. Kurz vor 6 Uhr abends soll, wie man uns mitteilt, ein größeres Polizeiaufgebot den Friedhof betreten und die noch anwesenden Besucher vom Friedhofe gedrängt haben.

In der Umgebung des Schlosses waren die Polizeiposten verstärkt, nicht gerade auffällig, nur wie zur Vorsicht, als gehöre sich das so am 18. März, an jenem Tage, der einmal den Hohenzollernthron ins Wanken brachte. Man konnte nicht wissen, ob etwa vom Friedrichsplatz her ein Gewitter heraufziehen mochte, und da stellte man an verschiedenen Punkten, besonders auf den Brücken, der Kurfürstlichen, der Kaiser-Wilhelm- und der Friedrichs-Brücke, wo sonst ein Schutzmännchen genügte, deren zwei, drei und vier auf. Im Schloßhof stand noch eine Menge Schutzeute bereit, um augenblicklich zu Abwehrmaßnahmen schreiten zu können, falls man solche für notwendig hielt. Und als gegen 4 Uhr ein militärisches Schauspiel, die Einbringung von Fahnen, Reuigerie anordnete, erschienen sofort einige Reihen Schutzeute und sperrten den Platz vor dem Schlosse ab. Die Brücken blieben noch lange Zeit besetzt und die Posten langweilten sich redlich.

Die Zensur, welche die Polizei über die Aufschriften der Kranzschleißen ausübt, wurde diesmal mit einer gewissen Milde gehandhabt, die auffallend absieht von der unverschämlichen Konfiskationswut, der in den Vorjahren so manches Plakat nicht nur aus den Werken unserer Freiheitsdichter sondern auch Worte deutscher Klassiker zum Opfer gefallen sind. War es der Einfluß einer milden Stimmung oder die Folge besserer Einsicht, was den Zensur bewog, alle die bekannten Verse und Dichtertexte, die er sonst mit energischem Schnitt von den Kränzen trennte, diesmal ungehindert passieren zu lassen? Vielleicht hat man auf der Polizei doch endlich begriffen, daß sie sich selbst der Lächerlichkeit preisgibt, wenn sie Dichtertexte konfisziert, die seit Jahren Allgemeingut der deutschen Nation geworden sind. Aber ganz ohne Konfiskationen ging es auch heuer nicht ab. Die Obrigkeit trägt das Schwert und der Zensur die Schere nicht umsonst. Hier und da hat er doch einige Aufschriften abgeschnitten. Man glaube aber nicht, daß die konfiszierten Worte ganz besonders gefährlich waren. Im Gegenteil. Sie sind so wenig aufreizend, daß man sich vergebens den Kopf zerbrechen würde, wenn man nach dem Grunde der Konfiskation forschen wollte. Ja, wir glauben, daß der Zensur selbst in Verlegenheit kommen würde, wenn er jede Konfiskation begründen müßte. Was würde der Mann mit der Schere wohl sagen, wenn man ihn fragen würde, weshalb er von einem Kranze, den die Arbeiter aus einigen Fabeln in Charlottenburg trugen, die Widmung abschchnitt:

„Der Staat muß untergehen früh oder spät, wo Mehrheit herrscht und Unversand entscheidet.“

Dem Schicksal der Konfiskation verfielen, soweit wir sehen konnten, die Kranzwidmungen von Arbeitern der Firma A. Vorfig, der Firma Bergmann, der Redaktion des Anarchistenblattes „Der freie Arbeiter“ sowie einzelner anarchistischer Vereinigungen. Unschonend hat nur der launische Zufall entschieden, was ordnungswidrig und was als ungefährlich zu gelten habe. So passierte es den Arbeitern der Firma Blohe, daß ihnen folgende Widmung konfisziert wurde:

„Noch ist kein Meist so hoch gekrönt, So anderwärts kein ird'scher Mann, Daß wenn die Welt nach Freiheit dürstet, Er sie mit Freiheit tränken kann.“

Als der Beamte die Schere ansetzte, um diesen Vers zu entfernen, machte sich der Ueberbringer den Scherz zu merken: „Aber das ist ja ein Vers von Schiller.“ — „Das weiß ich“, antwortete der Beamte ohne Zögern. Der Schallhölzer Ueberbringer des Kranzes lachte, denn er wußte, daß das Plakat aus einem Gebiete von Ludwig Ublond herrührt. — Im ganzen mögen es sechs bis acht Konfiskationen gewesen sein, mit denen sich der Zensur diesmal begnüge. Eine wirklich auffallende Verschwendung im Vergleich zu seinem Verhalten in den Vorjahren. Den Besuchern des Friedhofes war es also vergönnt, wirklich revolutionäre Dichtertexte von den Kranzschleißen abzulesen. Das hat der Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Preußen natürlich nicht den geringsten Abbruch getan.

In großer Zahl bedecken die Kränze mit ihrem feuchten Grün die winterlich lahlen Stränder. Glühendrot leuchten die breiten Bänder im Strahl der Märzsonne. Mit goldenen Lettern blühen die Widmungen den Ruhm der Freiheitskämpfer. Außer den Kränzen, welche die Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Klassenbewußten Proletariats gesandt haben, sind von den Arbeitern einzelner Fabriken, besonders der Metallindustrie, einiger Druckereien und sonstiger Betriebe Kränze gesandt worden. Daneben finden sich Kränze von Turn- und geselligen Vereinen sowie von Patienten der Heilstätten Beetz und Heinersdorf. — Die Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften, die früher verhältnismäßig zahlreich an der Führung der Märzgefallenen teilnahmen, sind diesmal nur durch wenige Kränze vertreten, darunter ein sehr großer von Gewerkschaftsmitgliedern aus den Betrieben der A. G. S. — Eine neue Erscheinung an den Gräbern der Märzgefallenen bilden in diesem Jahre die Kränze der demokratischen Vereinigung mit Schleißen in den Farben schwarz-rot-gold. Solche sind da aus den Berliner Werkstätten, aus etwa acht Vororten sowie aus Ragdeburg, Adin, Dortmund, Warmen-Eisfeld, Frankfurt a. M., Nachen, Breslau.

Im ganzen sind etwa 200 Kränze niedergelegt worden. Der vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gependete Kranz trägt die Widmungsworte: „Den Kämpfern für Freiheit und Recht.“

Der Kranz der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses zeigt die Aufschrift:

„O fleht gerüstet, seid bereit, O schaffet, daß die Erde, Darin wir liegen strack und starr Ganz eine freie werde.“

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins hat einen Kranz niedergelegt mit der Widmung:

„Ihr konntet sterben mit ruhigem Sinn, Wir haben das Banner erhoben Und legen das hehre, das stolze nicht hin, Eh' nicht die Feinde zerstoßen.“

Ein von der Redaktion des „Vorwärts“ gestifteter Kranz trägt die Worte Herweghs:

„Reich der Reichen, da stehst du, jubelnd! Aber wir Armen, verkauft und verraten, Denken der Proletariaten. Noch sind nicht alle Märgen vorbei.“

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat einen Kranz namens der ihr angeschlossenen Gewerkschaften niedergelegt. Sie trägt die Aufschrift:

„Aber alle anderen sollen Schweigen, Wenn sich Männer ihrem Volke zeigen, Schweigen sollen sie und lernen Wie man näher wandeln nach den Sternen, Scheu mit keinem Urteil sich verleihe, Wer herum noch stümpert in der Tiefe, Blaubt ihr denn, ihr lahmen Krüppelwächter, Daß die Welt nach eurer Weisheit richte?“

Auch Gewerkschaftsschule und die Parteischule haben Kränze gestiftet.

Die Tabalarbeiter Groß-Berlins mit ihren Hilfsarbeitern nahmen Bezug auf die sie bedrohenden Steuerpläne. Sie schrieben auf ihren Kranz die Widmung:

„Trotz Vernichtung zehntausender von Existenzen durch Zoll und Bundessteuer gedenken wir Cuen.“

An die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit erinnert die Widmung eines Kranzes von Arbeitern einer Telephonfabrik:

„So wird es kommen, eh' ihr denkt, Das Volk hat nichts zu beigen, nichts zu brechen, Durch seine Lumpen pfeift der Wind, So nimmt es Brot und Arbeit her.“

Die meisten Widmungen knüpfen unmittelbar an die Märzämpfe an und geben der Erwartung des Sieges der Freiheit Ausdruck. Meist sind es Bitate aus bekannten Gedichten Dertochs und anderer Freiheitsdichter, sowie Worte aus Schillers Lied, die in früheren Jahren stets der politischen Zensur verfielen, heute aber weithin im Frühlingssonnenlicht leuchten und dem Empfinden Ausdruck geben, welches Kämpfende und Abertausende von Proletariern treibt, am Gedenktage des Freiheitskampfes die Grabstätte der Revolutionshelden zu besuchen und sich zu geloben, mitzuarbeiten und mitzukämpfen an der Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideale, mitzuarbeiten an der Verbesserung des Menschenlozes, wie es ausgedrückt wird in dem Dichtertext, welches die freionisierten Arbeiter der Schwarzkopfschiff-Fabrik auf ihre Kranzschleiße setzten:

„Fremdlos schreitet Ihr durch's Leben, Doch nicht immer soll's so sein, Unser Ringen, unser Streben Willt dem Lebenssonnenschein. Immer fester schließt die Reihen, Immer reicher streut die Saat, Unser Glaube wird uns weihen, Unser Wollen und befreien Und der Tag des Sieges naht.“

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die neue Lokalliste erscheint Anfang April. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuabnahmen bis spätestens Sonntag, den 21. März, an die nachbezogenen Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Wartsch, NW. 23, Leisingstraße 32.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Wärowaldstraße 47.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 93.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 24, Strahmannstraße 29.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Duergeb. part.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Heckerländer Straße 17, II.
Für Nieder-Darnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Wilmersdorfer Straße 24.
Für Zeltow-Weesow an den Genossen Karl Roffe, Rixdorf, Seelower Straße 15—16, IV.
Für Potsdam-Döbberland an den Genossen August Paris, Westin, Lützenstraße 17.
Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Am das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokallistenangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. — Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefaßten Beschlüssen hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder

unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgelommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 21. März einkaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokallistenangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einkommen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Verzügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henschel, Berlin N. 58, Heckerländer Straße 17, II.

Achtung! Häuserwahlkreis. Am Sonntag, den 21. März, von 8 Uhr früh an, wird in der ersten, zweiten und dritten Abteilung des Kreises das Frauenflugblatt verbreitet. Wir erwarten, daß sich die Genossen und Genossinnen zahlreich in den Bezirkslokale einfänden, damit die Verbreitung prompt und schnell erledigt wird. Der Vorstand.

Der sozialdemokratische Wahlverein des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises feiert am Sonntag, den 20. März, im Ballhausplatz, Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße, das fest seines 25-jährigen Bestehens. Ein reichhaltiges Programm verspricht einen genussreichen Abend. Der Eintrittspreis von 25 Pf., an der Kasse 30 Pf., erlaubt es auch den Mitglieder, auf einige Stunden die alltäglichen Sorgen zu vergessen. Mögen die Parteigenossen von der Gelegenheit regen Gebrauch machen.

Rixdorf. Am Sonntag, den 21. März, morgens 8 Uhr, findet eine Flugblatt- und Handzettelverteilung statt. Damit die Arbeit schnell von staten geht, wollen die Parteigenossen sich rechtzeitig in den einzelnen Bezirkslokale einfänden. Der Vorstand.

Schöneberg. Der Diskutierabend über das kommunistische Manifest findet heute Freitag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, bei J. Wieloch, Brunenwaldstr. 110, statt.

Gleichzeitig weisen wir auf das am Sonnabend, den 20. d. M., in den „Neuen Rathauskafé“, Weininger Straße 8, stattfindende Winterbergjagen hin und ersuchen um zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Wilmersdorf-Dalensse. Heute Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr, findet für Dalensse eine Handzettelverteilung zu der am Sonntag, den 21. März, stattfindenden Versammlung statt. Die Genossen des I. und II. Bezirke haben sich bei Wenzel, Kurfürstendamm, diejenigen des III. Bezirke bei Wegner, Johann-Georg-Straße 13, einzufinden.

Britz-Buckow. Sonntag nachmittag 3 Uhr findet im „Landsbau“, Chausseestraße 97, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Handzettel- und Flugblattverteilung. Der Vorstand.

Königs-Wasserhansen und Umgebung. Die Parteigenossen sowie deren Angehörige werden hierdurch auf den am Sonntag, den 21. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wedhorn stattfindenden Ballotte-Abend aufmerksam gemacht. Der Bildungsausschuß hat sich bemüht, ein gutes und reichhaltiges Programm zusammenzustellen. Es werden daher auch die Genossen der umliegenden Ortlichkeiten ersucht, sich einige genussreiche Stunden zu verschaffen. Die Bezirksführer wollen die Villetis am Sonntag mit dem Genossen Grundig abrechnen. Der Vorstand.

Hohen-Neuendorf. Am Sonnabend, den 20. März, veranstalten die Genossen von Hohen-Neuendorf und Stolpe einen Unterhaltungsabend im Lokal von P. Schmitz, Rixwaldstr. 45. Es wird ersucht, für regen Besuch Sorge zu tragen.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, findet eine Volksversammlung im Lokale des Herrn Vösch statt. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag des Reichstagsabgeordneten A. Stadthagen über: „Deutschland in der Welt voran“. Die Vertretungswahl. Die Nieder-Schönhauser Genossen treffen sich um 1 Uhr bei Dr. Vogel, Nordend, zur Fabelverteilung.

Schönerrinde. (Bezirk Panlow.) Am Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Sperliessischen Lokal eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Konrad Bruns spricht über: „Die wirtschaftliche Lage und die Landarbeiter“. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde die Beratung des Stadthaushaltetats fortgesetzt. Bei dem Etat der Gaswerke brachte Genosse Singer die von einem Beamten verübten Verrätereien zur Sprache, mit denen kürzlich das Gerücht sich zu beschäftigen gehabt hat. Seine Anfrage, ob denn die Verwaltung alles getan habe, um solche Vorkommnisse zu verhüten, wurde vom Stadtrat Ramsdau nicht sehr befriedigend beantwortet. Bei dem Etat des Straßenreinigungswesens wurde wieder mal von dem Stadtv. Goldschmidt die Gelegenheit benützt, seine „Arbeiterfreundlichkeit“ zu bekunden. Stadtv. Marggraf hielt ihm entgegen, daß die Freunde dieses Freiheitsmannes seine „Arbeiterfreundlichkeit“ leider nicht mitmachen. Unsere Genossen Hynke und Pfannkuch ergänzten diese Festnagelung durch ausführlichere Darlegungen über die echt-freimüthige Art, in der die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung so oft die von der sozialdemokratischen Fraktion gegebenen Anregungen zur Arbeiterfürsorge behandelt hat. Da hierbei auch Herr Goldschmidt selber nicht gerade gut wegkam, so machte er den Versuch, sich zu wehren, und es kam dann zu einem lebhaften Hin und Her. In der ausgedehnten Debatte beteiligte sich auch Stadtv. Rosenow, der diesmal nicht das „gute“, sondern das „volle“ Herz rühmte, daß die Stadt für ihre Arbeiter habe. Für den Magistrat sprach zunächst der Rämmerer Steiniger und später auch noch der Oberbürgermeister Rixchner, der von Hynke durch eine Anspielung auf die Magistratsgehälter gereizt worden war. Das letzte Wort hatte Herr Goldschmidt, der damit schloß, die Gemeindefürsorge seien immer darauf angewiesen, wie die liberale Mehrheit denke. Stimmt leider nur zu sehr! Auch bei dem Etat der Wasserwerke erfuhr man's aufs neue, daß die Arbeiter, deren Beschwerden und Wünsche hier vom Genossen Wehl vertreten wurden, auf die Gnade der liberalen Mehrheit angewiesen sind und

Stadtverordneten-Versammlung.

Am Mittwochabend um 5 Uhr wurde die Beratung des Haushaltsplans für 1909/10 begonnen. Zuvor stimmte die Versammlung der Vorgebung eines weiteren Teils der 22 Millionenanleihe in Höhe von 15 Millionen Mark zu; die Sparkasse der Stadt Rixdorf hat sich zu einem Darlehen in dieser Höhe gegen eine vierprozentige Verzinsung bereit erklärt.

Es folgt die Erstattung des Verwaltungsberichts für 1908. Hierzu hat der Magistrat den Antrag gestellt, die Drucklegung des Berichts nicht mehr wie bisher alljährlich, sondern nur alle 2 Jahre zu bewirken. In den dazwischen liegenden Jahren soll mündlich berichtet werden. Infolgedessen referiert Oberbürgermeister Koller über die Verwaltungsangelegenheiten des Jahres 1908. Er führt unter anderem aus: Die schwere Krise hat auch die Stadt stark mitgenommen. Die Hausgrundstücke haben nur um 4 Proz. (gegen 13,5 Proz. im Jahre 1907) zugenommen. Nur um 7 Proz. (1907: 10 Proz., 1908: 13 Proz.) hat die Bevölkerung zugenommen. Mehr als 25 000 Einprüche, Stundungen und Ermäßigungsanträge hatte die Steuerverwaltung infolge der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die gleiche Ursache hat die Armenverwaltung stark herangezogen. Redner hofft, daß nun aber wohl Besserung in der Konjunktur zu erwarten ist. Eine neue Volksschule konnte eröffnet werden; eine weitere ist im Bau. Mehrere Grundstücksankäufe für hässliche Zwecke wurden perfekt, ebenso der Ankauf des Elisabeth-Kinderspitals in der Hasenheide. Die Inbetriebnahme des Krankenhauses in Sudow wird voraussichtlich am 1. Oktober erfolgen können. Ein erstrebtes Bild zeigt die Gassenflut, deren Ueberschuß das Soll um 50 000 M. übersteigt. Auch der Ertrag der Märkte war günstig. Der städtische Lammfleischbetrieb hat sich gebessert, da der Zuschuß auf 15 000 M. herabging. Ganz unhaltbar sind die Zustände im Straßenbahnwesen. Eine einzige Linie ist hinzugekommen; irgenbwohine Jugendliche sind von der Großen Berliner Straßenbahn abgehängt nicht zu erlangen. Hier wird nur der Zusammenschluß der Groß-Berliner Kommunen helfen. Die Höherlegung der Ringbahn dürfte in 3 Wochen in Angriff genommen und alsbald die neue Haltestelle am Schnittpunkt der Kaiser-Friedrichstraße zur Tafelstraße werden. Wegen der Untergangsbahn sind die Verhandlungen im vollen Gange, um die so notwendige Schnellverbindung mit Berlin so schnell als möglich zu erlangen. — Zum Etat sind wachsend, bebauerte Redner, daß dieser ohne neue Einnahmequellen nicht balanciert werden kann. Die Schulkosten sind 1909 auf 2 200 000 M. belaufen gegen 1907 mit 1 195 000 M. und 1908 mit 1 868 000 M. Ganz erhebliche Mehraufwendungen wurden beantragt durch die Erhöhung der Polizeikosten, Aufbesserung der Lehrergehälter, die Kapital- und Schuldenverwaltung, das neue Krankenhaus. Diese Ausgaben sind sämtlich laufende, so daß neue Steuern bezw. Erhöhung schon vorhandener zur Deckung nötig sind. Vor dem Angreifen der Sammelfonds muß gewarnt werden; es entspräche ein solcher Etatausgleich nicht den Gepflogenheiten vorläufiger Kaufleute.

Stadt. Abraham pflichtet dem Oberbürgermeister in seiner optimistischen Auffassung der wirtschaftlichen Lage bei. Steuererhöhungen mühten möglichst vermieden werden. Weber die Schankkonzessionssteuer noch die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer auf 3 pro Tausend über und 6 pro Tausend für unbebaute Grundstücke ist ablehnend. Der Grundbesitz, der genug unter Substantiation leidet, muß gespart werden. Die Sammel- und Ausgleichsfonds können wohl zur Deckung des Defizits herangezogen werden. Im übrigen muß der Gedanke eines Zweckverbandes von Groß-Berlin umfassender gestaltet werden, um die wachsenden Gemeinden mehr zu den allgemeinen Kosten (Schuldenaufwendungen) des Ganzen heranzuziehen. Er fürchte allerdings, daß dabei nichts herauskommen dürfte.

Stadt. Groger (Soz.) bemängelt das Fehlen des gedruckten Verwaltungsberichts, den die bei der Rathauswache herausgelommene Festschrift keineswegs ersetzen kann, wie der Magistrat es in seiner Begründung behauptet.

Stadt. Wulz (Soz.) wendet sich eingangs seiner längeren Ausführungen gegen die bei früheren Sitzungen der sozialdemokratischen Fraktion nachgesagten Stuppellosigkeit bei Stellung von Anträgen, welche große Kosten verursachen, um deren Deckung diese sich aber nicht kümmern. Dieser bedauerliche Umstand hat seit dem für die Geschichte Rixdorfs äußerst traurigen 17. Dezember 1908 sich dahin entwickelt, daß man mit Unkenntnis von der „Schredenherfschaft“ angeblich sozialdemokratischer Gemeindevorstellungen den Spießer gruselig gemacht hat, um das Wahlrecht auf zu beschönigen. Diesen Verleumdungen muß endlich mal entgegengetreten werden. Redner stellt nun — wiederholt unterbrochen von der bürgerlichen Mehrheit — an der Hand der Tatsachen über die Fälle Gera, Stralburg und Wülshausen i. Eis, Offenbach fest, daß gerade der sozialdemokratische Einfluß in diesen Städten Abreus mit der Korruption gemacht und dem kommunalen Fortschritt die Wege geebnet hat. Nur Niedertracht und Verleumdung vermag das Gegenteil zu behaupten; trotzdem ist es in Rixdorf Bürgervereinen geschehen. Diese „geistigen Waffen“ sind ja auch in der Stadtverordnetenversammlung bei der Beweisführung des Gummischlusses angelangt. (Zwischenrufe.) Und das, obwohl vorurteilsfreie Neuierungen aus bürgerlichem Munde über den Fleiß und die Hingabe der sozialdemokratischen Gemeindevorleiter in Rixdorf vorliegen. (Redner zitiert solche.) Das ist ja auch in Rixdorf der Fall gewesen, wo die Sozialdemokraten fleißig und immer im Dienste der Gesamtheit ihre Pflicht getan haben, allerdings unter dem für jeden Kommunalpolitiker selbstverständlichen Gesichtspunkt, die tragfähigen Schultern der Bestehenden für die Erfüllung der sozialen Aufgaben in der Gemeinde heranzuziehen. Unter diesen Voraussetzungen wird die sozialdemokratische Fraktion auch den vorliegenden Etat betrachten. Die alljährliche Drucklegung des Verwaltungsberichts ist eine Notwendigkeit für alle im kommunalen Leben Tätigen, was in erhöhtem Maße zutrifft, wenn der gedachte mündliche Bericht in der überraschenden bürgerlichen Form erfolgt, wie heute vom Oberbürgermeister geschehen. Damit kann man nichts anfangen. Ein Ausbau ist im verflochtenen Jahre vom Magistrat zugelassen worden und jetzt erhält man ein Wack. Das bedeutet den Streikgang, den die Versammlung nicht mitmachen darf. Redner wendet sich dann zum Etat und übt Kritik an der Realhöhe des Rechnungsausschlusses, der nichts Besseres mit dem Millionenetat und seinem Defizit von mehr als 400 000 M. anzusetzen wußte, als durch sogenannte „Sparsamkeit“ hier und da ein paar Hundert Mark und weniger abzustreichen, wobei die schon so mangelhaften Einrichtungen zum Schaden der Allgemeinheit am schlechtesten weggelassen und verschlechtert wurden. Selbst die Erhöhung des Gaspreises hat der Ausschuß ersichtlich erzwungen; gegen einen solchen Rückschritt muß mit aller Entschiedenheit protestiert werden. Am Schlusse der tagelangen Verhandlungen hat schließlich der Ausschuß nicht mehr ein und aus gedrückt und hat den Steuerplan mit einem Fehlbetrag von mehr als 100 000 M. liegen lassen. In solcher Planlosigkeit ist in erster Reihe der Magistrat selbst schuld, der ein ganzes Budget Steuerpläne unterbreitet hat — zur gefälligen Auswahl —, anstatt führend und fest den Weg zu weisen. Es muß überhaupt die Kommunalpolitik großzügiger angefaßt werden. Es ist Unfuss, die Politik — wie immer gesagt wird — aus der Kommune auszuscheiden. Das Gegenteil ist richtig! Die Gemeinden müssen dahin streben, daß das Reichstagenparlament in Preußen verschwindet und durch Volksvertreter Gesele gemacht werden, die nicht den Gemeinden unerschwingliche Polizeikosten usw. aufbürden, sondern für Förderung der kommunalen Kulturansätze sorgen. Senden Sie — so sagt Redner zu der bürgerlichen Mehrheit — Anhänger des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts in den Landtag, anstatt über dessen Anbelang der Kommunen hier zu phantasieren. Aber auch hier an dieser Stelle muß eine andere Steuerpolitik eingeschlagen werden, um die notwendigen Mittel zu beschaffen. Schon im vorigen Jahre wurde von einer durchgreifenden Steuerreform gesprochen, statt dessen soll wieder am Etat herumgeffickelt werden. Das muß bei den Spezialberatungen verhindert werden.

von ihr — nichts zu erwarten haben. Mißstände anderer Art waren diejenigen, die bei dem Etat der Gemeinde Friedhöfe vom Genossen Leid zur Sprache gebracht wurden. Das Leid da auf Grund der in einer Gerichtsverhandlung unter Eid gemachten Aussagen vortrug, war dem Oberbürgermeister Kirschner — „noch gar nicht bekannt“. Wenn der Magistrat sich so wenig um diese Dinge kümmert, dann kann man sich allerdings nicht wundern, daß bei dem Herrn Friedhofsinspektor Lüdke das Selbstbewußtsein sich immer mehr gesteigert hat. Bei dem Etat der Sanalisationswerke führte ein Antrag, sich durch eine Resolution für Erhöhung der Sanalisationsabgabe auszusprechen, zu einer sehr lebhaften Debatte. Wenn das Portemonnaie der Hausgrarier gefährdet ist, kommt sofort Leben in die Bude. Der eifrigste Wortführer dieser Notleidenden war diesmal Stadtd. Haberland. Für die Erhöhung trat selbstverständlich die sozialdemokratische Fraktion ein, deren Standpunkt vom Genossen Vörgmann dargelegt wurde. Aber auch bei den freisinnigen Fraktionen fand diese Forderung diesmal eine Unterstützung, wie man sie zu anderen Zeiten nicht für möglich gehalten hätte. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nun ist es Sache des Magistrats, danach zu handeln.

Gegen die Stadtverordnetenversammlung ist wegen der Gültigkeitserklärung der Wahl des Stadtverordneten Dr. Mugdan Klage erhoben worden.

Die Verhaftung der Polizei, auch der Sicherheitspolizei, forderte ein Antrag unserer Genossen im Roten Hause, der vor einiger Zeit einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen wurde. Dieser Ausschuß hat nach längerer Beratung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei den Staatsbehörden auf Uebertragung der Wolsfahrtspolizei auf die städtische Verwaltung erneut vorstellig zu werden.

Eine ärztliche Untersuchung schulpflichtiger Kinder

Schlbert uns ein Leser in folgender Zuschrift: „Meine sechsjährige Tochter ist zur Schule angemeldet. Meiner Frau wurde vom Schulvorsteher, Herrn Schaar, Müllerstraße, aufgegeben, am 15. März, vormittags pünktlich 11 Uhr, in der 276. Gemeindefschule, Müllerstraße 126a/b, sich mit der Kleinen zwecks ärztlicher Untersuchung einzufinden. Da meine Frau erkrankte, war ich gezwungen, der Arbeit fern zu bleiben und an ihre Stelle hinzugehen. Ich stelle mich also um 11 Uhr dort ein. Der Wartesaal war der Hausflur im Quergebäude des Schulhauses (Miethaus). In demselben befanden sich bestimmt 60 Mütter mit ebensoviele Kindern. Diejenigen, die keinen Platz fanden, standen auf dem Hof oder auf der Treppe, denn der Flur ist nur 1,20 Meter breit. Der Herr Schuldiener kommt; er will 11 Uhr läuten. „Meine Herrschaften, jetzt müssen Sie aber hier fort, denn es kommen hier die Kinder heraus.“ Ich fragte, ob wir nun alle nach dem Hof mühten? Antwort: „Wenn Sie wollen, ja.“ Das Thermometer stand wohl noch unter Null, denn alle Antontenden stampften mit den Füßen.

Wir drückten uns so gut es ging an die Wand, damit die Klasse, welche vom Turnen kam, vorbei konnte. Dann durften wir den Turnsaal betreten. Dieser bestand aus dem Berliner Zimmer mit Küche, natürlich ohne Scheideband; der ganze Raum war zirka 10 Meter lang, 4,50 Meter breit, 3,40 Meter hoch. Was wurde Vater Zahn zu solcher „Turnhalle“ sagen? Also in diesem Raum stampften 40—50 Kinder eine Stunde umher! Ohne den Raum zu lüften, wir alle hinein. Nach kurzer Zeit öffnet sich die Tür. Wir denken, es ist der Arzt, aber es ist der Schuldiener. „Meine Herrschaften, Sie müssen jetzt alle wieder raus, hier kommt die andere Klasse turnen.“ Da kamen auch schon die Kinder, 40 an der Zahl, und marschierten hinein. Ich fragte den Schuldiener, was denn nun eigentlich werden sollte? Antwort: „Ja, lieber Mann, ich weiß es auch nicht.“ Ich fragte, wo sich das Amtszimmer befindet, um mit dem Rektor Rücksprache zu nehmen. Nachdem er Befehle gesagt, ging ich nach dem Rektorzimmer. Im Amtszimmer befand sich der Herr Rektor und der Arzt. Ich entschuldigte mich, wenn ich stören sollte, und trug mein Anliegen dem Rektor vor; sagte ihm, daß ich um 11 Uhr herbeijelle, sei, um mein Kind untersuchen zu lassen; es ständen seit 1/2 11 Uhr zirka 60 Frauen und Kinder auf dem Hof und harrten der Dinge, die da kommen sollten. Der Rektor sagte: „Ich weiß auch nicht, was ich machen soll, denn mir ist nichts bewußt, daß heute die Untersuchung ist. Er habe keine Klasse frei und der Turnsaal sei auch besetzt; um 12 Uhr sei derselbe erst frei. Der Arzt meinte: „Solange können doch die Leute nicht warten.“ Der Rektor: „Dann nehmen Sie doch die Leute nach Ihrer Wohnung.“ (Die Wohnung befindet sich Müllerstraße 146a, Dr. Meite.) Der Arzt aber erwiderte: „Das geht auch nicht, denn mein Parteizimmer ist zu klein.“ Der Rektor: „Na, vielleicht schicken Sie die Leute jetzt nach Hause und bestellen sie zum Nachmittag oder auf einen anderen Tag.“ Ich wandte ein: „Da werden sich die Frauen aber freuen, denn die schimpfen jetzt schon, daß ihre Männer nach Hause kommen und kein Essen fertig finden.“ Ich machte den Vorschlag, da ich mir nichts Ordentliches mehr von der Untersuchung versprach, der Herr Doktor solle aus seinem Fenster sehen und wir würden mit unseren Kindern auf der anderen Seite vorbeimarschieren, dann wäre ja die Sache erledigt. Mein Vorschlag wurde belächelt. Der Rektor meinte wieder: „Ich kann das Turnen nicht ausfallen lassen, denn wenn jetzt Kontrolle von irgendeinem Vorgesetzten kommt, habe ich den schönsten Kerger.“ Der Arzt wollte aber die Untersuchung auch nicht länger aufschieben, da er acht Säulen zu untersuchen hätte. Er hat den Rektor zu wiederholten Malen, es doch möglich zu machen und den Turnsaal freizumachen; es dauerte ja nicht lange. Der Rektor klingelte nach dem Schuldiener; dieser erwiderte: „Sagen Sie mal, was machen wir denn; sind denn viel da?“ Antwort: „Na, ne ganze Klasse.“ Wir gingen schließlich alle nach dem Turnsaal. Der Rektor sprach mit dem Turnführer, worauf diese dann mit den Kindern den Saal verließ. Es war jetzt 1/2 12 Uhr. Alles häuete in den Saal. Der Arzt stellte sich ans Berliner Fenster, leute seine Sachen auf das Fensterbrett und nun ging es los. Den Oberkörper der Kinder freigelegt und einer schob den anderen. Es klingelt; es ist 12 Uhr; auch der Arzt ist mit der Untersuchung fertig. In einer halben Stunde 60 Kinder untersucht, macht pro Kind und Untersuchung eine halbe Minute. Jede Mutter zog freudig mit ihrem Kinde von dannen, denn krank war ihr Kind nicht; der Arzt hatte ja nichts Besonderes gefunden. Die Ursache der Unannehmlichkeit war darin zu suchen, daß der Schulvorsteher den Arzt um 15. März, 11 Uhr, bestellt, aber mit dem Rektor niemand Rücksprache genommen hatte, ob auch ein Raum frei ist.“

Soweit die Zuschrift. Wir haben Notiz genommen nicht so sehr wegen der großen Unannehmlichkeit, die den Müttern anscheinend durch das Versehen des Schulkommissionsvorsitzenden infolge nicht rechtzeitiger Mitteilung an den Rektor bereitet worden ist, sondern um zu zeigen, daß die Schulärzte viel zu sehr überbürdet sind. Soll die an sich gute Einrichtung der Schulärzte eine nützliche Wirkung haben, muß für Verrechnung der ärztlichen Sorge getragen werden, damit die Kinder gründlicher auf ihren Gesundheitszustand geprüft werden können, als das heute leider möglich ist.

Am die Finanzen der Deutschen Reformpartei zu reformieren hatte bekanntlich der Reichstag der Deutschen Reformpartei eine Versammlung nach den „Germaniafällen“ in der Chausseestraße einberufen, in der der Fall Holz behandelt werden sollte. Um die Versammlung, über die wir bereits gestern berichtet haben, recht zugänglich zu gestalten und jedenfalls recht viele Eintrittsgelder a 20 Pf. einzuhelfen, war angefragt worden, daß Stadtverordneter Adolf Hoffmann eingeladen sei. Nun hat Hoffmann eine solche Einladung nicht einmal rechtzeitig erhalten, und, wie sich

jetzt herausstellt, war der Brief infolge eines Umzugs, in dem Hoffmann begriffen ist, auf der Post liegen geblieben; er erhielt denselben erst am 17. März, einen Tag nach der Versammlung. Aber das kümmerte die Veranstalter nicht, sie kündigten großmütig an, Hoffmann ist eingeladen. Zum Glück ist die Arbeiterschaft nicht auf den Leim gegangen und hat den Reformparteilern ihre Groschen hingetragen. Auch wenn Hoffmann rechtzeitig eingeladen worden wäre, hätte er besseres zu tun gehabt.

Untergang eines Lastkahn. Gestern nachmittag in der zweiten Stunde kam der Schleppdampfer „Paul“ der Firma A. Pankau, Stralau, mit vier, mit Kalkstein beladenen Lastkähnen die Dahme (Wendische Spree) abwärts gefleht. Der letzte, ein Holz Kahn, wurde infolge des zirka 0,5 Meter starken Eises in der Nähe der B. Brandischen Bootswerft in Grünau led. Trotz der vereinten Anstrengungen des gesamten Personals der Werft und der Schiffer war es nicht möglich, den Kahn über Wasser zu halten; es gelang nur mit Mühe die Familie und die geringe Habe des Schiffers zu retten. Der Kahn mußte an der Werft auf Grund gesetzt werden. Die Schiffahrt sowie der Betrieb der Werft ist nicht behindert. Es wäre vielleicht möglich gewesen, das Schiff zu retten, wenn der Dampfer mit einer Dampfmaschine versehen wäre.

Die Kindesleiche im Müllkasten. Ein Kindesmord liegt vermutlich einen Leichenfund zugrunde, der auf dem Grundstück Suarezstraße 27 gemacht wurde. Als die Müllkutscher die auf dem Hof stehenden Müllkästen leeren wollten, entdeckten sie in einem derselben die Leiche eines neugeborenen Knaben. Der tote Körper war in eine hiesige Tageszeitung vom 14. d. M. eingeküllt. Auf Veranlassung der benachrichtigten Polizei wurde die Leiche nach dem Schauhaufe gebracht, wo durch die Obduktion festgestellt werden dürfte, ob hier ein Kindesmord vorliegt oder ob es sich nur um die Beseitigung einer Leiche handelt.

Der Ausflügel bedarf ferner ein Leichenfund, der auf einem Grundstück in der Parkstraße gemacht wurde. In einer Besetzung des unbebauten Terrains wurde der Leichnam eines Säuglings männlichen Geschlechts gefunden. Auch in diesem Falle wird erst durch die gerichtliche Obduktion die genaue Todesursache des Kindes festgestellt werden können.

Die „Chumacht“ der Gauerin. Einen Leid, der vor Jahren in Berlin erfolgreich angewandelt wurde, benutzt eine dreiste Schwindlerin seit einiger Zeit in den Vororten. Die Betrügerin, eine etwa 45 Jahre alte Person, sucht solche Geschäfte auf, in denen sich nur ein Verkäufer befindet. Sie verlangt eine Meinigkeit und bricht plötzlich vor dem Ledentisch „ohnmächtig“ zusammen. Natürlich nimmt sich der Verkäufer der „Bewinnungslosen“ sofort an, und sobald die Frau wieder zum Bewußtsein zurückgekommen ist, bittet sie den Verkäufer, ihr doch ein Glas Wasser zur Erfrischung zu holen. Nehmt dann der Gebetene mit dem Wasser wieder zurück, so ist die Frauensperson und mit ihr ein Teil des Inhaltes der Kasse verschwunden. Die Schwindlerin, die anscheinend mit recht gutem Schauspielertalent ausgerüstet ist, inszeniert den fingierten Chumachtsanfall recht natürlich.

Große Aufregung verursachte vorgestern abend in dem Hause Halleisches Ufer 6 der Selbstmord des 20jährigen Dienstmädchens Anna Schramm, die bei einem Kaufmann in der zweiten Etage des genannten Hauses in Stellung war. Die Sch. hatte sich mit einem Küchenmesser die Pulsadern beider Hände geöffnet, ließ dann aus der Wohnung und rannte mit den Wunden, aus denen das Blut herausströmte, die Treppe hinunter und hinauf. Als Hausbewohner dem Mädchen zu Hilfe kommen wollten, ließ sie wieder in die Wohnung ihrer Herrschaft hinein und sprang aus dem Küchenfenster auf den gepflasterten Hof hinab, wo sie mit zerstückelten Gliedern liegen blieb. Ein sofort telephonisch herbeigerufener Arzt der Unfallstation am Tempelhofer Ufer konnte nur noch den infolge Verblutung eingetretenen Tod der Lebensmüden feststellen. Das Motiv zu der Tat ist in unglücklicher Liebe zu suchen.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgebung, hielt am 14. März d. J. in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschusssitzung ab. Aufgenommen in den Bund wurde der Gesangsverein „Arion“, Wittenberge. Bezüglich der Aufnahme des Vereins „Kriegsruhm“, Friedrichshagen, wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Das Provinzial-Sängerfest findet am 20. Juni in Jüterbog statt. Anmeldungen zu dem am 10. Juni stattfindenden Sommers sind an Barowski, Lichtenberg, Gubrunstraße 5, zu richten, damit Nachlager zeitig besorgt werden können. Das Abstimmungsresultat über die Abhaltung des Berliner Sängersfestes ist folgendes: Es haben gestimmt für Sonntag 74 Vereine, für Sonnabend 33 Vereine; 35 Berliner und 48 auswärtige Vereine haben keine Abstimmung eingesandt. Es bleibt also beim Sonntag. Beschlossen wird, dasselbe im Moabitier Schulhaus abzuhalten. Der Tag wird dem Vorstand überlassen, jedoch soll möglichst der Juli genommen werden.

Bezüglich der Verdimelungsfrage gibt Kupfer einen kurzen Bericht; eingehendere Resultate liegen noch nicht vor. Dasselbe ist auch in Rathenow der Fall. Der Verein „Eichenkranz“, Brenzlau, wünscht seiner geographischen Lage wegen sich dem Gau Pommern anzuschließen. Die Regelung wird dem Hauptvorstande überwiesen. Einem Schreiben des Dirigentenverbandes, dafür einzutreten, daß alle Dirigenten von Arbeiter-Gesangsvereinen dem Verbands beitreten, um in gefanglicher Beziehung etwas Gutes zu schaffen, wird entsprochen werden. Nächste Übungsstunde und Ausschusssitzung am 18. April. Siehe Inserat am 11. April.

Seitens der Kontrolleure wird lebhaft Klage geführt über das Verhalten der Sangesbrüder in der Bundes-Übungsstunde. Trotz höflicher Aufforderung der Kontrolleure, doch am Gesang teilzunehmen, sahen Sangesbrüder an den Tischen oder stehen am Schenktisch und hören durch laute Unterhaltung den Gesang. Schließlich müssen sich die Kontrolleure noch allerlei Liebeswürdigkeiten sagen lassen, z. B.: „Uns hat niemand etwas zu sagen“, „Nachen wir, wie wir wollen“, und anderes mehr. Ein solches Verhalten entspricht nicht der Würde des Bundes. Die Kontrolleure sind angewiesen, jetzt strikte vorzugehen und Zuwiderhandelnde dem Vorstand zur weiteren Veranlassung zu melden. Gäste haben im Saal keinen Zutritt, sondern haben auf der Galerie Platz zu nehmen. Im Interesse des Gesanges wie des Bundes wird erwartet, daß dem Folge geleistet wird.

In dem Brande in der Salusfabrik Vorkammer wird ergänzend berichtet: Die sehr bedeutenden Lagervorräte und fertigen Waren, sowie die Betriebsmaschinen — die komplette Sauggasmotoren- und Dynamoollee — sind mit dem Feuer nicht in Verührung gekommen. Desgleichen ist der größte Teil des Fabrikgebäudes vom Feuer vollständig verschont geblieben.

An den Aufstellungsarbeiten wird fieberhaft gearbeitet und ermöglichen die für alle Abteilungen vorhandenen Reservemaschinen den Betrieb bereits am kommenden Montag, den 22. d. M., voll und ganz wieder aufzunehmen und daß die Lieferung keine Störung erleidet.

Die Entstehungsursache des Brandes ist auf Reibung einer Transmissionswelle, welche eine Entzündung verursachte, zurückzuführen.

Feuerwehrbericht. Zwei Automobilbrände beschäftigten gestern die Feuerwehr in der Velle-Alliance-Str. 100 und vor dem Hause Unter den Linden 61. In beiden Fällen wurden die Autos stark beschädigt. Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Schönhauser Allee 133a und Schönhauser Allee 137 alarmiert, wo der Fußboden in einer Wohnung, ein Schornstein u. a. brannten. Nachts um 3 Uhr brannte in dem Hause Pennstr. 14 die Treppe vom 4. Stock bis zum Dachgeschoß. Zum Glück wurde die Gefahr bald bemerkt und von der Feuerwehr schnell beseitigt. Wegen eines Küchenbrandes riefte der 3. Zug nach der Kastanienallee 18 aus. Turnstraße 28 brannten Lumpen. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Friedrichstraße, dem Blücherplatz 2 und anderen Stellen gerufen.

Oberbürgermeister Kaiser versucht die Haltung des Magistrats beim Verwaltungsbericht und zur Steuerfrage gegen die — wie er gereizt sagt — „Liedenswürdigkeit“ Kritik zu rechtfertigen. Er behauptet, daß mit der vorliegenden Form des Berichts die sozialdemokratischen Redner im vorigen Jahre einverstanden gewesen wären, wird aber von dem Vordrucker darin widerlegt. Gegenüber dem Stadtverordneten Abraham erklärt er, daß der Magistrat beim Steuerplan an seinem Standpunkt festhält. Der Verwaltungsbericht soll bei zweijährigem Erscheinen umfassend ausgestaltet werden.

Nachdem Stadtverordneter Koye für genügende Stärkung der Staatspositionen gesprochen und über zu späte Zustellung des Statuentwurfs sich beschwert hatte — was der Oberbürgermeister künftig für Anfang Januar verspricht — hielt der Stadtverordnete Veltz seine übliche Sozialistenreferrede, die von Beschimpfungen der Fraktion und der Arbeiter nur so strotzte. Auch Stadtverordneter Deermann glaubte nochmals vom Gummischlauch reden zu müssen, um — wie er meinte — die Auffassung, daß er diesen der sozialdemokratischen Fraktion wünsche, zu berichtigen. Er habe ihn nur dem Stadtverordneten Groger zugeordnet. — Als auf diese Provokationen die Stadtverordneten Groger (Soz.) und Bagels (Soz.) energisch die Abwehr beschränkten und Stadtverordneter Böse (Soz.) erklärte, daß, wenn die bürgerliche Mehrheit sich mit Veltz — der in einem Beamtenausflugblatt als „Glaton“ bezeichnet wurde — identifiziere, sie auf demselben Teststand angelangt sei — da brach ein Entrüstungsturm bei der Mehrheit aus, der durch einen Ordnungsruf gegen Böse nochmals eingedämmt wurde. Aber nun vorübergehend. Als Stadtverordneter Groger (Soz.) darauf feststellte, wie stets der stellvertretende Vordrucker bei seiner Geschäftsführung mit zweierlei Maß messe, auch überhaupt unfähig zu seinem Amt sei (Ordnungsruf) und der Vordrucker sich mit seiner vorübergehenden Abwesenheit entschuldigte, rief Stadtverordneter Böse dem letzteren zu: „Dann sehen Sie doch nicht solche Schlafmütze dorthin!“ Darauf brach ein unbeschreiblicher Tumult aus, der lange Zeit währte und die Verhandlungen unmöglich machte. Die bürgerlichen Stadtverordneten sprangen von ihren Plätzen auf und drangen in Gruppen auf die Linke ein, unter heftigen Gestikulativen die Zurücknahme des Zwischenrufs vom Stadtverordneten Böse heischend, was dieser jedoch entschieden ablehnte, unter Hinweis auf die parteiische Geschäftsführung. Erst langsam legte sich die Aufregung wieder ein wenig und gab einer langen Geschäftsordnungsdebatte Raum; diese wurde aber immer wieder von neuen Bornesausbrüchen hitzen und drüben unterbrochen, so daß noch weitere „Ordnungsrufe“ erfolgten und schließlich der Vordrucker um 3 1/2 Uhr sich auferstand erklärte, die Sitzung fortzuführen. Er vertagte darauf die Verhandlungen auf Donnerstag 4 1/2 Uhr.

Schöneberg.

Ein heftiger Zusammenstoß ereignete sich gestern vormittag in der Brunnenstraße. Als dort ein mit Steinen beladener Arbeitswagen der Firma Joseph Weigel aus der Oberstraße umzuwenden wollte, zogen die Pferde nicht rasch genug an; es erfolgte ein heftiger Zusammenstoß mit einem Wagen der Linie 62. Durch den starken Anprall wurde der Vorderperren vollständig eingedrückt, weshalb der Wagen außer Betrieb gesetzt werden mußte. Personen wurden nicht verletzt.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung beriet am Mittwoch zunächst die Vorlage betreffend den Bau einer Untergrundbahn zwischen Kollendorsplatz und Ringbahn an der Neuen Kantstraße. Die Kosten für dies Projekt, die auf etwa 20 Millionen veranschlagt sind, sollen aus einer neuen Anleihe gedeckt werden. Die Frage, wer den Betrieb auf der neuen Bahn zu leiten haben wird, ist vom Magistrat bisher noch nicht beantwortet worden, es scheint aber, als ob er von einem Regiebetrieb Abstand nehmen und mit der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen nicht nur einen Baubetrieb abschließen, sondern ihr auch den Betrieb übertragen will. Sollte das nicht gelingen, so denkt der Magistrat an eine Betriebsgemeinschaft mit Schöneberg, event. an dem selbständigen Betrieb durch die Stadt Charlottenburg. Nachdem der Referent Stadtverordneter Dr. Frenzel die Vorlage kurz begründet hatte, erklärte Stadtv. Zietz das Einverständnis der sozialdemokratischen Fraktion, er wünschte aber, daß der Betrieb durch die Stadt selbst erfolgt und daß die Stadt sich bemüht, wenigstens einen Teil des durch die Bahn entstehenden Betriebswuchses in Form von hohen Anliegerbeiträgen sich zu sichern. Der Ausschuß, dem die Vorlage überwiesen wurde, wird bereits am Freitag zusammentreten, da allseitig die Ansicht besteht, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung des bereits vor 3 Wochen eingebrachten dringlichen Antrages der Sozialdemokraten: Zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit ist von dem Dispositionsfonds ein besonderer Fonds von 10 000 M. loszulösen, aus welchem den zur Empfangnahme einer Unterstützung sich meldenden, unverschuldet arbeitslos gewordenen Charlottenburger Einwohnern, sofern dieselben einen eigenen Haushalt führen, eine Unterstützung in Bar zu gewähren ist. Diese Unterstützung trägt nicht den Charakter einer Armenunterstützung. — Hierzu lag ein Antrag Stadthagen (natlib.) und Genossen vor: Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages den Magistrat zu ersuchen, mit auswärtigen, besonders Landgemeinden, bei denen Arbeitermangel herrscht, in Verbindung zu treten, um hiesigen Arbeitslosen, insbesondere unverschuldeten ungelerten Arbeitern Arbeit zu verschaffen. — Genosse Zietz, der den sozialdemokratischen Antrag begründete, wies nach, daß das, was die Stadt bisher für die Arbeitslosen getan hat, in keiner Weise ausreichend sei. Wollte Charlottenburg seinen Ruf, eine sozialpolitisch fortgeschrittene Gemeinde zu sein, bewahren, dann möge es dem Beispiel von Rixdorf, Mainz, Karlsruhe und anderen Städten folgen und dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen. Ebenso gut wie man für die Arbeiterkolonie, für das Asyl für Obdachlose, für Hoffnungsstahl und ähnliche Zwecke Gelder bewilligt habe, könne man auch etwas

für die Unterstützung der Arbeitslosen tun, zumal, da sich dadurch die Armenlasten verringern würden. Besonders energisch wandte sich der Redner gegen den Antrag Stadthagen, der die Auslieferung der städtischen Arbeiter an die Billfür der Agrarier bedeute.

Nach weiterer belangloser Debatte, in der sich Redner aller bürgerlichen Parteien gegen die Zuwendung von Geldmitteln an Arbeitslose aussprachen, beschloß die Versammlung auf Antrag des Vertreters der liberalen Fraktion, Stadtv. Böllmer, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, in Erwägung, daß 30 000 M. aus laufenden Mitteln zur Beschäftigung von Arbeitslosen in Form von Notstandsarbeiten bewilligt sind und in der Erwartung, daß der Magistrat die Berechtigung weiterer Mittel zu diesem Zweck verlangen wird, falls die bewilligten nicht ausreichen. Der Antrag Stadthagen wurde abgelehnt, eine Magistratsvorlage, betreffend Nachbewilligung der Notstandsarbeiten, gelangte zur Annahme.

Hierauf begann die Durchspruchung des Etats. Von einer auch nur einigermaßen gründlichen Staatsberatung im Plenum kann man in Charlottenburg schon seit längerer Zeit nicht mehr reden, die erste Lesung des Etats erfolgt gewöhnlich am Schluß einer Sitzung, die mit anderen Gegenständen sehr überlastet ist, dann wird der Etat einem Ausschuss überwiesen und hinter beschlossenen Türen beraten, während die 2. Lesung im Plenum nur eine Farce ist. Dies Spiel wiederholte sich auch am Mittwoch, die ganze sogenannte Staatsberatung nahm vielleicht 3 Stunden in Anspruch.

Beim Etat der Gasanstalten kritisierte Genosse Vartich die schlechte Beleuchtung, über die in Charlottenburg allgemein geklagt wird. Stadtrat Cassierer bestritt, daß die Verwaltung hieran irgend ein Vorwurf treffe, er suchte die ganze Schuld auf die ungenügenden Hausleitungen abzuwälzen. Genosse Witt stellte eine eingehende Erörterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter für die bevorstehende Revision des Normaltarifs in Aussicht und wies u. a. auf die Beschäftigung galizischer Arbeiter in der Gasanstalt hin.

Beim Kapitel Allgemeine Verwaltung wurde ein von Zietz begründeter sozialdemokratischer Antrag auf Gewährung von freien Fahrkarten für Stadtverordnete abgelehnt. Das gleiche Schicksal widerfuhr dem sozialdemokratischen Antrag auf Gewährung freier Fernmittel und einem weiteren Antrage, die Summe für Schulbauten um 400 000 M. zu erhöhen. Beim Kapitel „sonstige Gemeindevorrichtungen“ wurde der Magistrat auf Antrag des Staatsausschusses ersucht, die Herrichtung eines Urnenbains event. in der Jungfernheide ins Auge zu fassen. Genosse Gwald sprach bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß gleichzeitig auch auf den Bau eines Krematoriums Rücksicht genommen werden möge. Unter den verschiedenen Einnahmen und Ausgaben befindet sich auch ein Posten für die Unterfütterung des Lebrlingsheims. Genosse Zietz beantragte Streichung der Unterfütterung, weil keine Garantie dafür geboten ist, daß der Verein in politisch und religiös objektiver Weise geleitet wird. Die Mehrheit bewilligte die Unterfütterung für den Verein, lehnte dagegen eine Unterfütterung für den Arbeiter-Schwimmverein ab, obwohl sie dem bürgerlichen Schwimmverein Charlottenburg 400 M. bewilligte. Zu diesem Etat wurden noch 2 Resolutionen des Ausschusses angenommen, von denen die eine den Magistrat ersucht, mit allem Nachdruck für eine ausreichende Vermehrung der polizeilichen Sicherheitsmannschaften in Charlottenburg bei der Regierung vorstellig zu werden, während sich die andere gegen den trotz des energischen Widerspruchs der Vertreter von Charlottenburg erfolgten Ankauf der Grundstücke in der Viktoria- und Mühlbäckstraße durch den Provinziallandtag aussprach, weil dadurch auch die Charlottenburger Steuerzahler ungerechtfertigt belastet werden. Eine schärfere Fassung dieser Resolution, wie sie Zietz beantragt hatte, wurde abgelehnt.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es bei dem Kapitel Gemeindesteuern. Der Staatsausschuss hat den Magistrat gezwungen, die von ihm unterbreitete Gemeindegrundsteuerordnung, die eine wesentliche Belastung des unbewohnten Grund- und Bodens vorsah, zurückzugeben. Die Sozialdemokraten beantragten die Wiederherstellung der Magistratsvorlage. Der Stadtverordnetenvorsteher Kaumann wollte zunächst den sozialdemokratischen Antrag überhaupt nicht zulassen, da angeblich eine vom Magistrat zurückgezogene Vorlage nicht wieder angenommen werden dürfe. Allerdings gab ihm seine Parteifreunde darin recht, aber trotzdem setzten die Sozialdemokraten nach längerer Geschäftsordnungsdebatte die Beratung ihres Antrages, wenn auch in etwas veränderter Form, durch. Stadtv. Zietz begründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der Staatsausschuss den sozialen Grundgedanken der ursprünglichen Magistratsvorlage beseitigt habe und wandte sich scharf gegen die Haus- und Grundbesitzervereine, die fast in jeder Sitzung Eingaben an die Stadtverordnetenversammlung richten, in denen sie sich als die Vertreter der Allgemeinheit hingestellt haben und gegen jede steuerliche Belastung protestieren, während sie in Wirklichkeit in der rücksichtslosesten Weise ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wie vorausgesehen war, schloß sich die Mehrheit unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages dem Vorschlag des Staatsausschusses an. Die Sozialdemokraten stimmten infolgedessen gegen die gesamten Steuern.

Nach Erledigung der Staatsberatung bewilligte die Versammlung noch 3000 M. zur Unterfütterung der durch Hochwasser in der Altmühl Geschädigten.

Die Vorlage betreffend Bestimmungen über die Errichtung und die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse für die Arbeiter der Stadt Charlottenburg wurde von der Tagesordnung abgesetzt, sie wird am nächsten Mittwoch beraten werden.

Von einem Löwen zerfleischt wurde gestern morgen auf einem Aummelplatz in der Sophie-Charlotten-Strasse in Westend der 33jährige Arbeiter Karl Bodenfeld, der in einer Wemagerie angestellt war. Als er gegen 9 Uhr beim Reinigen der Stallung sich dem Löwenkäfig näherte und mit dem Wesen vor demselben hantierte, sprang plötzlich ein gewaltiger abessinischer Löwe gegen das Gitter, langte mit der Zunge durch die Stäbe und erfaßte den rechten Arm des auf diesen Angriff nicht vorbereiteten Mannes. Das Tier zog

den Arm in den Käfig hinein und zerfleichte ihn vollständig. Die auf das Hilfeschrei des Arbeiters hinzukommenden Wärter schlugen mit eisernen Stangen auf die Bestie und befreiten den Unglücklichen, der sofort blutungslos zusammenbrach. Bodenfeld wurde nach der Unfallstation in der Kaiser-Friedrich-Strasse gebracht und von dort nach Auflegung eines Notverbandes nach dem Krankenhaus Westend überführt.

Steglich.

Unter dem Verdacht des verübten dreifachen Mordes ist eine Arbeiterfrau Maria Wiehner von hier verhaftet worden. Die Festnahme der Frau geschah in Hamburg, wohin sie geflüchtet war. Die M. soll an ihren drei kleinen Kindern einen Mordversuch dadurch verübt haben, daß sie in ihrer Wohnung einen Brand anlegte.

Lichtenberg.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Lichtenberg wählte als ersten Vorsitzenden den Genossen Koyenbogen. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab der Genosse Mirus. Eine Diskussion wurde hierüber nicht beliebt. Ein der Generalversammlung unterbreiteter Antrag, den Gästen auf Wunsch zur Kreisgeneralversammlung das Material, welches die Delegierten erhalten, zu verabreichen, wurde mit großer Majorität angenommen. — Zum Schluß wurde auf das Stiftungsfest, welches am Sonnabend im Schwarzen Adler stattfindet, hingewiesen und um rege Beteiligung ersucht.

Friedrichshagen.

Eine Märtsfeier veranstaltet der hiesige Arbeiter-Bildungsausschuss am kommenden Sonnabend, den 20. März, in Lerches Bürgerkäse, Friedrichstr. 112 (Aundteit). Sie wird in Rezitationen von Freiheitsdichtungen Ferdinand Freiligraths und anderer, Klaviermusik und Festrede bestehen. Eintritt 15 Pf., Beginn 8 1/2 Uhr. Wir rechnen auf eine der Würde der Feier entsprechende starke Beteiligung der Friedrichshagener Arbeiterschaft.

Weihensee.

Die Erkundung eines großen Gesangchores bezweckt eine Zusammenkunft, die der hiesige Arbeiter-Gesangverein „Freie Sänger“ zum Sonntag, den 21. März, mittags 12 Uhr, nach dem Prälaten, Rehderstr. 122, einberufen hat. Es wird daher erwartet, daß alle fangeskundigen Genossen, sowie alle Arbeiter-Sänger aus den hiesigen Vereinen erscheinen.

Aus der Gemeindevertretung. Vom 1. April ab wird in der Charlottenburger Straße außer dem am Sonnabendabend stattfindenden Wochenmarkt Mittwochs noch ein Frühmarkt eingelegt. Diese Neuerung machte eine Änderung der bestehenden Polizeiverordnung notwendig, die debattelos genehmigt wurde. — Die katholische Pfarzgemeinde beantragte einen Zuschuß für eine Turmuhr und verwies auf die Beihilfen, die man seinerzeit der evangelischen Kirche im Betrage von 80 000 M. zugebilligt habe, ferner erwähnte diese auch den Zuschuß zum Gemeindehausbau. Genosse Reufert vertrat den Standpunkt, für solche Zwecke überhaupt keine Mittel zu bewilligen. Genosse Landmann hob hervor, daß sich an der katholischen Kirchengemeinde bisher andere ein Beispiel nehmen konnten, da diese noch nie die politische Gemeinde in Anspruch genommen habe. Wenn auch sie sich jetzt an den Gemeindefiskus wende, so nur, weil man mit vollen Händen andere Religionsgemeinschaften unterstützt habe. Die Vertretung bewilligte für die beantragte Turmuhr 300 M. Die Beschlußfassung eines Ortstatuts betreffs Pfandheinstellen rief ebenfalls eine längere Debatte hervor. Vom Gemeindevorstand lag folgender Antrag vor: In der Gemeinde Weihensee ist die Erlaubnis zum Betriebe des Pfandheinstellens und zum gewerbemäßigen Ankauf beweglicher Sachen mit Gewährung des Rückkaufsrechts von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig. Genosse Frensch sah hierin eine Beschränkung der Gewerbefreiheit. Trotz vieler Reden wurde dennoch gegen die Stimmen unserer Genossen und zwei bürgerlicher Vertreter das Ortstatut angenommen. Außerhalb der Tagesordnung wurde auf die Beseitigung der Schneemassen hingewiesen. Ein von unseren Vertretern gestellter dringlicher Antrag stand nicht auf der Tagesordnung, derselbe schlummert im Tiefbeweis. Der Vordrucker betonte zwar, daß nach Rücksprache mit dem Tiefbauamt alles Mögliche getan wird, jedoch hat bisher kein Vertreter von außergewöhnlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Schneemassen etwas gesehen, mit Ausnahme des Herrn Reives, der in einer früheren Sitzung die Zustände vor seinem Grundstück schilderte. Dort scheinen inzwischen auf amtliche Anordnung die Schneemassen beseitigt zu sein, weshalb für diesen Herrn allerdings die Sache erledigt ist. Eine nochmalige Aussprache mit dem Vordrucker sollte bezwecken, Wandel zu schaffen. Bis heute ist aber von Maßnahmen nichts zu bemerken.

Vermischtes.

Ein Pfarrer als Sittlichkeitsverbrecher. Großes Aufsehen erregte in Oberschlesien, wie aus Gleiwitz gemeldet wird, der Prozeß, der gegen den 63jährigen Pfarrer Neumann aus Jabrze vor der Gleiwitzer Strafkammer geführt wurde. Pfarrer Neumann wurde beschuldigt, an minderjährigen Mädchen und an Frauen seiner geistlichen Pflicht Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahre Gefängnis verurteilt.

Der ExploSION im Stationsgebäude. Aus Montreal wird gemeldet: Der gestern früh hier eintreffende kanadische Pacific-ExploSION blieb auf der Haltestelle Windorfstraße nicht stehen und fuhr in das Stationsgebäude hinein. Die Lokomotive durchdrang die Mauer des Gebäudes und die zweier Wartesäle. Fünf Personen wurden getötet und zwanzig verletzt. Alle diese Personen befanden sich im Wartesale. Passagiere des Zuges wurden nicht verletzt. Wie festgestellt wurde, explodierte der Kessel der Lokomotive zwei Weilen vor der Station, wobei der Lokomotivführer getötet und der Geizer verletzt wurde.

Das gerichtlich taxierte Waren-Lager

Konkursmasse

des Teppich-Hauses B. Hurwitz,
Rotes Schloß, An der Stechbahn I, Parterre und erste Etage
muß unbedingt wegen gänzlicher Auflösung schleunigst verkauft werden.

Die Riesenbestände in echten Perser- u. Orient-Teppichen × Deutschen Teppichen × Vorlagen × Portieren × Stores × Gardinen × Läufertoffen
Tischdecken × Möbelstoffen × Matten-Teppichen × Paravants × Fellen × Diwandecken × Tüllbettdecken × Gobelins u. Steppdecken
werden zu **spottbilligen Preisen** ausverkauft.

Wegen großen Andrangs wird der Einkauf mögl. Vormittag empfohlen. Verkaufszeit von 9-1 und 3-8 Uhr. Kontor- und Geschäftseinrichtung soll für jeden annehmbaren Preis verkauft werden.

Ein gemütliches Heim

verlangt eine schöne Beleuchtung. Verwendet das garantiert rein amerikanische Sicherheitspetroleum

URANIA-Salonoel

und Euer Wunsch ist erfüllt.

Erhältlich in allen Geschäften, wo das bekannte Plakat mit dem Indianerkopf aushängt.

Keine Verwechslung mit österr. (gallizisch.) Petroleum.



Ohne jede Anzahlung

verkaufte ich **Pianos** — erstklassiges Fabrikat — (9x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Stilart, von wunderb. Tonfälle (Flügelton), geg. kleine monatl. Teilzahlung, ohne jed. Preisaufschl. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftliche Garantie.

Conrad Krause Nachf. **Ansbacher Str. 1**
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Persil

Das vollkommenste, wirklich selbsttätige Waschmittel

von unerreichter Wirkung; gibt mühelos blendend weiße Wäsche bei grösster Schonung des Gewebes. Pakete à 35 und 65 Pfg. Ueberall erhältlich. Alleinige Fabrikanten

Henkel & Co., Düsseldorf.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik von **H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.**

Kredit. * Möbel auf Teilzahlung

bei aller kleinster An- u. Abzahlung. Grösste Rücksicht bei Krankheitsfällen **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 68** und Arbeitslosigkeit.

Harzkäse

ganz delikat im Geschmack. 100-Stück-Kiste M. 3.25 franko nach jeder Poststation.

Versand-Gesellschaft
Magdeburg 90 Postfach 164.

Uhren aller Art. Ketten, Gold- und Silberwaren, modern und in jeder Preislage.

Wilhelm Flade,
Futbuser Straße 20, nahe dem Humboldtbaum.
Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Verkaufe ff. Silber-Kaninchen
belegt, a 4,50 M., Kreuzungs-Kaninchen, 11 Wd. schwer, bringt a 7 M. (per Nachnahme). Garantie für Gesundheit und lebende Naturart.

Paul Höfer,
Mündenerstr. (Härtingen).

Blechschildts Möbel-Geschäft
befindet sich vom 1. April wieder **Brangelstraße 15.**

Jedes Wort 10 Pfennig. Kleine Anzeigen

Verkäufe.

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgelegt, aus feinen Stoffen 18 bis 25,00 täglich. Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Trepp. 13758

Wäsche und Brinquaschinen billige Preise, prima Qualität. Bei Abholung grösstes Entgegenkommen. Sellmann, Gollnowstr. 25.

Wohlfühl-Fries-Heimtextil 2,15, Best 4,00. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Ledore, Dramenstr. 158.

Vorjährige hochlegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Stoffen, früherer Preis 60-90, jetzt 20-40, werden täglich im Kanalar-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft.

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 10 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Damenanzüge mit gestrichelter Taille 1,20, Herrenanzüge 1,15, Ausstattungen sowie Normalgröße und Arbeiteranzüge spottbillig. Wäsche-fabrik Salomonka, Dirschowstr. 21, Alexanderplatz. Sonntag geöffnet.

Geschäftsverkäufe.

Erstklassiger! Lebensmittel-geschäft billig veräußert. Treptow, Baumjägerstr. 67. 117

Parfumerie in Hildorf, gutgehend, vergrößerter sofort, mehrere Bereiche, Baden. Zu erfragen bei Keller, Alvenslebenstr. 24, Hof II. 1108

Restaurant, Hildorf, Ringbahn-str. 15/16, zwei Bauten, weil zu schwer, billig. 1108

Restaurant, Bahnhofs-Bezirk, muss jetzt aufgeben, verkauft für 2000.—. Hohe Brauerstr. 11. Meie 1000 Postamt 102. 2999

Restaurant veräußert sofort wegen Krankheit in jedem annehmbaren Preise. Großes Vereinszimmer mit Veranda, elektrisches Piano. Nie Zufutbahn 144. 15166

Figurengeschäft, 400, keine Ware bis Oktober, wegen plötzlichem Todesfall, für einzelne Person passend, komplette Lokal-einrichtung, veräußert. Bernward, Schöneberg, Hauptstr. 6.

Mittleres, aufgehendes Kolonial-warengeschäft, Meie 30, verkauft Schneider, Reuterstr. 46. 15145

Restaurant, Meie 1000,00, Brauerstr. 11, wegen Vergrößerung, Immanuelstr. 15.

Möbel.

Gelegenheit! Möbel jeder Art spottbillig. Möbelfabrik, Rosenfelderstr. 26. 299/15

Verkauf nur im Fabrikgebäude!

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik von **H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Benutzen Sie eine komplette Wohnungs-einrichtung oder ein einzelnes Möbelstück billig und gut kaufen, so bemühen Sie sich zu Galemanns Gelegenheitskäufen, Lothringergasse 36, hin. Ein Käufer als alle Möbelstücke! Kann man nicht alles gleich bezahlen, so schadet das nichts, ich gebe auch realen Leuten Zahlungserleichterung! Komplette Wohnungseinrichtung mit moderner Küche 250 Mark, bessere 325, 400, 500 bis 1500. Beschichtigung in sechs Tagen! Transport frei, auch weite Vororte! Lothringergasse 36, Schönhauser Tor. *

Möbel-Gelegenheit! Wenig gebrauchte, gutgehaltene Möbel auch neu, einfache, elegante, beliebigen Gewebes, verfallene spottbillig. Speicher, Neue Königstr. 6/6, Fabrikgebäude. Sonntag geöffnet. (Zahlungserleichterung.) 299/13

Möbelauverkauft! Räumungs-salber ganze Einrichtungen von 100, 180, 200 Mark. Kleiderständer, Vertiko, englische Bettstellen, Wäschekäse, Kuchelbetten, komplette Küchen 40,00, Matratzenbetten 15,00, Warmwasserbäder 22,00, Spiegelständer 17,00. Bekanntes kann bis 1. April leben, freier Transport. Admiralsstr. 25. *

Billige Möbel, gebrauchte, verfallene gemachte und neue, Kuchelbetten, Kuchelbetten 26, Kleiderständer, Sojatisch 15, Vertikale mit Matratze 18, Kuchelbetten, Wäschekäse 22, Sofa 22, elegante Tischensets 45, Vaneesofa 68, Säulen-treue 30, Herrenschreibtische 30, englische Bettstellen mit Federmatratze 20, Tischgarnitur, Kuchelbetten, dunte Küchen 55, Kataloge Lagerung, Transport frei. Stargard, Lothringergasse 69. 20411

Sofortiger Räumung der Lager-räume verkaufte zu heftigsten billigen Preisen, große Posten moderner Küchen, Sahn-Schlafzimmer, Kuchel-schänke, englische Wäschekäse, Kleiderständer, Umbau, Wäschekäse, Schreibtische, Truhen, ganze Wohnungs-einrichtungen, Dirschowstr. 21, Möbelfabrik, Hauptstr. 48. *

Auf Teilzahlung Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark. Verleihen genehmigte Möbel spottbillig. "Berolina", Kottbusserallee 49. (17948)

Großer Möbel-Inventur Räumungs-verkauf! In meine seit 1880 bestehenden Möbel-fabrik, Gneisenaustr. 15, nahe dem Halleischen Tor, findet der diesjährige Inventur-Räumungsverkauf vom 8. Januar bis 1. April zu enorm billigen, teilweise bis 30 Proz. herabgesetzten Preisen statt. Nach dem 1. April treten die alten Preise wieder in Kraft. Brauereien, Pensionaten usw. ist jetzt die günstigste Gelegenheit geboten, Möbel zu wirklich billigen Preisen einzukaufen. Augenblicklich liefert ich: Wäschekäse, Vertiko 26, Garderobenschrank 32, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 22, Wäschekäse 20, Schreibstisch mit Stuhl 34, einfache 26, Umbauten mit Spiegel 40, Bettstelle 85, Vaneesofa 60, Dman mit Auszug 32, elegante Garnituren bedeutend unter Preis, Wäschekäse 8, Kleiderstisch 15, englische Schlaf-zimmer 100, moderne Wohnzimmer von 140, eigene Speisezimmer von 300, Herrenzimmer von 200, ein gebrauchter Ampelalon mit Piano spottbillig. Ganz besonders preiswert sind gebrauchte und zurückgelegte Wäschekäse. Lieferung durch eigene Werkstätte, kostenlose Lagerung. Sonntag geöffnet. Bitte genau auf Hausnummer 15 achten. 17958

Sofort müssen vergrößerter Vertikale, Sofa, Kuchelstisch, Truhen, Sahn, vollständige, gutgehaltene Einrichtungen spottbillig verkauft werden. Waldemarstr. 27, vorn I. 117

Sinderdratbett, neue Metall-besten, Grüner Weg 50/51, Hof I rechts. 119

Wichtig! Wegen Inventur-Räu-mung verkaufte ganze Wohnungs-einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke teilweise 60 Prozent unterm Wert. Darunter eigene Speisezimmer, eigene Herrenzimmer, diverse Schlafzimmer, Vertiko, Kleiderständer 24, Kuchelbetten 13, Herrenschreibtische, Truhen, Wäschekäse, Sofa, Säulen-treue, Chaiselongues, Wäschekäse 20, Tischensets 45, Hochstühle 1,50, Küchen laufend billig. Stargard's Möbelfabrik, Dresdenstr. 107/108. Sonntag geöffnet. Lagerung, Transport frei. 20414

Fahrräder, Teilzahlungen. In-nalbenstraße 20, Stahlstraße 40, Turmstraße 31. 18926*

Konformassen - Fahrräder 40,00, Doppelglocken 45,00. Fahrradgroßhand Charlottenburg, Blumendammstr. 62.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant, sofort spottbillig. Wasser-lotstraße 44, I rechts. 292/13*

Musik.

Piano, hohes, goldgrüner 190.—, Turmstraße 8, I. 50/11*

Violinunterricht (neue, doppelt) fördernde Methode bis zur Vollendung gibt erprobter Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des "Vorwärts". *

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Wilmers-dorf 94a. 25550*

Kunstschülerin von Frau Roloff, Schlichtener, Ackerstr. 8, III.

Verst die Mutter sprache beherrschenden Englisch, leicht lesbaren Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewandter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des "Vorwärts" zu richten.

Teilnehmer an einem englischen Spiel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Preisofferten für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Smeiens, Schöneberg, Sedanstr. 67, III. 10638*

Veitshaus Werker, Große Frankfurterstr. 116, kauft, beleiht Herren-garderobe, Goldwaren, Silberarbeiten, Uhren, Wäsche, Pelzwaren, Stoffe, Fingerringe, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 16125*

Wer Eloh hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtendörferstr. 9. 50/12*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, 15,00, norm-pastore bei Volz, Bräuerstr. 44.

Schlafstellen.

Schlafstelle vermietet Witwe Kaw-wengel, Büttcherstr. 7. 1150

Schlafstelle für Herrn, Kammer-str. 55, vorn III links. 15125

Solider Herr findet bei Danie-Pensionat, "45", "Vorwärts"-Expedition Rogauerstr. 40.

Mietgesuche.

Herr sucht einfach möbliertes Zimmer (separat) bis 15,00 inkl. Wasser, Gas, Wäsche, Putz, Reinigung, Offerten, "Vorwärts", Prinzenstr. 31.

Frau sucht möbliertes Zimmer, Nähe Büttcherstr. 40, Offerten, "Vorwärts", Postamt 42. 20413

Mein Mieter sucht möbliertes Schlafstelle, gegen Aufobstr. Preisofferten, "200", Postamt 66.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Häcker, Defachure verlangt Gehr. Wittenberg's Häcker, Selgenlee, Langhausstr. 4. 111

Glaserlehrling verlangt Thomasstr. 2, Rigdort. 1108

Kuchelbrenner sucht Kuchel, Jem-str. 14, Restaurant. 181

Berliner Großbrauerei sucht tüchtigen Vertreter für den Vertrieb ihrer Flaschenbier. Bewerber mit Ausbil-dung auf Reibwaren bevorzugt. Offerten an Lehmann, Beihener, Sedanstr. 105.

Köchin für Kantine gesucht. Mel-dungen nachmittags 4-5. Epische, Vahall G. B. Goetz, Friedenau, Altesstr. 45/46. 1108

Einjährig-Wein, Stengelanker gesucht. Glühlampenfabrik, Stettinerstr. 39. 15008

Zu Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Lehrlinge!

1 Schmiede, 1 Sattler und **2 Schneider-Lehrlinge** zum 1. April gesucht. 60/13*
Gr. Frankfurterstr. 157.